

BLICKEN WIR NACH VORN!

**ANTRAGSBUCH ZUM
DIGITALEN 62. BUNDESKONGRESS**



Antragsbuch zum 62. Bundeskongress der Jungen Liberalen

Inhaltsverzeichnis

00 - Bundestagswahlprogramm

001	Blicken wir nach vorn! – Das Programm der Jungen Liberalen für die Bundestagswahl 2021	9
002a	Kapitel 1: Ein Land, in dem Du alles werden kannst! (Part 1)	10
002b	Kapitel 1: Ein Land, in dem Du alles werden kannst! (Part 2)	14
003	Kapitel 2: Freiheit im 21. Jahrhundert updaten	17
004	Kapitel 3: Entfesseln wir das Land – Aufschwung statt Krise!	20
005	Kapitel 4: Menschenrechte, Frieden und Wohlstand weltweit	23
006	Kapitel 5: Klima- und Umweltschutz ist Freiheitsschutz	27
007a	Kapitel 6: Die Offene Gesellschaft und ihre Chancen (Part 1)	31
007b	Kapitel 6: Die Offene Gesellschaft und ihre Chancen (Part 2)	34
008	Kapitel 7: Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem	37
009	Wir sind bereit für den Aufbruch! – Bist Du es auch?	40

10 - Bildung und Kultur

101 Unsere Sprache stößt an ihre Grenzen

41

30 - Gesundheit und Soziales

301	Kur für die Pflege	42
302	Pflegepolitik gestalten – für eine liberale Pflegepolitik	49
303	Ärzte nicht allein lassen – Triage-Gesetz für Deutschland	52
304	Eine Tabakabgabe für das Gesundheitssystem	54
305	Mental Health Status: Es ist kompliziert	56
306	Schwere Entscheidungen absichern – Rechtliche Rahmenbedingungen für die Triage schaffen	61

40 - Innen und Recht

401	Bürgerrechte gelten auch für Schülerinnen und Schüler	62
402	Der Jugend eine Stimme geben!	63
403	Volljährigkeit ab 16	65
404	Sportschützen aus dem Schussfeld holen - Für ein Waffenrecht maximaler Sicherheit bei minimaler Einschränkung	66

50 - Europa und Internationales

501	Begrüßen wir neue Mitgliedstaaten, damit Europa groß und stark wird!	68
502	Eine europäische Armee – erste Gründungsschritte	75
503	Für einen “humanen” Krieg - Autonome Waffensysteme als globale Herausforderung verstehen	77
504	Freiheit will verteidigt werden	79
505	haTikvah - Für eine friedliche Zukunft im Heiligen Land	82

70 - Umwelt, Verkehr und Bau

701 Legalisierung von Blitzer-Apps

87

80 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

- | | | |
|-----|--|----|
| 801 | Eigentum ist kein Grund zu besteuern | 88 |
| 802 | Wahrlich wettbewerblich: Freiheit der Währungswahl | 89 |

90 - Internes, FDP und Grundsätzliches

901	Haltungen über Reichweite: Keine Nutzung von TikTok bei den Jungen Liberalen	90
902	FDP-Zielvorgaben als qualitative Vorgaben transparent umsetzen!	92
903	Noch mehr innovative Ideen der Jungen Liberalen	95

Antrag 001: Blicken wir nach vorn! – Das Programm der Jungen Liberalen für die Bundestagswahl 2021

Laufende Nummer: 2

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Unsere Generation ist in der Coronakrise über sich hinausgewachsen. Wir haben uns an
- 2 die Regeln gehalten und ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger unterstützt. Wir haben
- 3 unseren Beitrag geleistet, die Krise zu meistern. Auf vieles haben wir verzichten
- 4 müssen und nicht alles werden wir nachholen können. Der Lockdown hat psychische
- 5 Erkrankungen, häusliche Gewalt und Bildungsungerechtigkeit verschärft. Coronahilfen
- 6 gab es für uns nicht, dafür einen Totalausfall bei der digitalen Bildung. Dennoch
- 7 halten wir an unserer Verantwortung für unsere Mitmenschen fest. Wir erwarten dafür
- 8 keine Lobeshymnen oder Mitleidsbekundungen. Aber wir verlangen, endlich gehört zu
- 9 werden.
- 10 Wir sehen die Herausforderungen, vor denen unser Land und unsere Generation in den
- 11 kommenden Jahren stehen. Wir werden nicht zulassen, dass Deutschland nach der Krise
- 12 wieder in politischen Stillstand und Zukunftsverweigerung verfällt. Wir haben die
- 13 Ideen, um Deutschland und Europa zu erneuern. Und wir haben den Mut und den
- 14 Optimismus, sie auch in die Tat umzusetzen.
- 15 **Nach der Krise beginnt der Aufbruch in ein Jahrzehnt des Aufstiegs:**
- 16 Wir schaffen ein Land, in dem Du unabhängig von Deiner Herkunft, Deinem Geschlecht
- 17 und dem Einkommen Deiner Eltern alles werden kannst. Die Politik bekommt von uns
- 18 Nachhilfe bei der Digitalisierung. Die Wirtschaft entfesseln wir, damit aus ganz
- 19 Deutschland ein riesiges Silicon Valley wird. In einem vereinten Europa übernehmen
- 20 wir Verantwortung für Menschenrechte und Frieden weltweit. Wir bekämpfen den
- 21 Klimawandel jetzt – nicht erst in fünf oder zehn Jahren. Wir streiten für eine offene
- 22 Gesellschaft, in der Du Dein Leben unabhängig von staatlichen Zwängen selbstbestimmt
- 23 gestalten kannst. Das Gesundheitssystem machen wir fit für die Zukunft.
- 24 **Blicken wir nicht länger zurück. Blicken wir nach vorn. Wir wollen unser Land besser**
- 25 **machen als je zuvor. Denn wir sind Junge Liberale und das ist unser Programm für die**
- 26 **Bundestagswahl 2021.**

Antrag 002a: Kapitel 1: Ein Land, in dem Du alles werden kannst! (Part 1)

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 *Wir Junge Liberale* wollen ein Land schaffen, in dem Du alles werden kannst. Denn in
- 2 Deutschland entscheiden das Einkommen der Eltern, das Geschlecht und die Herkunft
- 3 noch immer viel zu sehr über Deinen Bildungserfolg. Die fehlende Chancengerechtigkeit
- 4 wirkt sich oft ein Leben lang aus. Das digitale Bildungschaos und die soziale
- 5 Isolation im Zuge der Coronakrise haben dies weiter verschärft. Doch das nehmen wir
- 6 nicht länger hin! Wir sprengen die Fesseln, die Dich auf Deinem Weg bremsen. Von der
- 7 Kita bis zum Renteneintritt wollen wir Dir faire Aufstiegschancen garantieren.
- 8 **Kleinkindern Flügel verleihen – Bildung von Anfang an**
- 9 Die Weichen für die gesamte Bildungslaufbahn werden bereits in jungen Jahren
- 10 gestellt. Der Zugang zu Kitas muss daher flächendeckend gegeben und der zu
- 11 öffentlichen Kitas beitragsfrei sein. Die Betreuungsschlüssel müssen reduziert
- 12 werden, um die Betreuungsqualität zu verbessern. Dazu muss der Erzieherberuf
- 13 attraktiver werden: Die Ausbildung muss gebührenfrei und vergütet, die Abschlüsse
- 14 verschiedener Bundesländer gleichwertig sein. Die zwei letzten Kitajahre vor der
- 15 Einschulung sollen verpflichtend sein. Ein Kernelement der frühkindlichen Bildung ist
- 16 die Sprachförderung. Deshalb sollen alle Kinder jährlich an einer
- 17 Sprachstandserhebung teilnehmen und bei Defiziten an individuellen Förderprogrammen.
- 18 In der globalisierten Welt ist Mehrsprachigkeit ein Trumpf. Daher fordern wir
- 19 flächendeckend bilinguale Kitas und entsprechende Fortbildungen für Erzieherinnen und
- 20 Erzieher, damit Kinder bereits in der Kita spielerisch eine Fremdsprache erlernen.
- 21 **Schulen so vielfältig wie die Schülerinnen und Schüler**
- 22 Jeder junge Mensch ist einzigartig. Deshalb wollen wir allen Schülerinnen und
- 23 Schülern maßgeschneiderte Lösungen bieten, um sie auf ihrem Weg optimal zu
- 24 unterstützen. Dazu wollen wir die Autonomie der Schulen stärken. Jede Schule gibt
- 25 sich ein individuelles Profil, wählt Personal, Lehrmittel und Lehrmethoden selbst aus
- 26 und verfügt über ein eigenes Budget. Der Unterricht kann in einem modularen System
- 27 organisiert und so individuell auf die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler
- 28 zugeschnitten werden. Zugleich erhalten die Schülerinnen und Schüler dadurch eine
- 29 größere Wahlfreiheit. Zudem wird ein Wechsel zwischen unterschiedlichen
- 30 Leistungsniveaus ohne einen Wechsel der Schulform ermöglicht. Ein Unterricht in
- 31 fächerübergreifenden Projekten wie in Finnland soll ebenfalls möglich sein.
- 32 Herkunftssprachlichen und bilingualen Unterricht wollen wir ausbauen.

33 Informationstechnik und Wirtschaftskompetenzen müssen eine größere Rolle spielen.
34 Auch das Ehrenamt kann in den Schulalltag eingebunden werden. Einzelne Kurse oder
35 Bestandteile der Grundausbildung der Feuerwehr oder des Deutschen Roten Kreuzes
36 können als Wahlfach oder im Rahmen des Ganztags angeboten werden. Die Schulen sind an
37 hohe Qualitätsstandards gebunden. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, ein
38 schulpsychologisches Beratungsangebot, ein Ganztags- sowie ein gesundes Frühstücks-
39 und Mittagsessenangebot müssen an allen Schulen vorhanden sein. Klausuren in
40 Abschlussklassen sollen wie an Universitäten bereits üblich anonym bewertet werden.

41 **Bildungsgutscheine für eine freie Bildung**

42 Die Finanzierung der Kitas und Schulen soll nach dem Modell der Bildungsgutscheine
43 gestaltet werden: Pro Kind, das die Kita oder Schule besucht, erhält diese einen
44 bestimmten Betrag ausgezahlt, über den sie eigenverantwortlich verfügt. Hinzu kommt
45 ein Sockelbetrag, der das Überleben kleinerer Kitas und Schulen gerade im ländlichen
46 Raum ermöglicht. Schulen und Kitas in freier Trägerschaft erhalten die gleiche
47 staatliche Förderung wie solche in öffentlicher Trägerschaft. Der Wert der
48 Bildungsgutscheine kann sich nach Alter und Bedarf (z.B. sonderpädagogischer
49 Förderbedarf) unterscheiden. Für Kinder und Jugendliche, die einen niedrigen
50 sozioökonomischen Hintergrund haben, erhält die Schule oder Kita zusätzlich einen
51 German-Dream-Zuschuss, um individuelle Förderprogramme zu finanzieren. Bei der
52 Finanzierung des Bildungssystems sind nicht nur die Länder und Kommunen gefordert,
53 auch der Bund muss seinen Teil beisteuern. Hierzu wollen wir das Kooperationsverbot
54 des Grundgesetzes in ein Kooperationsgebot umwandeln.

55 **Raus aus der Kreidezeit, Einschlag ins Digitalzeitalter**

56 Wir wollen die Schulen aus der Kreidezeit ins Digitalzeitalter katapultieren. Dazu
57 fordern wir einen Digitalpakt 2.0. Damit wird den Schulen endlich schnell und
58 unbürokratisch Geld zur Verfügung gestellt. Wir wollen alle Schulen mit Glasfaser,
59 WLAN und moderner Präsentationstechnik ausstatten sowie die Digitalisierung der
60 Unterrichtsmaterialien vorantreiben. Die Schule muss gewährleisten, dass alle
61 Lehrkräfte und alle Schülerinnen und Schüler über ein leistungsfähiges digitales
62 Endgerät für den Unterricht verfügen. Auf einer bundesweiten digitalen Lernplattform
63 sollen Schülerinnen und Schüler Lernvideos, Übungsaufgaben mit Musterlösungen und
64 eBooks abrufen können. Gleichzeitig muss digitale Lehre eine größere Rolle im
65 Lehramtsstudium spielen und alle Lehrkräfte durch verpflichtende Fortbildungen in
66 digitaler Methodik und Didaktik fit gemacht werden. Jeder Schule soll eine IT-
67 Fachkraft als „Digitale Hausmeister“ zur Verfügung stehen können. Auch die
68 Schulgebäude brauchen ein Update, damit Schülerinnen und Schüler in Gebäuden
69 unterrichtet werden, die zu neuesten Lernmethoden passen. Dazu fordern wir ein
70 bundesweites Förderprogramm für innovative Schulausbauprojekte. Zudem fordern wir
71 eine Bundeszentrale für Digitale Bildung, die Schulen Positivlisten für digitale
72 Unterrichtsplattformen und Lerntools bereitstellt, Fortbildungen für Lehrkräfte
73 anbietet und Ansprechpartner für Systemadministratoren ist. Abschluszeugnisse von
74 Schulen, Berufsausbildungen und Hochschulen sollen künftig auch in digitaler Form
75 verfügbar sein.

76 Weltbeste Bildung braucht weltbeste Lehrkräfte

77 Ein zentraler Baustein für den Lernerfolg sind gut ausgebildete und motivierte
78 Lehrkräfte. Deshalb wollen wir das Lehramtsstudium zu einem praxisintegrierendem
79 dualen Studium reformieren, damit angehende Lehrkräfte bereits ab Studienbeginn
80 Lehrerfahrung sammeln. Module, die Kompetenzen der Präsenz vor der Klasse (z.B.
81 Rhetorik) sowie Gender-, Sozial- und interkulturelle Kompetenzen vermitteln, sollen
82 verpflichtend sein. Die Bezahlung von Lehrkräften soll um leistungsbezogene Elemente
83 erweitert. Die Evaluationen der Schülerinnen und Schüler sowie externer Expertinnen
84 und Experten sollen dabei berücksichtigt werden. Die Verbeamtung von Lehrkräften wird
85 abgeschafft. Um die individuelle Förderung zu stärken, sprechen wir uns für eine
86 Reduzierung der Klassenstärken aus.

87 Aufstieggscouts an die Schulen holen

88 Schülerinnen und Schüler müssen sich frühzeitig über die Chancen einer Ausbildung und
89 eines Studiums informieren können. Deshalb sollen in Kooperation mit den Hochschulen
90 und Kammern an weiterführenden Schulen Aufstieggscouts geschaffen werden. Sie
91 fungieren als Ansprechpersonen für Schülerinnen und Schüler, die sich über eine
92 Ausbildung oder ein Studium informieren möchten und stellen eine Kontaktperson zu
93 Hochschulen und Betrieben dar. Zudem unterstützen sie bei einem Wechsel der
94 Schulform. Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Schulformen muss besser werden.
95 Hierzu sollen Lehrpläne soweit möglich aufeinander abgestimmt und erforderlichenfalls
96 Aufbaukurse geschaffen werden, um einen Wechsel so einfach wie möglich zu gestalten.

97 Update für die Berufliche Bildung und Zukunftsgarantie

98 Eine Ausbildung kann schneller zum eigenen Unternehmen führen als ein BWL-Studium.
99 Daher wollen wir junge Menschen auf die Chancen einer Ausbildung aufmerksam machen.
100 Wir fordern eine Modularisierung der beruflichen Bildung, eine flexible
101 Ausbildungsdauer und wollen auch eine Teilzeitausbildung ermöglichen. Ähnliche Berufe
102 sollen in Berufsfelder zusammengefasst werden, um in einer ersten Ausbildungsphase
103 gemeinsame Kompetenzen zu vermitteln. Zugleich wollen wir die Berufsausbildung
104 attraktiver gestalten: Auszubildende sollen in der Sozialversicherung Studierender
105 gleichgestellt, die Begabtenförderungswerke für Talente der beruflichen Bildung
106 geöffnet und Azubi-Tickets für den ÖPNV und Regionalverkehr geschaffen werden. Die
107 Berufsausbildungsbeihilfe muss elternunabhängig, unbürokratisch und digital werden.
108 Damit berufliche Bildung auch digital möglich ist, wollen wir Fern-Ausbildungszentren
109 schaffen. Schließlich wollen wir ein Berufliches Orientierungsjahr schaffen, in dem
110 Jugendliche in verschiedene Ausbildungsbetriebe hineinschnuppern können und ein
111 Taschengeld wie bei einem Freiwilligendienst erhalten.

112 Für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten, fordern wir eine
113 Zukunftsgarantie. Hierzu wollen wir zum einen die Betriebliche
114 Einstiegsqualifizierung reformieren, indem wir für die Teilnehmenden eine
115 Berufsschulpflicht einführen und ihnen sozialpädagogisch geschulte
116 Lernprozessbegleiterinnen und -begleiter zur Seite stellen. Zum anderen wollen wir
117 Jugendlichen ermöglichen, das erste Jahr des schulischen Ausbildungsteils vorzuziehen
118 und den betrieblichen Teil nachzuholen, sobald sie einen Ausbildungsbetrieb gefunden

119 **haben.**

120 **Um junge Menschen dabei zu unterstützen, nach einer Berufsausbildung ihr eigenes**

121 **Unternehmen zu gründen, wollen wir den Meisterzwang abschaffen. Gleichzeitig wollen**

122 **wir die Meisterschule durch nachgelagerte Meistergebühren attraktiver machen.**

Antrag 002b: Kapitel 1: Ein Land, in dem Du alles werden kannst! (Part 2)

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Studienfinanzierung leicht gemacht

2 Ein Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb fordern wir ein
3 elternunabhängiges BAföG, das sich aus einem monatlichen Sockelbetrag und einem
4 Zuschuss im Falle ehrenamtlichen Engagements zusammensetzt. Darüber hinaus kann ein
5 begrenztes, monatlich anpassbares und zinsfreies Darlehen mit einkommensabhängiger
6 Tilgungsrate bezogen werden. Damit aus dem BAföG kein Schuldenfalle wird, verfällt
7 die Darlehensschuld nach einer bestimmten Zeit und ist die maximale Höhe der Schuld
8 begrenzt. Die Förderhöchstdauer soll die Regelstudienzeit plus zwei Semester
9 betragen. Ein erstmaliger Studienfachwechsel wirkt sich nicht auf die Förderdauer für
10 das neu gewählte Studium aus. Höchstaltersgrenzen schaffen wir ab. Zuverdienst- und
11 Vermögensgrenzen heben wir an. Die Beantragung des BAföG läuft komplett digital.

12 Wir wollen, dass die deutschen Hochschulen durch exzellente Studienbedingungen zu den
13 Top-Hochschulen weltweit aufschließen. Deshalb wollen wir den Hochschulen
14 ermöglichen, nach erfolgreichem Studium und Berufseinstieg Alumni-Beiträge zu
15 erheben. Dennoch darf der Geldbeutel niemals die Entscheidung für oder gegen ein
16 Studium beeinflussen. Daher werden Alumni-Beiträge erst ab einem bestimmten
17 Mindesteinkommen in Form eines prozentualen Anteils des Einkommens für einen
18 vordefinierten Zeitraum fällig. Die Beiträge gehen direkt an die Hochschulen und
19 müssen unter Beteiligung aller Statusgruppen der Verbesserung der Studienbedingungen
20 zugutekommen. Die Pflichtmitgliedschaft in der verfassten Studierendenschaft ist
21 aufzuheben.

22 Liberales Bürgergeld und Leistungsgerechtigkeit

23 Bildung ermöglicht beruflichen Aufstieg. Doch Arbeitslosigkeit und Erwerbsarmut
24 können Dir Steine in den Weg legen und ein selbstbestimmtes Leben erschweren. Damit
25 Du in jeder Lebenslage faire Aufstiegschancen hast und nicht durch Bürokratie gelähmt
26 wirst, fordern wir ein liberales Bürgergeld zur Sicherung eines menschenwürdigen
27 Existenzminimums. Das liberale Bürgergeld fasst steuerfinanzierte Sozialleistungen
28 wie Arbeitslosengeld II oder Wohngeld zusammen und wird ohne Antrag direkt vom
29 Finanzamt ausgezahlt. Die Höhe des Bürgergeldes richtet sich nach dem Einkommen. Wer
30 kein Einkommen hat, erhält den vollen Satz. Wer über wenig Einkommen verfügt,
31 profitiert von einem großzügigen Freibetrag. Darüber hinaus sinkt das Bürgergeld mit
32 jedem zusätzlich verdienten Euro ab, aber so, dass ein höheres Erwerbseinkommen stets

33 zu einem höheren Gesamteinkommen führt. Ergänzend dazu wollen wir die
34 Einkommensgrenze für Mini- und Midi-Jobs dynamisieren und deutlich anheben.
35 Geringverdiener erhalten so mehr Netto vom Brutto.

36 Der Übergang von der studentischen in die allgemeine Krankenversicherungspflicht darf
37 nicht bewirken, dass ein höheres Bruttoeinkommen zu einem geringeren Nettoeinkommen
38 führt. Krankenversicherungsbeiträgen darf kein fiktives Einkommen zugrunde gelegt
39 werden. Promovierende sind in der Krankenversicherung Studierenden gleichzustellen.

40 **Kinderchancengeld statt Kinderarmut**

41 Wir fordern ein Kinderchancengeld. Denn wir wollen jedem Kind eine menschenwürdige
42 Jugend garantieren. Das Kinderchancengeld bündelt kindbezogene Leistungen wie das
43 Kindergeld oder den Bildungs- und Teilhabepakt. Es besteht aus drei Säulen: einem
44 einkommensunabhängigem Grundbetrag, einem einkommensabhängigem Flexibetrag und
einem

45 Chancenpaket. Das Chancenpaket gibt Kindern und Jugendlichen Zugang zu Bildungs- und
46 Teilhabeangeboten wie Nachhilfe, Musikunterricht oder Sportvereinen. Über ein
47 digitales Kinderchancenportal sollen diese Leistungen einfach und unbürokratisch in
48 Form von Gutscheinen abrufbar sein.

49 Jugendliche, die arbeiten, müssen ihr Einkommen behalten können. Auf keinen Fall darf
50 ihr Einkommen zu einer Kürzung des Kinderchancengeldes oder Bürgergeldes (bis zu
51 dessen Einführung ALG II) der Eltern führen. Jugendlichen in Heimen und
52 Pflegefamilien (Care Leaver) dürfen die Kosten für ihre Unterbringung nicht vom
53 Einkommen abgezogen werden. Eine Unterbringung muss über das 18. Lebensjahr hinaus
54 unkompliziert möglich sein, um den gewünschten Schulabschluss zu erreichen.

55 **Aus Jobcentern werden Talentcenter**

56 Wir wollen aus Jobcentern Talentcenter machen. In einem Talentcenter wird nicht der
57 erstbeste Job vermittelt. Ein Talentcenter unterstützt Menschen dabei, ihre Berufung
58 zu finden, sich ein Leben lang fortzubilden oder in die Selbständigkeit zu gehen.
59 Dazu brauchen die Talentcenter ein modernes Fallmanagement, leistungsbezogene Anreiz-
60 und Vergütungsstrukturen, Unterstützung durch künstliche Intelligenz und eine
61 Crowdsourcing-Plattform sowie den Wegfall des automatischen Vorrangs der Vermittlung
62 in Anstellung anstelle von Gründungen. Nicht jeder kann sofort in seine
63 Traumtätigkeit aufsteigen, aber ein Talentcenter kann Menschen auf dem Weg hierhin
64 und zur Selbstverwirklichung unterstützen. Wichtig hierfür ist eine Beratung, die auf
65 den Einzelnen eingeht. Die Leistungen der Talentcenter werden auf einer Online-
66 Plattform übersichtlich dargestellt.

67 **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

68 Die Familiengründung darf die beruflichen Aufstiegschancen nicht beeinträchtigen.
69 Deshalb wollen wir das Recht auf Betreuung ab Ende des Mutterschutzes endlich in der
70 Praxis garantieren. Hierzu muss die Zahl der Betreuungsplätze stark ausgebaut werden.
71 Betriebskindergärten sollen daher steuerlich gefördert und Betreuungskosten für
72 Eltern absetzbar sein. Die Betreuungszeiten sollen flexibilisiert und 24-Stunden-
73 Kitas bedarfsdeckend eingerichtet werden. Auch Arbeitgeber müssen Flexibilität

74 bieten. Daher fordern wir Gleitzeitautonomie und ein Recht auf Homeoffice, soweit
75 dies betrieblich möglich ist. Das Arbeitszeitgesetz soll statt einer Tages- eine
76 Wochenhöchst Arbeitszeit und flexible Regeln für Pausen und Ruhezeiten vorsehen.
77 Vorständen und anderen Führungskräften wollen wir bei Geburt eines Kindes eine
78 Auszeit ermöglichen, vor allem soll das Mutterschutzgesetz auch hier gelten.
79 Elterngeld, Partnerschaftsbonus und Elternzeit wollen wir flexibilisieren. Eltern
80 sollen Ansprüche an Dritte abtreten können, die sie bei der Kinderbetreuung
81 unterstützen.

82 **Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt die Stirn bieten**

83 Wir sagen Diskriminierung auch auf dem Arbeitsmarkt den Kampf an. Mit der Einführung
84 von anonymen Bewerbungen im öffentlichen Dienst und größeren Unternehmen wollen wir
85 gegen Diskriminierung bei der Arbeitssuche vorgehen. Wir wollen eine
86 Arbeitsmarktpolitik, die die strukturellen Ursachen für den Gender Pay Gap behebt.
87 Dazu wollen wir unter anderem die Entgelttransparenz stärken, damit jede Person
88 befähigt wird, eigenverantwortlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Die
89 Vorrangprüfung und die Sperrfrist für Asylsuchende schaffen wir ab. Jede Person, die
90 sich rechtmäßig in Deutschland aufhält, soll eine Erwerbstätigkeit ausüben dürfen.
91 Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen wollen wir verbessern, indem wir uns für
92 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und der öffentlichen Verwaltung einsetzen. Die
93 Kosten für Assistenztiere müssen vom Staat übernommen werden. Zudem muss der Anspruch
94 bestehen, Assistenztiere auch überall hin mitzubringen, insbesondere an den
95 Arbeitsplatz. Damit auch Menschen mit Behinderungen sich ein Vermögen aufbauen
96 können, wollen wir die Einkommens- und Vermögensgrenzen im Rahmen der
97 Eingliederungshilfe abschaffen.

Antrag 003: Kapitel 2: Freiheit im 21. Jahrhundert updaten

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in:	Bundeschvorstand (Bundeschvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 *Wir Junge Liberale* wollen Deutschland das Update fürs Digitalzeitalter verpassen.
2 Bisher hat Deutschland die Digitalisierung verpennt. Während andere Staaten in der
3 Coronakrise auf smarte digitale Lösungen setzten, kämpften deutsche Gesundheitsämter
4 mit ihren Faxgeräten. Das ist peinlich! Wir wollen die Chancen der Digitalisierung
5 nutzen und Deutschland zum digitalen Vorzeigeland machen. Dabei übersehen wir jedoch
6 nicht die Risiken. Die Privatsphäre muss auch im 21. Jahrhundert geachtet werden. Wir
7 wollen weder gläserne Bürgerinnen und Bürger noch gläserne Verbraucherinnen und
8 Verbraucher. Wir wollen digitale Konzepte, die die Privatsphäre schützen.

9 **Privatsphäre im Internet schützen**

10 Jeder Mensch hat ein Recht auf Privatsphäre. Ein wichtiger Baustein zum Schutz der
11 Privatsphäre ist für uns das Recht, Verschlüsselungsprogramme zu nutzen. Hersteller
12 digitaler Produkte dürfen nicht dazu gezwungen werden, Sicherheitslücken (sog. back
13 doors) einzubauen, die staatlichen Stellen (aber auch Hackern) den heimlichen Zugriff
14 auf Daten der Nutzerinnen und Nutzer erlauben. Stoßen staatliche Stellen auf
15 Sicherheitslücken, sind diese verpflichtet, die Betreiber unverzüglich auf das
16 Sicherheitsrisiko hinzuweisen. Einen Zwang zur Passwortherausgabe darf es nicht
17 geben. In einer freiheitlichen Gesellschaft ist Anonymität eine wichtige
18 Voraussetzung für den Schutz von Meinungsfreiheit und Meinungspluralismus. Eine
19 gesetzliche Klarnamenpflicht ist damit unvereinbar. Anonyme digitale Zahlungsmittel
20 wollen wir stärken, vor allem Kryptowährungen wie Bitcoin. Private sollen sie im
21 Zahlungsverkehr untereinander nutzen können.

22 **eGovernment und digitale Infrastruktur schaffen**

23 Der Breitband- und Mobilfunkausbau muss beschleunigt werden. Wir fordern 5G an jeder
24 Milchkanne. Für den Ausbau im ländlichen Raum setzen wir auf Clusterlösungen. Unser
25 Ziel ist es bei der Übertragungsgeschwindigkeit an die Spitze der OECD-Nationen zu
26 gelangen und dort zu bleiben. Behördengänge, Papierkram und Fax sind out. Wir fordern
27 ein Deutschlandportal, über das die Bürgerinnen und Bürger sowie juristische Personen
28 alle Behördengänge von der ABA English wird als zweite Verkehrssprache eingeführt.
29 Das Deutschlandportal gewährt den Bürgerinnen und Bürgern Einblick in alle sie
30 betreffenden personenbezogenen Daten, die der Staat gespeichert hat. Ein Zugriff auf
31 diese Daten löst automatisch eine Benachrichtigung aus. Im Falle eines laufenden
32 Verfahrens kann die Benachrichtigung auch nach Verfahrensabschluss erfolgen. Die
33 Bürgerinnen und Bürger haben auf Nachfrage ein Recht, den Grund für den Datenzugriff

34 zu erfahren. Nicht-personenbezogene Daten, die von öffentlichen Einrichtungen
35 verarbeitet werden, sollen als freie Daten in einem Open Data Warehouse der
36 Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

37 **Datensouveränität sichern**

38 Daten sind das wichtigste Wirtschaftsgut des Digitalzeitalters. Wir wollen, dass die
39 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, die Entscheidungshoheit über ihren Daten
40 besitzen. Deshalb müssen Daten besser vor ausländischem Zugriff und Unternehmen
41 geschützt werden. Anbieter (wie z.B. Huawei), die unter dem Einfluss eines
42 autokratischen Regimes stehen und bei denen eine missbräuchliche Nutzung von Daten
43 oder eine Gefahr für die Stabilität unserer digitalen Infrastruktur zu befürchten
44 ist, dürfen nicht an der digitalen Infrastruktur beteiligt werden und keine
45 öffentlichen Aufträge für Soft- und Hardware erhalten. Die Bundesregierung muss als
46 Vorbild in Sachen Nutzung kritischer Software fungieren. Wir fordern deshalb, dass
47 sie und alle ihr unterstellten Stellen die App TikTok nicht nutzen. Auch wir als
48 Bundesverband der Jungen Liberalen übernehmen Verantwortung und werden auf die
49 Nutzung von TikTok bis auf weiteres verzichten.

50 **Das Internet ist kein rechtsfreier Raum**

51 Straftaten geschehen im Internet genauso wie in der realen Welt. Es darf deshalb
52 keine Abstriche geben, wenn es um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger und die
53 Verfolgung von Straftaten geht. Die Abwägung von Grundrechten darf aber nicht in die
54 Hände von Digitalkonzernen gelegt werden, die damit noch einflussreicher für den
55 Meinungsbildungsprozess werden und zu overblocking neigen können. Das
56 Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist daher abzuschaffen. Wir setzen in erster Linie auf
57 die individuelle Strafverfolgung durch eine personell und technisch ausreichend
58 ausgestattete Polizei, die dafür konkret geschult und verstärkt werden muss. Zur
59 besseren Rechtsdurchsetzung sind Plattformen dazu zu verpflichten, digitale
60 Beschwerdemöglichkeiten für User wie sonstige Betroffene einzurichten. Geht von einem
61 Account die Gefahr aus, dass dieser auch in Zukunft rechtsverletzende Inhalte postet,
62 soll ein Account-Unterlassungsanspruch gegen die Plattform bestehen. Er ermöglicht es
63 Betroffenen durch eine gerichtliche Entscheidung, die Unterlassung bestimmter
64 rechtsverletzender Inhalte zu verlangen. Wird dies nicht abgestellt, ist der Account
65 zu sperren.

66 **Geistiges Eigentum neu denken**

67 Im Internet muss auch das Geistige Eigentum neu gedacht werden. Maßstab ist für uns
68 die Frage, wie weit Innovation und Erfindergeist gefördert sowie die Investition von
69 Zeit, Geld und Aufwand honoriert werden. Das Markenrecht genügt diesen Anforderungen
70 nicht. Insbesondere der Schutz generischer Farben und Worte schwächt den Wettbewerb
71 und belohnt lediglich alte Besitzstände. Überzogene Abmahngebühren im Urheberrecht
72 für Privatpersonen sind einzudämmen. Die Nutzung von Werken für Satire, Parodien und
73 Memes gehören für uns in eine lebendige und freie Gesellschaft. Dies soll durch eine
74 allgemeine Abwägungsklausel nach dem Vorbild des amerikanischen Fair-Use-Prinzip
75 geschehen. Die jüngste Reform des EU-Urheberrechts, die zu Recht auf die Kritik
76 vieler Menschen gestoßen ist, muss korrigiert werden. Das Leistungsschutzrecht und

77 die Uploadfilter sind eine Gefahr für das freie Internet und müssen sofort wieder
78 abgeschafft werden.

79 **Moderne Medien, zeitgemäße Medienordnung**

80 Wir setzen uns für einen schlanken Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunk ein, der sich auf
81 seine Kernaufgaben – Information und politische Bildung – beschränkt, aber die
82 Vielfalt der Gesellschaft abbildet. Deshalb fordern wir fremdsprachige Angebote,
83 insbesondere auf Arabisch, Russisch und Türkisch, auch im Inland. Durch eine
84 Reduzierung der Senderzahl und ein Verzicht auf teure Sportübertragungsrechte und
85 Unterhaltungsangebote wollen wir den Rundfunkbeitrag senken, der den
86 Beitragszahlenden in Form einer Steuergutschrift rückerstattet werden soll.
87 Auszubildende, Studierende, Freiwilligendienstleistende, freiwillig
88 Wehrdienstleistende, Schülerinnen und Schüler sollen vom Rundfunkbeitrag befreit
89 werden. Den Medienstaatsvertrag wollen wir an das digitale Zeitalter anpassen. Der
90 Lizenzzwang für Live-Streams im Internet ist vollständig abzuschaffen. Die
91 Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz soll nur noch Medien indizieren,
92 die gegen Strafgesetze verstoßen. eSports sollen unabhängig von den Spielinhalten
93 endlich als Sport und entsprechende Vereine als gemeinnützig anerkannt werden.

Antrag 004: Kapitel 3: Entfesseln wir das Land – Aufschwung statt Krise!

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 *Wir Junge Liberale* wollen die Wirtschaft entfesseln, denn auf die Coronakrise darf
2 keine Wirtschaftskrise folgen. Die Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie
3 haben viele kleine und mittelständische Unternehmen, Selbstständige und ganze
4 Branchen in Existenznöte gebracht. Unsere Generation wird einer der größten
5 Krisenverlierer sein, denn die wirtschaftlichen Auswirkungen haben einen Rückgang an
6 Ausbildungsplätzen und Jobperspektiven zur Folge. Schon in den Jahren vor der Krise
7 hat die Politik, die Leinen immer enger gezogen. Gründenden wird in Deutschland mit
8 Skepsis, Neid oder Spott begegnet. Damit muss Schluss sein! Wir wollen Deutschland
9 zur Startup-Nation machen. Wir wollen faire und attraktive Wettbewerbsbedingungen für
10 alle Wirtschaftsakteure schaffen und staatlichen Interventionismus zurückfahren, um
11 Freiraum für die nötigte Transformation der Wirtschaft zu schaffen. Wir wollen
12 Aufschwung statt Krise.

13 **Startup-Nation Deutschland**

14 Gründungen sollen digital, papierlos und innerhalb eines Tages über eine zentrale
15 Stelle erfolgen. Das erste Jahr soll für Startups frei von Bürokratie sein. Den
16 Investitionsstandort Deutschland wollen wir mit einem Venture-Capital-Gesetz stärken
17 und einen öffentlich-privaten Venture-Capital Fonds nach Vorbild des israelischen
18 Yozma-Programms schaffen. In regionalen Startup-Centern können sich Gründerinnen und
19 Gründer über Finanzierungsmodelle und Unterstützungsprogramme informieren und
20 Netzwerke knüpfen. Für aussichtsreiche Gründungen soll eine angemessene Infrastruktur
21 für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung gestellt werden. Junge Menschen wollen
22 wir für Startups begeistern. Das Thema Unternehmensgründung soll daher bereits in der
23 Schule spielerisch und interaktiv behandelt werden. Studierende sollen bis zu zwei
24 Gründungssemester nehmen können, in denen sie vorrangig an ihrem Unternehmen arbeiten
25 können. Die Gründungssemester werden nicht auf die Regelstudienzeit und die BAföG-
26 Bezugsdauer angerechnet. Damit Gründerinnen und Gründer ihren Lebensunterhalt
27 bestreiten können, muss die Gründungsphase sozialrechtlich als Erwerbstätigkeit
28 gelten. Sozialleistungen dürfen also nicht aufgrund abgelehnter Jobangebote gekürzt
29 werden. Zudem wollen wir ein Gründungstipendium schaffen.

30 **Innovation statt Stillstand**

31 Wir wollen den Innovationsstandort Deutschland stärken. Dafür wollen wir die
32 Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen ausbauen. Zivilklauseln und andere

33 Einschränkungen der Forschungsfreiheit schaffen wir ab. Ergebnisse staatlich
34 geförderter Forschung sollen nach sechs Monaten grundsätzlich öffentlich zugänglich
35 sein (Open Access). Mit einer Europäischen Agentur für Sprunginnovationen wollen wir
36 die Erforschung digitaler und ökologischer Schlüsseltechnologien wie 6G,
37 Quantentechnologie, Supraleiter, Geoengineering oder Kernfusion vorantreiben.

38 **Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft**

39 Staatliche Subventionen wollen wir konsequent abschaffen und
40 Unternehmensbeteiligungen des Staates, wie an der Telekom oder der Deutschen Post,
41 beenden. Bürokratiekosten wollen wir genau erfassen und mit einer "One in, two out"-
42 Regelung für neue Gesetze reduzieren. Eingriffe in die Berufsfreiheit wie die
43 Pflichtmitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer
44 schaffen wir ab. Gleiches gilt für die Buchpreisbindung und die Mietpreisbremse.
45 Ladenöffnungszeiten sollen im Ermessen der Geschäfte liegen. Neuen Geschäftsmodellen
46 wie beispielsweise der Sharing Economy wollen wir einen liberalen Rahmen bieten. Die
47 Betriebs- und Tarifpflicht für Taxis, die Taxikonzessionen und die Rückkehrpflicht
48 für Mietwagen sind abzuschaffen. Den Mindestabstand von 50 km zwischen zwei
49 Fernbushaltestellen heben wir auf, unabhängig vom Angebot öffentlicher
50 Verkehrsgesellschaften. Das Fremdbesitzverbot von Apotheken und die Begrenzung auf
51 drei Filialapotheken ist aufzuheben. Der Versandhandel mit Arzneimitteln soll auch
52 ohne örtliche Apotheke erfolgen können. Die Schuldenbremse wollen wir als Garant
53 einer generationengerechten Haushaltspolitik erhalten. Für die Ermittlung der
54 Neuverschuldung sind Schattenhaushalte und andere Methoden indirekter
55 Staatsverschuldung mitzuerfassen. Zudem ist das Grundgesetz um eine
56 Tilgungsverpflichtung zu ergänzen. Jedes Gesetzesvorhaben ist mit einer
57 Folgenabschätzung hinsichtlich der finanziellen Belastung für künftige Generationen
58 zu versehen.

59 **Mehr finanzielle Freiräume**

60 Wir fordern eine Senkung der Einkommensteuer insbesondere für kleine und mittlere
61 Einkommen. Hierzu wird der Grundfreibetrag auf 18.000 € im Jahr angehoben. Der
62 Spitzensteuersatz soll erst ab einem substanziell höheren Einkommen greifen.
63 Grundfrei- und Spitzensteuersatzbetrag werden jährlich an die Teuerungsrate
64 angepasst. Zwischen Grundfrei- und Spitzensteuersatzbetrag soll der Grenzsteuersatz
65 gleichmäßig ansteigen. Damit wird der Mittelstandsbauch abgeflacht. Die jährliche
66 Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Teuerungsrate setzt wiederum der kalten
67 Progression ein Ende. Im Grundgesetz wollen wir eine Obergrenze von 50 % für direkte
68 Steuern und Abgaben auf das Einkommen verankern. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer
69 und die Grundsteuer schaffen wir ab. Ein freiheitlicher Staat lässt Menschen den
70 Freiraum, die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Daher wollen wir Lenkungssteuern
71 wie die Alkoholsteuer, Alkopopsteuer, Biersteuer, Kaffeesteuer, Schaumwein- und
72 Zwischenerzeugnissteuer und Tabaksteuer abschaffen. Unsere steuerpolitischen Ziele
73 sind ambitioniert, aber perspektivisch auch ohne Neuverschuldung umsetzbar.
74 Schuldenfinanzierte Steuersenkungen lehnen wir ab.

75 **Enkelritze Rente!**

76 Wir fordern eine gesetzliche Aktienrente, die die umlagefinanzierte, gesetzliche
77 Rentenversicherung kurzfristig ergänzt und langfristig ersetzt. Denn angesichts des
78 demographischen Wandels kann nur ein kapitalgedecktes Rentensystem den Lebensstandard
79 der Menschen im Alter nachhaltig sichern. In der gesetzlichen Aktienrente zahlen alle
80 Bürgerinnen und Bürger einen Teil ihrer Rentenbeiträge auf ein individuelles
81 Rentenkonto, bis die Grundsicherung im Alter sichergestellt ist. Darüber hinaus ist
82 freiwillige Vorsorge möglich. Die Fehlbeträge der gesetzlichen Rentenversicherung
83 werden durch den Bundeshaushalt gedeckt. Eine Auszahlung aus dem Rentenkonto darf im
84 Regelfall erst nach dem 60. Lebensjahr erfolgen. Die Beiträge werden in
85 kapitalgedeckten Altersvorsorgeprodukten (z.B. Investmentfonds) angelegt. Die Wahl
86 der Altersvorsorgeprodukte ist grundsätzlich frei, muss aber hinreichende
87 Renditechancen und ausreichende Sicherheit gewährleisten, soweit Pflichtbeiträge
88 betroffen sind. Wir wollen, dass Altersvorsorge künftig bereits ab der Geburt
89 beginnt. Deshalb erhalten alle Neugeborenen einen Startbonus von 20.000 EUR für ihr
90 Rentenkonto. Der Startbonus ist ein um die Inflationsrate verzinster Darlehen. Die
91 Tilgung erfolgt automatisiert aus den Erträgen des Rentenkontos. Zusätzlich
92 ermöglicht ein digitales Rentenportal einen schnellen Überblick über die eigenen
93 Rentenansprüche. Private Vorsorge erleichtern wir durch eine deutliche Anhebung des
94 Sparerpauschbetrages, der jährlich an die Teuerungsrate angepasst wird und die
95 Einführung einer Spekulationsfrist von sieben Jahren, nach der Kapitaleinkünfte
96 steuerfrei sind.

Antrag 005: Kapitel 4: Menschenrechte, Frieden und Wohlstand weltweit

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 *Wir Junge Liberale* wollen, dass Deutschland in einem vereinten Europa seiner
2 Verantwortung für Menschenrechte, Frieden und Wohlstand weltweit gerecht wird. Zu
3 lange hat sich Deutschland davor gescheut, Verantwortung zu übernehmen. In der
4 Europäischen Union drückt Deutschland auf die Bremse und fällt schon lange nicht mehr
5 mit mutigen Reformvorschlägen oder Visionen auf. Stattdessen zeichnet sich die
6 deutsche Außenpolitik durch mangelnde Haltung gegenüber Diktatoren wie Wladimir Putin
7 und Xi Jinping aus. Das ist beschämend! Deutschland muss wieder zum Motor der
8 Europäischen Integration werden. Europa und Deutschland müssen Menschenrechte vor
9 wirtschaftliche Interessen stellen und Diktatoren die Stirn bieten.

10 **Reform der EU: Auf dem Weg zu einem föderalen Europäischen Bundesstaat!**

11 Wir wollen die Europäische Einigung vollenden. Auf Basis der Konferenz zur Zukunft
12 Europas wollen wir einen Verfassungskonvent einberufen, der eine bundesstaatliche
13 Verfassung für die EU erarbeitet. Diese soll allen Bürgerinnen und Bürgern der Union
14 in einem gesamteuropäischen Referendum zur Abstimmung vorgelegt werden und somit den
15 föderalen Europäischen Bundesstaat begründen. Dies muss mit institutionellen Reformen
16 einhergehen: Das EU-Parlament muss ein Initiativrecht erhalten und nach einem
17 einheitlichen Wahlrecht mit transnationalen Listen gewählt werden. Aus der
18 Europäischen Kommission wird eine Europäische Regierung und aus den Kommissarinnen
19 und Kommissaren Ministerinnen und Minister. Regierungspräsidentin oder -präsident
20 wird, wer eine Mehrheit im Parlament auf sich vereinigen kann. Anschließend schlägt
21 die Präsidentin oder der Präsident die Ministerinnen und Minister vor, welche einzeln
22 vom Parlament bestätigt werden. Die Präsidentin oder der Präsident kann durch ein
23 konstruktives Misstrauensvotum der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments
24 ausgetauscht werden. Der Rat der EU und der Europäische Rat werden zusammengelegt.
25 Die Mitgliedstaaten im Rat erhalten ein Initiativrecht. Der Rat und seine
26 Untergliederungen tagen öffentlich. Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren wird auf
27 alle Politikbereiche ausgeweitet. Der Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit.
28 Nur der Beitritt neuer Mitgliedstaaten und Verfassungsänderungen erfordern eine
29 Mehrheit von drei Vierteln der Mitgliedstaaten, die drei Viertel der EU-Bevölkerung
30 repräsentieren.

31 **Europäische Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit**

32 Wir fordern eine europäische Außen- und Entwicklungspolitik. Außenpolitische

33 Entscheidungen sollen im Rat der EU mit qualifizierter Mehrheit zustandekommen. Die
34 Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit wollen wir auf 0,7 % des
35 Bruttoinlandsprodukts steigern, um damit die Zielvorgabe der Vereinten Nationen zu
36 erfüllen. Die EU-Erweiterung wollen wir fortsetzen. Für den Beitritt der
37 Westbalkanstaaten soll 2025 zur unverbindlichen Zielmarke werden. Auch für die
38 Staaten der Östlichen Partnerschaft und Israel fordern wir eine Beitrittsperspektive.
39 Für die Rückkehr des Vereinigten Königreichs oder Teilen des Königreichs muss die EU
40 offenbleiben.

41 **Europäische und deutsche Verteidigungspolitik**

42 Die Streitkräfte der Mitgliedstaaten wollen wir zu Europäischen Streitkräften unter
43 parlamentarischer Kontrolle zusammenführen. Bis dahin ist die Bundeswehr weiter zu
44 europäisieren, etwa durch ein Erasmus-Programm für Soldatinnen und Soldaten, eine
45 harmonisierte Ausbildung und Ausrüstung sowie die Zulassung von Unionsbürgerinnen und
46 -bürgern zum Dienst in der Bundeswehr. Zudem ist ein EU-Hauptquartier zu schaffen.
47 Die Forschung an letalen autonomen Waffensystemen wollen wir ermöglichen. Wir
48 bekennen uns zu Deutschlands NATO-Mitgliedschaft und allen Pflichten, die damit
49 einhergehen, einschließlich des 2 %-Ziels, sowie zur Nuklearen Teilhabe. Als ultima
50 ratio befürworten wir nach Maßgabe des Prinzips der Schutzverantwortung humanitäre
51 Interventionen, um schwere Menschenrechtsverletzungen abzuwenden. Wie andere
52 staatliche Institutionen soll die Bundeswehr Zugang zu Schulen und Hochschulen
53 erhalten. Die Wehrpflicht ist aus dem Grundgesetz zu streichen. Eine Dienstpflicht
54 lehnen wir ab. Staaten, die systematische, schwere Menschenrechtsverletzungen
55 begehen, dürfen keine Rüstungsexporte erhalten.


56 **Weltweiter Freihandel für weltweiten Wohlstand**

57 Freihandel ist der Schlüssel zu globalem Wohlstand. Die Freihandelsabkommen mit
58 Kanada, Mexiko und Mercosur wollen wir ratifizieren und einen neuen Anlauf für
59 Freihandelsabkommen mit Indien und den USA starten. Um Freihandel global zu
60 verwirklichen, fordern wir eine Neuauflage der Doha-Runde im Rahmen der
61 Welthandelsorganisation. Hierzu sind Zugeständnisse seitens der EU erforderlich, wie
62 die Abschaffung der Agrarsubvention und sonstiger Handelshemmnisse, die nicht dem
63 Arbeits-, Gesundheits- oder Umweltschutz dienen. Für Entwicklungsländer bietet
64 Freihandel eine Chance auf Wohlstand. Er darf aber nicht erzwungen werden. Lower
65 Middle Income Countries sollen ebenso wie Low Income Countries bedingungslosen Zugang
66 zum Binnenmarkt erhalten. Die Außenwirtschaftsförderung wollen wir stärken. Wir
67 setzen uns zudem für den unilateralen Abbau aller tarifärer Handelshemmnisse seitens
68 der EU ein.

69 **Freiheit und Demokratie für Osteuropa und die Türkei**

70 Wir unterstützen die Demokratiebewegung in Belarus und fordern Sanktionen gegen das
71 Regime Lukaschenkos sowie freie und faire Wahlen. Den Demokratien Osteuropas wollen
72 wir eine EU- und NATO-Beitrittsperspektive verschaffen. Den
73 Menschenrechtsverletzungen und Revanchismus Putins muss die EU mit gezielten
74 Sanktionen gegen die Verantwortlichen Einhalt gebieten. Ein Ende der Sanktionen setzt
75 den Abzug Russlands aus allen besetzten Gebieten und eine Verbesserung der

76 Menschenrechtsslage voraus. Nord Stream 2 muss endgültig gestoppt werden. Gleichzeitig
77 erkennen wir die Vielfältigkeit und Kraft der russischen Zivilgesellschaft an. Sie
78 möchten wir in ihrem Kampf für Freiheit und Demokratie unterstützen. Dazu wollen wir
79 russischen Bürgerinnen und Bürgern die visafreie Einreise in die EU gestatten. Die
80 Türkei hat angesichts ihrer derzeitigen Politik zurzeit keine Chance auf einen EU-
81 Beitritt. Daher fordern wir den Abbruch der EU-Beitrittsgespräche. Wir stehen an der
82 Seite der liberalen Kräfte in der Türkei und verurteilen die Verfolgung von
83 Oppositionellen und Minderheiten. Eine Türkei, die die Kopenhagener Kriterien
84 erfüllt, ist in der EU jederzeit willkommen.

85  – **Es lebe der Staat Israel!**

86 Die Sicherheit Israels ist Staatsräson für Deutschland. Deutschland muss allen
87 Kräften, die Israels Existenzrecht ablehnen, entschlossen entgegenreten.
88 Antisemitische und antizionistische Resolutionen in den Vereinten Nationen sind
89 konsequent abzulehnen. Die Hisbollah ist in der EU als Terrororganisation
90 einzustufen. Gegenüber dem Libanon ist auf ihre Entwaffnung hinzuwirken. Das
91 Atomabkommen zwischen den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats, Deutschland
92 und dem Iran ist neu zu verhandeln. Neben dem illegalen Atom- und dem Raketenprogramm
93 des Irans müssen hierbei auch die terroristischen Milizen unter Kontrolle des Irans
94 berücksichtigt werden. Die EU und Deutschland sollen Jerusalem als Hauptstadt Israels
95 anerkennen.

96 **Taiwan bleibt demokratisch, frei und unabhängig**

97 Die EU und Deutschland müssen die Ein-China-Politik beenden. Denn wir wollen Taiwan –
98 eine lebhafteste, liberale Demokratie – offen unterstützen. Wir fordern die Vertiefung
99 der gesellschaftlichen, behördlichen und wirtschaftlichen Kooperation. Hierzu gehört
100 die Aufhebung des Einreiseverbots für taiwanische Offizielle, der Abschluss eines
101 Investitionsabkommens und Rüstungsexporte an Taiwan. Den Beitritt Taiwans zu
102 internationalen Organisationen wie der WHO und den Vereinten Nationen unterstützen
103 wir. Schließlich wollen wir im Einvernehmen mit der taiwanischen Regierung offizielle
104 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufnehmen. Die militärischen Drohgebärden der
105 Volksrepublik China (VRC) verurteilen wir aufs Schärfste. Die EU muss hierauf im
106 Rahmen einer eigenen Indo-Pazifik-Strategie angemessen reagieren. Wir fordern einen
107 EU-Marinestützpunkt im Indo-Pazifik und die Teilnahme an Freedom of Navigation-
108 Manövern in der Taiwanstraße und im Südchinesischen Meer. Eine Invasion Taiwans durch
109 die VRC stellt eine rote Linie dar. Deutschland und die EU müssen in diesem Fall ein
110 Handelsembargo gegen die VRC verhängen, die diplomatischen Beziehungen abbrechen und
111 militärische Optionen in Abstimmung mit unseren Partnern erwägen.

112 **Freiheit für Hongkong, Tibet und Ostturkestan**

113 Wir unterstützen die Menschen, die sich in Hongkong, Tibet und Ostturkestan gegen die
114 Besatzung der VRC wehren. Menschenrechtsverletzungen wie die National Security Law
115 müssen sanktioniert werden. Als Reaktion auf den Völkermord an den Uiguren fordern
116 wir die Anklage der VRC vor dem Internationalen Gerichtshof sowie die Neuvergabe der
117 Olympischen Winterspiele 2022 in Peking, andernfalls einen Boykott. Handelsabkommen
118 mit der VRC erteilen wir bis zu einer Verbesserung der Menschenrechtsslage eine

119 Absage. Den Bürgerinnen und Bürgern Hongkongs wollen wir Freizügigkeit in der EU
120 gewähren. Den Menschen Hongkongs und Ostturkestans ist es nicht zumutbar, weiterhin
121 Teil der VRC zu sein. Nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker haben sie das Recht,
122 eigene Staaten zu gründen. Tibet ist ein eigener Staat, denn die Annexion der VRC war
123 völkerrechtswidrig. Deshalb wollen wir diplomatische Beziehungen zur Tibetischen
124 Exilregierung aufnehmen.

Antrag 006: Kapitel 5: Klima- und Umweltschutz ist Freiheitsschutz

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 *Wir Junge Liberale* wollen den Klimawandel stoppen und die Schönheit unseres Planeten
2 erhalten. Allen Absichtserklärungen, Appellen und Demonstration zum Trotz kommen wir
3 beim Klimaschutz noch viel zu langsam voran. Viele Politikerinnen und Politiker
4 handeln nur halbherzig, zögerlich und zauderhaft, andere verheddern sich im Klein-
5 Klein und ideologischen Fantasien. Dafür haben wir keine Zeit mehr! Wir müssen
6 endlich groß denken und jetzt handeln, um das 1,5 Grad-Ziel einzuhalten. Nicht durch
7 Deindustrialisierung, System Change und Wachstumskritik retten wir das Klima und die
8 Freiheit künftiger Generationen, sondern mit Technologieoffenheit, der Effizienz der
9 Marktwirtschaft und einer konsequenten, globalen Bepreisung und Limitierung von
10 Treibhausgasen.

11 **Ein generationengerechtes Treibhauslimit**

12 Wir wollen die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius begrenzen und in der
13 Europäischen Union bis 2050 Klimaneutralität erreichen. Dazu fordern wir ein Limit
14 für alle Treibhausgase, die in der EU noch emittiert werden dürfen, um das 1,5-Grad-
15 Ziel nicht zu gefährden. Wer Treibhausgase emittiert oder Produkte, die zur
16 Emittierung von Treibhausgasen führen (z.B. Benzin oder Diesel) auf den Markt bringt,
17 muss Emissionszertifikate erwerben. Andernfalls werden hohe Strafgeldern fällig. Die
18 Anzahl der ausgegebenen Zertifikate sinkt jährlich. Ab dem Jahr 2050 werden keine
19 Zertifikate mehr ausgegeben. Erreichen wollen wir dies über eine Ausweitung des EU-
20 Emissionshandels (EU-ETS) auf alle Emittenten (Abfallverbrennung, Gebäude,
21 Landwirtschaft, Verkehr usw.) sowie einer zügigeren Reduktion der verfügbaren
22 Zertifikate. Hierzu wollen wir den linearen Reduktionsfaktor, der die jährliche
23 Reduktion der Zertifikatmenge bestimmt, deutlich erhöhen. Falls sich hierfür auf
24 europäischer Ebene keine Mehrheit findet, wollen wir im Wege der verstärkten
25 Zusammenarbeit mit einer Koalition der Ökologie vorangehen. Die Einnahmen aus der
26 Versteigerung der Zertifikate sollen dem Klimaschutz zugutekommen. Steuern, die eine
27 entsprechende Zielrichtung aufweisen, wie die Energiesteuer, Kfz-Steuer,
28 Luftverkehrsabgabe und Stromsteuer, schaffen wir ab.

29 **Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe**

30 Flankierend zur Reduktion der Treibhausgasemissionen in Europa wollen wir das Pariser
31 Abkommen weiterentwickeln. Wir fordern ein globales Treibhauslimit und eine Quote,
32 die dieses Limit auf die einzelnen Staaten aufsplittet. Die Quote muss den

33 unterschiedlichen Entwicklungsstand der Staaten und die sozialen und wirtschaftlichen
34 Folgen berücksichtigen. Die Staaten können untereinander innerhalb eines Korridors
35 mit Emissionsrechten handeln und so ihr Emissionsbudget erhöhen oder eine Entlohnung
36 für überdurchschnittliche Anstrengungen zum Klimaschutz erhalten. Dies ermöglicht
37 Flexibilität und verhindert zugleich, dass wohlhabende Staaten Emissionsrechte im
38 großen Stil erwerben. Der Königsweg bleibt ein globales Emissionshandelssystem. Dazu
39 soll das EU-ETS mit anderen Emissionshandelssystemen gekoppelt werden. Dies sollte
40 zentraler Bestandteil neuer Freihandelsverträge sein. Länder, die das Pariser
41 Abkommen verletzen, sollen mit Klimazöllen in Form eines Carbon Border Adjustment
42 Mechanism belegt werden.

43 **Negative Emissionen**

44 Die Reduktion der Treibhausgasemissionen genügt nicht, um das 1,5 Grad-Ziel zu
45 erreichen. Zusätzlich müssen wir der Atmosphäre einen Teil der bereits emittierten
46 Treibhausgase entziehen. Kohlenstoffdioxid kann in natürlichen Kohlenstoffspeichern
47 wie Wäldern und Mooren gespeichert oder mit technischen Einrichtungen aus der Luft
48 gefiltert werden. Dazu wollen wir Anreize setzen, indem wir negative Emissionen in
49 das EU-ETS integrieren. Wer der Atmosphäre Treibhausgase entzieht, soll mit einer
50 entsprechenden Menge an Emissionszertifikaten entlohnt werden, die dann an Emittenten
51 weiterveräußert werden können, ohne dass die Menge der ausgegebenen Zertifikate
52 steigt. Zudem wollen wir die Erforschung der Nutzung von Kohlenstoffdioxid in
53 industriellen Fertigungsprozessen fördern. Aus einem klimaschädlichen Abfallprodukt
54 könnte so ein wertvoller Rohstoff werden. Auch global müssen negative Emissionen eine
55 stärkere Rollen spielen. Neben dem Schutz bestehender Wälder und Moore fordern wir
56 daher ein globales Abkommen zur Aufforstung.

57 **Ausbau der erneuerbaren Energien**

58 Wir fordern den Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern und den Einstieg in eine
59 klimaneutrale Energieversorgung. Den Ausbau erneuerbarer Energien wollen wir mit
60 marktwirtschaftlichen Anreizen, die von einem reformierten Emissionshandel ausgehen,
61 fördern. Klimafreundliche Energieträger erhalten einen Preisvorteil, während
62 klimaschädliche fossile Energieträger durch steigende Kosten vom Markt verdrängt
63 werden. Insbesondere der Kohleausstieg gelingt so deutlich vor 2038 und ohne teure
64 Entschädigungen für die Kraftwerksbetreiber. Der Emissionshandel ist damit
65 planwirtschaftlichen Instrumenten wie der EEG- oder KWK-Umlage überlegen, diese
66 sollen daher auslaufen. Privathaushalte mit Photovoltaikanlagen wollen wir von
67 Bürokratie und Steuern entlasten. Die Kosten für eine klimaneutrale Haussanierung und
68 die Zusatzkosten für einen klimaneutralen Neubau sollen in Form einer
69 Steuergutschrift erstattet werden. Die Nutzung von Biomasse soll im Außenbereich
70 generell privilegiert sein. Energieträger wie Sonne und Wind weisen eine hohe
71 Volatilität auf. Deshalb sind ein gut ausgebautes EU-Strom- und Pipelinennetz sowie
72 ein Energiebinnenmarkt unabdingbar. Das europäische Netz soll stärker mit Nordafrika
73 verknüpft werden, um Solarstrom aus der Wüste zu nutzen und einen „Transmediterranen
74 Energiemarkt“ zu schaffen. Energiespeicher müssen rechtlich wie Kraftwerke behandelt
75 werden.

76 Ökologische Mobilitätswende

77 Technologieoffenheit und die Ausweitung des EU-ETS auf den Verkehr ist für uns der
78 Schlüssel zur Mobilitätswende. Klimaneutrale Antriebe wie E-Mobilität, Wasserstoff,
79 E-Fuels und Biokraftstoffe können ihre Klimafreundlichkeit als Preisvorteil gegenüber
80 der klimaschädlichen Konkurrenz ausspielen und schrittweise den Markt erobern. Zudem
81 wollen wir die Verkehrsemissionen durch eine Verkehrssteuerung mittels künstlicher
82 Intelligenz, die sich mittels eines dynamischen Lernprozesses an die aktuelle
83 Verkehrssituation anpasst, reduzieren. Die gesammelten Daten sollen anonymisiert per
84 API (Programmierschnittstelle) der Öffentlichkeit bereitgestellt werden.

85 Ergänzend müssen die wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen besser werden,
86 insbesondere für den Schienenverkehr. Die Deutsche Bahn wollen wir in Betrieb und
87 Netz aufspalten. Der Betrieb wird privatisiert. Das Netz bleibt im Eigentum einer AG,
88 die mehrheitlich in staatlicher Hand ist. Wir fordern ein EU-
89 Hochgeschwindigkeitsnetz, um Europa enger zu vernetzen. Hierbei soll auch die
90 Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit von Magnetschwebbahnen und Hyperloops
91 geprüft werden. Die technischen Standards und das Planungsverfahren sollen europaweit
92 harmonisiert werden.

93 Innovation in der Landwirtschaft

94 Die heimische Landwirtschaft versorgt uns mit Lebensmitteln von höchster Qualität.
95 Daher wollen wir die Landwirtschaft mit innovativen Technologien und
96 wissenschaftlicher Evidenz klima- und umweltfreundlich machen. So bietet bspw. Grüne
97 Gentechnik zahlreiche Vorteile für Mensch und Umwelt. Daher wollen wir die
98 Zulassungsbedingungen für gentechnisch veränderte Organismen mit denen für
99 herkömmliche Züchtungen gleichstellen. Die Forschung für einen effizienteren Einsatz
100 von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, die Reduktion des Methanausstoßes von
101 Nutztieren, sowie Zukunftstechnologien wie Drohnen, Jätroboter, Vertical Farming oder
102 Aquaponik wollen wir fördern. EU-Vorgaben setzen wir grundsätzlich eins zu eins um.
103 Insekten- und Tiermehl wollen wir unter Berücksichtigung gesundheitlicher Belange als
104 Futtermittel zulassen, um den flächenintensiven Anbau von Soja und Mais zu
105 reduzieren. Insekten sollen zudem, wie auch In-vitro-Fleisch, zügig als
106 Nahrungsmittel zugelassen werden. Die Verschwendung von Lebensmitteln wollen wir
107 verringern, indem wir die EU-Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse abschaffen und
108 Lebensmittelspenden nach dem Vorbild der italienischen „Good Samaritan Law“
109 erleichtern.

110 Nicht im Plastik schwimmen

111 Die Bekämpfung der Plastikverschmutzung sehen wir als riesige Herausforderung. Daher
112 fordern wir ein globales Plastik-Abkommen, damit endlich einheitliche Recycling-
113 Standards geschaffen werden. In der EU soll der Müllexport in Staaten mit
114 schlechteren Recycling-Standards verboten werden. Zudem fordern wir eine Anpassung
115 des Marpol-Abkommens, damit illegale Müllentsorgungen auf den Weltmeeren besser
116 geahndet und deutlich stärker bestraft werden kann.

117 Tierschutz für ganz Europa

118 Wir fordern europaweite, hohe Tierschutzstandards für Haltung und Transport, die
119 regelmäßig kontrolliert werden. Praktiken wie das Töten männlicher Küken, Anbinde-
120 und Kastenhaltung gehören verboten. Das Baurecht darf tierwohlfreundliche
121 Stallumbauten nicht ausbremsen. Auf Höfen müssen die Tierhaltungsstandards mindestens
122 alle fünf Jahre kontrolliert werden. Die Verabreichung von Medikamenten an Nutztiere
123 ist zu reduzieren. Bis zur Harmonisierung der Tierschutzstandards fordern wir ein EU-
124 Tierschutzsiegel. Zudem fordern wir ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen.

Antrag 007a: Kapitel 6: Die Offene Gesellschaft und ihre Chancen (Part 1)

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 *Wir Junge Liberale* streiten für eine offene Gesellschaft, die vielfältige
- 2 Lebensentwürfe ermöglicht und respektiert. Denn obwohl in den vergangenen Jahren
- 3 beispielsweise mit der Ehe für alle oder Bewegungen wie Black Lives Matter große
- 4 Fortschritte erzielt wurden, sind Hass, Hetze und Intoleranz leider nicht
- 5 verschwunden. Konservative Politiker machen jeden gesellschaftlichen Fortschritt zur
- 6 Sisyphusarbeit. Der Staat hat sich aber aus Deinem Privatleben herauszuhalten! Ein
- 7 freiheitlicher Staat fokussiert sich auf die Achtung und den Schutz Deiner
- 8 Grundrechte, aber er bestimmt nicht Dein Leben. Du bestimmst Dein Leben und Du
- 9 triffst die Entscheidungen.
- 10 **Geschlecht: Deine Sache, nicht die des Staates**
- 11 Wir stehen für einen liberalen Feminismus, der auf der Rechtsgleichheit aller
- 12 Geschlechter aufbaut und für alle Individuen Freiheits- und Entfaltungsräume
- 13 erweitern will. Der liberale Feminismus strebt die Selbstbestimmung aller Individuen
- 14 frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen aufgrund ihres gewählten oder
- 15 biologischen Geschlechts an. Daher fordern wir eine geschlechtsneutrale
- 16 Gesetzesfassung. Ausgenommen sind sachlich begründete Differenzierungen wie
- 17 beispielsweise im Mutterschutz oder Strafvollzug. Die staatliche Erfassung des
- 18 Geschlechts ist auf Forschungszwecke zu reduzieren. Solange und soweit das Geschlecht
- 19 als Differenzierungsmerkmal benutzt wird, muss es allen offenstehen, die eigene
- 20 Geschlechtszugehörigkeit unkompliziert zu ändern. Im Familienrecht sollen Eltern die
- 21 gleichen Rechte und Pflichten erhalten. Das gemeinsame Sorgerecht soll auch bei
- 22 unverheirateten Paaren der Regelfall sein. Bei Getrenntleben der Eltern ist das
- 23 Wechselmodell, also der grundsätzlich geteilte Umgang des Kindes mit den Eltern, der
- 24 Regelfall.
- 25 **My body, my choice**
- 26 Jeder Mensch hat das unveräußerliche, zu schützende Recht auf körperliche Integrität
- 27 und sexuelle Selbstbestimmung. Umgekehrt ist es dem Staat verwehrt, moralisierende
- 28 Auffassungen von Sexualität durchzusetzen. Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung
- 29 ist zu verbessern. Polizei und Justiz müssen dazu besonders geschult werden.
- 30 Sexualdelikte sind im Alltag ein häufiges Phänomen. Daher müssen sie auch in der
- 31 juristischen Ausbildung thematisiert werden. Die psychosoziale Prozessbegleitung
- 32 wollen wir ausbauen. Opfer müssen über ein bundesweites, mehrsprachiges

33 Opferinformationsportal über ihre Rechte und Ansprechpersonen informiert werden. Die
34 anonyme Spurensicherung in Notfallambulanzen bauen wir aus, um Betroffenen, die sich
35 erst nach längerer Zeit für eine Anzeige entscheiden, die Spurensicherung zu
36 ermöglichen. Während der Untersuchung eines Opfers einer Sexualstraftat sollen
37 Rechtsmedizinerinnen und -mediziner zur Beweissicherung live per Video zugeschaltet
38 werden können. Catcalling und Stealthing sollen strafbar werden.

39 Um Kinder und Jugendliche besser vor sexueller Gewalt schützen zu können, sollen die
40 Fristen für die Eintragung solcher Taten in das Erweiterte Führungszeugnis verlängert
41 und die Tilgungsfristen ebenfalls verlängert werden. Einstweilige Anordnungen nach
42 dem Gewaltschutzgesetz sollen auch über eine digitale Rechtsantragstelle beantragt
43 werden können. Geschlechtsangleichende Operationen, die nicht auf den Wunsch der
44 betroffenen Person erfolgen, sind zu verbieten.

45 **Queer denken!**

46 Die sexuelle und geschlechtliche Identität einer Person ist für uns
47 selbstverständlich zu respektieren und Teil einer vielfältigen Gesellschaft.
48 Deutschland muss sich international für eine UN-Konvention zum Schutz queerer
49 Menschen einsetzen. Das Blutspendeverbot für Männer, die Sex mit Männern haben, ist
50 unverzüglich aufzuheben. Die Ehe für alle war ein großer Erfolg, bildet aber nur den
51 Startschuss für ein Familienrecht, das allen Lebensmodellen gerecht wird. Alle
52 Ehepartner sollen gemeinsam Eltern eines Kindes werden können. Die Adoption ist für
53 unverheiratete Paare – heterosexuell wie homosexuell – zu erleichtern. Entscheidend
54 darf für die Prüfung des Jugendamtes alleine ein liebevolles Umfeld für das Kind
55 sein. Leihmutterschaft, Embryonen- und Eizellspende sollen – auch unter Zahlung einer
56 Aufwandsentschädigung und Vergütung – legalisiert, Vieleiternschaft ermöglicht
57 werden. Die Ausgestaltung der Leihmutterschaft muss während der Schwangerschaft das
58 Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper und den Fötus gewährleisten und
59 nach der Geburt hinreichende Schutzinstrumente vorsehen. Wir wollen eine neue Form
60 des Zusammenlebens als Ergänzung zur Ehe schaffen: die Verantwortungsgemeinschaft.
61 Eine Verantwortungsgemeinschaft kann auch mehr als zwei Mitglieder haben.

62 **Klare Kante gegen Diskriminierung und Hass**

63 Diskriminierung und Hass, insbesondere Antisemitismus, Antiziganismus, Homo- und
64 Transphobie, Rassismus und Sexismus haben in einer offenen Gesellschaft keinen Platz.
65 Den Anstieg von Straftaten mit einer entsprechenden Motivlage beobachten wir daher
66 mit großer Sorge. Wir fordern eine konsequente Erfassung und Verfolgung dieser Taten.
67 Das angekündigte Meldesystem MIRA (Melde-, Informations- und Recherchestelle gegen
68 Antisemitismus) für antisemitische Vorfälle muss endlich eingeführt werden. Verbände,
69 die der antisemitischen Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) nahe
70 stehen, entziehen wir die staatliche Unterstützung. In der Schule müssen die
71 verschiedenen Formen von Menschenfeindlichkeit intensiver und fächerübergreifend
72 thematisiert werden. Das Diskriminierungsverbot des Artikel 3 Grundgesetz ist um die
73 Merkmale „sexuelle und geschlechtliche Identität“ zu ergänzen, der Begriff „Rasse“
74 durch eine zeitgemäße Formulierung zu ersetzen. Zudem sprechen wir uns für eine
75 unabhängige Rassismusstudie bei der Polizei aus.

76 The War on Drugs is over!

77 Wir fordern einen Kurswechsel in der Drogenpolitik. Herstellung, Handel, Beschaffung,
78 Besitz und Konsum von Drogen, erst recht Cannabis, sollen legal und reguliert sein.
79 Der Verkauf findet ausschließlich in zertifizierten Geschäften statt, die eine
80 umfassende und verpflichtende Risiko- und Gesundheitsberatung durchführen. Die
81 kommerzielle Herstellung erfolgt durch zertifizierte Unternehmen. Damit legen wir den
82 Schwarzmarkt trocken, schützen die Gesundheit von Konsumierenden und machen
83 Jugendschutz überhaupt erst möglich. Mentholzigaretten, aromatisierte Tabakprodukte
84 und Snus sind ebenfalls zu legalisieren. Zusätzlich fordern wir Sofortmaßnahmen, um
85 die Gesundheit von Drogenkonsumierenden besser zu schützen. Konsumierende sollen
86 Drogen auf Wirkstoffgehalt und Verunreinigungen testen lassen können (Drugchecking),
87 Suchtkranke uneingeschränkten Zugang zu psychotherapeutischen Leistungen erhalten und
88 bundesweit Drogenkonsumräume eingerichtet werden.

Antrag 007b: Kapitel 6: Die Offene Gesellschaft und ihre Chancen (Part 2)

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 **Perspektiven als attraktives Einwanderungsland schaffen!**

2 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir begreifen Einwanderung als Chance und
3 Bereicherung. Wer sich anstrengt, dem sollen alle Türen offenstehen. Die Einwanderung
4 erfolgt auf Grundlage eines Punktesystems, das vorrangig auf Qualifikation aufbaut
5 und setzt das Fehlen von schweren Vorstrafen nach deutschen Standards und Gefahren
6 für die öffentliche Sicherheit voraus. Das Bewerbungsverfahren soll digital,
7 transparent und bürokratiearm gestaltet werden. Arbeitgeber können sich über ein
8 zentrales System an die Einwanderungsbehörden wenden und ihren Fachkräftebedarf
9 anmelden, auf dessen Grundlage das Punktesystem stetig angepasst wird. Bleibt die
10 Arbeitssuche nach Aufbrauchen der eigenen Mittel erfolglos oder wird in angemessener
11 Frist nach Beendigung einer Erwerbstätigkeit keine neue Stelle angetreten, hat die
12 Ausreise zu erfolgen.

13 Asyl ist ein Menschenrecht und daher nicht verhandelbar. Damit Flüchtlinge nicht
14 Schleppern ausgeliefert sind, wollen wir die Asylantragstellung auch in Botschaften
15 ermöglichen und ein humanitäres Visum nach Schweizer Vorbild einführen. Auf
16 europäischer Ebene fordern wir einen Verteilungsschlüssel für Geflüchtete.
17 Mitgliedstaaten, die sich der Aufnahme von Geflüchteten verweigern, haben für die
18 Unterbringung und Integration in anderen Mitgliedstaaten aufzukommen. Die Europäische
19 Agentur für Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) soll personell aufgestockt und die
20 parlamentarische Kontrolle gestärkt werden. Die Prüfung humanitärer Aufenthaltsgründe
21 hat zügig zu erfolgen. Durch eine bessere Ausstattung der Justiz- und
22 Verwaltungsbehörden muss sichergestellt werden, dass Verfahren in angemessener Zeit
23 abgeschlossen werden können. Ein Spurwechsel aus einem humanitären Schutzstatus oder
24 dessen Beantragung ins Regelungsregime des Einwanderungsrechts muss möglich sein.
25 Denn wer einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder sich in einer Qualifikationsphase
26 befindet, muss ein Aufenthaltsrecht erhalten. Liegen keine humanitären
27 Aufenthaltsgründe vor und besteht auch nach dem Einwanderungsrecht kein
28 Aufenthaltsrecht, muss die Ausreisepflicht durchgesetzt und Wiedereinreiseversuchen
29 begegnet werden.

30 Der Erwerb der Staatsangehörigkeit ist für uns die Krönung eines gelungenen
31 Integrationsprozesses. Einbürgerungen sollen kein bloßer Verwaltungsakt sein, sondern
32 im feierlichen Rahmen begangen werden. Ein Anspruch auf Einbürgerung soll bereits

33 nach vier Jahren bestehen. Multiple Staatsangehörigkeiten müssen uneingeschränkt
34 zulässig sein. Nicht-EU-Ausländer erhalten das Kommunalwahlrecht, wenn sie seit
35 mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz in Deutschland haben.

36 **Dein Glaube, Deine Entscheidung!**

37 Wir fordern die konsequente Trennung von Staat und Kirche. Dazu wollen wir die
38 Staatsleistungen an die Kirchen ablösen und die Staatskirchenverträge abschaffen. Die
39 Sonderrechtsstellung kirchlicher Träger, auch im Arbeitsrecht, ist abzuschaffen.
40 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sollen ausschließlich privatrechtlich
41 organisiert sein. Bis dahin muss der Kirchenaustritt auch der Kirche gegenüber,
42 kostenfrei und digital erklärt werden können. Der Einzug der Kirchensteuer durch den
43 Staat muss beendet werden. Der Blasphemie-Paragraph (§ 166 StGB), stille Feiertage
44 und der Sonntagsschutz sind abzuschaffen. Der Gottesbezug in der Präambel des
45 Grundgesetzes ist zu streichen. Wir fordern eine schonungslose Aufklärung des
46 Kindesmissbrauchs innerhalb der Kirchen und die Aufarbeitung der systematischen
47 Vertuschung der Taten.

48 **Selbstbestimmt bis in den Tod**

49 Die Entscheidung des Einzelnen, seinem Leben entsprechend seinem Verständnis von
50 Lebensqualität und Sinnhaftigkeit der eigenen Existenz ein Ende zu setzen, ist als
51 Akt autonomer Selbstbestimmung von Staat und Gesellschaft zu respektieren. Die
52 Freiheit, sich das Leben zu nehmen, umfasst auch die Freiheit, hierfür bei Dritten
53 Hilfe zu suchen und Hilfe, soweit sie angeboten wird, in Anspruch zu nehmen. Wir
54 treten daher für die Straffreiheit der Sterbehilfe – auch der aktiven –
55 einschließlich des Zugangs zu entsprechenden Medikamenten ein.

56 **Wahlrecht ab 16**

57 Junge Menschen beweisen ein hohes Maß an Eigenständigkeit und übernehmen
58 Verantwortung in unterschiedlichsten Lebensbereichen. Daher setzen wir uns für die
59 Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren für die Wahlen zum Deutschen Bundestag
60 und Europäischen Parlament ein.

61 **Fairer Wettstreit der Interessen**

62 Interessenvertreterinnen und -vertreter müssen die Möglichkeit erhalten, ihre
63 Anliegen der Politik vorzutragen, ohne dass einzelne Gruppen strukturelle Vorteile
64 erlangen. Deshalb fordern wir ein öffentlich einsehbares Transparenzregisters für
65 alle staatlichen Stellen, das Lobbyismus offenlegt. Der Begriff des Lobbyisten
66 umfasst dabei politisch neutral jeden, der nicht in seiner Eigenschaft als
67 Privatperson, Zugang zur Politik sucht, insbesondere Vertreterinnen und Vertreter von
68 Unternehmen, Verbänden und Religionsgemeinschaften. Die Besuche von Lobbyisten im
69 Bundestag, in Ministerien und im Kanzleramt werden registriert und in einem
70 jährlichen Bericht veröffentlicht, ebenso wie finanzielle Vorteile etwa durch Speisen
71 und Getränke bei Parlamentarischen Empfängen. Sponsoring und andere mittelbare
72 Finanzströme, auch an einzelne Abgeordnete und Kandidierende, sollen wie
73 Parteispenden transparent erfasst werden. Abgeordnete sollen ihre Einkunftsquellen,
74 sowie Vereins- und Verbandsmitgliedschaften und -funktionen offenlegen. Die

75 Finanzierung durch ausländische Staaten muss besser erfasst, Interessenkonflikte
76 angezeigt und ggf. unterbunden werden. Der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung
77 ist auszuweiten, auch auf die Vorteilsnahme. Das Verbandsklagerecht wollen wir
78 reformieren, um den anhaltenden Missbrauch zu beenden.

79 **Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser**

80 Staatliche Maßnahmen, die erheblich in Grundrechte eingreifen, können nicht von den
81 Ermittlungsbehörden aus eigener Kompetenz angeordnet werden, sondern bedürfen
82 richterlicher Zustimmung. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau des
83 Richtervorbehaltes ein, zum Beispiel bei Blutentnahmen oder der Speicherung von IP-
84 Adressen. Überwachung muss im Rechtsstaat immer gerichtlich überprüfbar sein. Die G
85 10-Kommission wollen wir durch ein Nachrichtendienstgericht ersetzen. Wird eine
86 Polizeibeamtin oder -beamter einer Straftat verdächtigt, verlangt der Ausschluss von
87 Interessenkonflikten die Untersuchung durch eine unabhängige Ermittlungsbehörde. Bei
88 Polizeieinsätzen fordern wir eine Kennzeichnungspflicht in Form einer
89 pseudonymisierten Kennziffer. Polizeikräfte sind regelmäßig auf interkulturelle
90 Kompetenzen und Menschenrechte zu schulen.

91 **Mobilität auch für junge Menschen**

92 Wir wollen auch jungen Menschen mehr Mobilität ermöglichen. Deshalb wollen wir das
93 Alter zum Erwerb eines PKW-Führerscheins absenken. Begleitetes Fahren soll bereits ab
94 15 und eigenständiges Fahren ab 16 Jahren möglich sein. Der Erwerb eines
95 Mopedführerscheins soll schon ab 14 Jahren möglich sein. Statt bisher 45 km/h sollen
96 Kleinkrafträder künftig 55 km/h fahren dürfen.

Antrag 008: Kapitel 7: Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 *Wir Junge Liberale* wollen das Gesundheitssystem fit für die Zukunft machen. Die
2 Coronakrise hat nicht nur die Widerstandsfähigkeit, sondern auch die Schwächen
3 unseres Gesundheitssystems offengelegt. Medizinisches Personal, insbesondere
4 Pflegekräfte waren schon vor der Krise am Rande der Belastbarkeit. Zugleich steigen
5 die Kosten für die Versicherten. Innovative Behandlungsmethoden wie die Telemedizin
6 bleiben ungenutzt und Prävention spielt kaum eine Rolle. Das muss sich ändern! Die
7 Gesundheit muss endlich den Stellenwert bekommen, der ihr zusteht.

8 **Impfstoff auch für Kinder und Jugendliche**

9 Uns reicht es nicht, dass die Bundesregierung bis September allen Erwachsenen ein
10 Impfangebot machen möchte. Wir verlangen, dass alle Möglichkeiten ausgereizt werden,
11 um auch Kindern und Jugendlichen schnellstmöglich eine Impfung gegen Covid-19
12 anzubieten. Aber auch vor anderen Infektionskrankheiten wollen wir Kinder besser
13 schützen. Der Impfausweis soll künftig digital sein.

14 **Psychische Gesundheit stärken**

15 Wir wollen die Wartezeiten auf einen Therapieplatz verkürzen. Daher sollen
16 Psychotherapeutinnen und -therapeuten und Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und
17 -therapeuten direkt nach der Approbation eine kassenärztliche Zulassung erhalten.
18 Gleiches gilt für Fachärztinnen und -ärzte für Psychiatrie und Psychotherapie nach
19 der Eintragung in das Facharztregister. Die Quotierung und damit einhergehende
20 Begrenzung kassenärztlicher Zulassungen ist generell abzuschaffen. Bis dahin setzen
21 wir uns für eine deutliche Erhöhung der Kassensitze ein, insbesondere im Bereich der
22 Psychotherapie. Zusätzlich wollen wir Förderprogramme schaffen, die
23 Psychotherapeutinnen und -therapeuten zur Niederlassung anregen, bis die Wartezeit
24 für einen Therapieplatz bei unter einem Monat liegt. Die Kommunikation mit den
25 Terminservicestellen muss barrierefrei möglich sein, ihre Bekanntheit erhöht werden.
26 Künftig sollen sie auch berechtigt sein, Patientinnen und Patienten an
27 Psychotherapeutinnen und -therapeuten und Psychiaterinnen und Psychiater mit freien
28 Behandlungsplätzen weiterzuleiten. Telemedizin wollen wir auch in der Psychotherapie
29 einsetzen. Wir fordern mehr Aufklärung über psychische Gesundheit in Schule und
30 Hochschule sowie eine Aufklärungskampagne zur Entstigmatisierung psychischer
31 Erkrankungen.

32 **Sprechen wir über Sex**

33 Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Identität, der sexuellen Selbstbestimmung,
34 zum Konsens zu sexuellen Handlungen und zur Prävention von Missbrauch müssen in der
35 Schule viel stärker thematisiert werden. Ziel ist es, junge Menschen zur
36 selbstbestimmten Wahrnehmung der eigenen und Achtung fremder sexueller Autonomie zu
37 befähigen. Empfängnisverhütung wollen wir für alle Geschlechter besser machen. Die
38 gesetzlichen Krankenkassen sollen die Kosten für Verhütungsmittel bis zum 27.
39 Lebensjahr sowie für Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder BAföG empfangen,
40 erstatten müssen. Darüber hinaus soll es den Kassen freigestellt sein, die Kosten für
41 Verhütungsmittel zu erstatten. Die Erforschung neuer und verbesserter
42 Verhütungsmethoden wollen wir fördern. Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten wie
43 HIV oder Syphilis sollen für jede Person unabhängig von der sexuellen Identität
44 kostenlos und anonym verfügbar sein.

45 Wir fordern die ersatzlose Streichung von § 219a StGB. Dass Frauenärztinnen und -
46 ärzte darüber informieren, dass sie Abtreibungen vornehmen und über Abtreibungen
47 aufklären, verstehen wir nicht als Straftat, sondern als Teil ihres Berufs. Deshalb
48 fordern wir auch das Bundesverdienstkreuz für Kristina Hänel, die sich als betroffene
49 Frauenärztin seit Jahren gegen dieses überholte Strafgesetz zur Wehr setzt und so
50 eine wichtige, gesellschaftliche Debatte angestoßen hat.

51 Frauen sollen selbstbestimmter über den Zeitpunkt einer Schwangerschaft entscheiden
52 können. Deshalb sollen die Kosten für das Einfrieren von Eizellen (Social Freezing)
53 von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden. Schwangere sollen unkompliziert
54 ihre Ärztin oder ihren Arzt wechseln können. Hierzu soll die Betreuungspauschale bei
55 einem Arztwechsel innerhalb eines Quartals auch von der neu betreuenden Ärztin oder
56 Arzt abgerechnet werden können.

57 **Pflegeengpässe auflösen, Jobs attraktiv gestalten**

58 Medizinisches Personal muss durch den Abbau und die Digitalisierung von
59 Dokumentationspflichten entlastet werden. Zur Entlastung der Pflege sind verstärkt
60 technische Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Personalengpässe erfordern,
61 neben der Anwerbung ausländischer Fachkräfte, vor allem eine deutliche, auch
62 finanzielle, Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs. Wir setzen uns daher für
63 eine stärkere Tarifbindung im Pflegebereich ein. Damit die Arbeit von Ärztinnen und
64 Ärzten in Kliniken attraktiv bleibt, wollen wir die Vergütungsstruktur anpassen. Dem
65 Ärztemangel wollen wir durch eine Erhöhung der Studienplätze für Humanmedizin
66 begegnen.

67 **Geschlechtsspezifische medizinische Versorgung und Forschung**

68 Die geschlechtsspezifische medizinische Forschung an den Universitätskliniken wollen
69 wir ausbauen. Ziel ist es, dem Individuum durch eine Medizin, die biologischen
70 Unterschiede erkennt und zu behandeln lernt, die bestmögliche Gesundheitsversorgung
71 bieten zu können. Medikamente sollen vor ihrer Zulassung in der Phase-III-Studie auch
72 an Probandinnen getestet werden.

73 **Leben retten, Organspende vereinfachen**

74 Wir fordern eine bundesweite Organspendedatei und die Mandated-Choice-Lösung, um dem

- 75 Mangel an Spenderorganen entgegenzuwirken. Bei Beantragung eines Personalausweises
76 oder Reisepasses werden alle Personen aufgefordert, sich für oder gegen eine Aufnahme
77 in die Organspendedatei zu entscheiden. Die Freiwilligkeit der Organspende bleibt bei
78 dieser Pflicht zur Entscheidung unberührt. Die Registrierung in der Organspendedatei
79 ist jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufbar.

Antrag 009: Wir sind bereit für den Aufbruch! – Bist Du es auch?

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	00 - Bundestagswahlprogramm

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Wir sind die Jungen Liberalen (JuLis). Wir sprechen nicht nur über Politik. Wir
- 2 machen Politik. Denn wir wollen Bessermacher und nicht nur Besserwisser sein. Uns ist
- 3 egal, wo Du herkommst, wie Du aussiehst und wen Du liebst. Bei uns bist Du
- 4 willkommen, wie Du bist.
- 5 Wir freuen uns auf die Zukunft und wollen sie gestalten. Bist Du dabei? Dann misch
- 6 Dich ein, sag Deine Meinung und bereichere die Welt mit Deinen Ideen. Lass nicht zu,
- 7 dass andere über Deine Zukunft entscheiden. Du entscheidest selbst bei der
- 8 Bundestagswahl am 26. September 2021!

Antrag 101: Unsere Sprache stößt an ihre Grenzen

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	LV Schleswig-Holstein (Landesverband), LV Sachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	10 - Bildung und Kultur
Herkunft:	Verwiesen vom 61. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen sind der Überzeugung, dass Männer und Frauen gleichberechtigt
- 2 sind und dass die Meinungsfreiheit sowie die Möglichkeit, sich so auszudrücken, wie
- 3 man es möchte, zentrale Säulen für eine liberale Demokratie sind. Aus diesem Grund
- 4 fordern wir, dass es keine Verpflichtungen zu bestimmten Formulierungen im Sinne des
- 5 Gender-Mainstreaming in staatlichen Institutionen, durch den Arbeitgeber oder in der
- 6 Amtssprache geben darf. Bestehen solche Verpflichtungen bereits, sind diese
- 7 schnellstmöglich aufzuheben.

Begründung

In vielen Institutionen wird der Gebrauch von „Gender-Sprache“ mittlerweile propagiert, wenn nicht sogar vorgeschrieben. So wird die Verwendung des generischen Maskulinums als Beschreibung für eine gemischtgeschlechtliche Gruppe als Diskriminierung aller anderen Geschlechter angesehen. Im Deutschen hat aber das grammatische Geschlecht in der Regel nicht viel mit dem tatsächlichen Geschlecht zu tun: Das Wort „Personen“ ist grammatisch feminin, meint aber die tatsächlichen Geschlechter im gleichen Maße.

Auch sind die bisher vorgeschlagenen Möglichkeiten zur „gendergerechten“ Sprachanpassung im Gebrauch oft umständlich und nicht selten inkorrekt. So auch das Partizip Präsens als geschlechterneutrale Anrede: ein Raucher ist jemand, der häufig raucht, ein Rauchender ist jemand, der in diesem Moment raucht. Die Anrede „Liebe Rauchende“ meint also nicht alle Raucher und Raucherinnen, sondern nur diejenigen, die gerade eine brennende Zigarette in der Hand halten. Diese Formulierung ist also für solche Zwecke gänzlich ungeeignet.

Wer seine Sprache gendern möchte, ist frei, dies trotz aller Umständlichkeiten und Inkorrektheiten zu tun. Allerdings hat weder der Staat noch irgendeine andere Obrigkeit das Recht, die Sprache des einzelnen zu lenken und einzuschränken.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 301: Kur für die Pflege

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	BAK Gesundheit und Innovation (Bundesarbeitskreis)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	30 - Gesundheit und Soziales
Herkunft:	Verwiesen vom 59. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Der würdevolle Umgang mit pflegebedürftigen Menschen ist eine zentrale Aufgabe eines
2 liberalen Gesundheitssystems. Diejenigen die auf Hilfe angewiesen sind, sei es
3 aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder sogar einem Zusammenspiel aus beidem
4 benötigen eine gute Versorgung, die ihren individuellen Bedürfnissen gerecht wird.
5 Die Pflege ist dabei ein vielschichtiges Themenfeld. Einerseits spielt die
6 Finanzierung des Pflegesystems eine zentrale Bedeutung, aber auch die Ausbildung,
7 Verfügbarkeit und Zufriedenheit von Pflegepersonal ist von elementarer Bedeutung für
8 ein gut funktionierendes Pflegesystem. Nicht zuletzt spielen die Prävention, zur
9 Vermeidung von Pflege und die Anreize zur kurativen Behandlung eine wichtige Rolle in
10 einem guten Pflegesystem.

11 Als Junge Liberale ist eine umfassende Pflegereform ein zentrales Anliegen, denn auch
12 ein trag- und leistungsfähiges Pflegesystem ist eine Zentrale Frage der
13 Generationengerechtigkeit. Ein System, das maßgeschneiderte Pflege, ermöglicht ohne
14 dabei nachfolgende Generationen übermäßig zu belasten ist deshalb ein Kernanliegen
15 jungliberaler Gesundheitspolitik. Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns für
16 umfassende Reformen im Pflegesystem aus.

17 **Pflegekammern - Bundesweite Standards und Anerkennung**

18 Die Jungen Liberalen begrüßen die Entscheidung des Deutschen Pflegerats, eine
19 Bundespflegekammer zu schaffen. Mit dieser als Spitzenorganisation der pflegerischen
20 Selbstverwaltung ist es möglich, Pflegende bundesweit zu repräsentieren und
21 einheitliche Standards für Aus- und Weiterbildungen zu schaffen.

22 Für uns ist es essentiell, dass Pflegende und deren Meinung anerkannt und in der
23 öffentlichen Debatte gehört werden. Unser Ziel ist deshalb, dass die
24 Bundespflegekammer einen Sitz im gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) erhält und somit
25 auch die Pflegenden Innovationen im Gesundheitswesen, Zulassungsverfahren und
26 Nutzenbewertungen aus pflegerischer Sicht begleiten können.

27 Des Weiteren bietet die Organisation über eine Bundespflegekammer den Vorteil der
28 Schaffung von einheitlichen Standards, insbesondere im Bereich der
29 Weiterbildungsmöglichkeiten. Es ist schon heute so, dass Pflegerinnen und Pfleger
30 sich nach der Ausbildung auf unterschiedliche Bereiche spezialisieren und
31 weiterbilden können. Für einige dieser Bereiche gibt es festgelegte Standards für die

32 Weiterbildung, wodurch eine Anerkennung bundesweit möglich ist, ein Beispiel dafür
33 ist die Intensiv-Pflege.
34 Allerdings gilt das für einen großen Teil der Weiterbildungsmöglichkeiten nicht,
35 wodurch ein Hemmnis für das lebenslange Lernen und Erweitern der Fähigkeiten besteht.
36 Die Bundespflegekammer kann an dieser Stelle ansetzen und für die vielen
37 Spezialisierungsmöglichkeiten Standards schaffen, was mehr Perspektive und
38 Anerkennung für die Pflegenden schafft.

39 **Fachkräftemangel beheben - Pflegeausbildung reformieren**

40 Eine gute Ausbildung, Aufstiegschancen und gerechte Arbeitsbelastungen stellen
41 Schlüsselpunkte für die Behebung des Fachkräftemangels im Pflegesektor dar. Ein
42 einfacher Einstieg in den Pflegeberuf spielt dabei eine genauso wichtige Rolle wie
43 stetige Weiterqualifizierungsmöglichkeiten, um auch Pflegekräften im Beruf stets neue
44 Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Pflege nicht als Karriere-Sackgasse zu
45 verstehen. Hierfür wollen wir sowohl den Zugang zum Pflegeberuf, als auch die
46 Qualifizierungsmöglichkeiten modular und bundeseinheitlich reformieren. Einen
47 zentralen Bestandteil nimmt dabei die Duale-Ausbildung ein, welche um einfache
48 Einstiegsmöglichkeiten sowie akademische Qualifikationsmöglichkeiten ergänzt wird.

49 Grundsätzlich fordern wir daher:

- 50 • Eine stärkere Vernetzung theoretischer und praktischer Ausbildungsinhalte im
51 Lehrplan, sofern dies organisatorisch umsetzbar ist.
- 52 • Die Verankerung der Pflegewissenschaften in der universitären Forschung und
53 Lehre, genau wie dies schon für die Medizin der Fall ist.
- 54 • Die Lehr- und Forschungsinhalte dieser Lehrstühle und Institute soll sich dabei
55 im Rahmen der Freiheit von Forschung und Lehre an den Bedürfnissen der Pflege
56 orientieren
- 57 • Die Einrichtung einer bundesweiten Pflegekammer sowie die Einrichtung von
58 Pflegekammern in den Ländern, um als Selbstverwaltungsorgan der Pflegenden zu
59 fungieren. Eine Zentrale Aufgabe der Pflegekammer ist dabei die Festlegung von
60 Ausbildungsstandards sowie die Vertretung z.B. im Gemeinsamen Bundesausschuss,
61 in dem aktuell noch keine Pflegenden vertreten sind.

62 Um den Pflegeberuf sowohl niederschwellig zu öffnen, aber auch gleichzeitig, im Sinne
63 des lebenslangen Lernens, Aufstiegs- und Qualifikationsmöglichkeiten zu schaffen
64 fordern wir die Qualifikationsstufen im Pflegebereich künftig bundeseinheitlich wie
65 folgt zu glieder (eine genaue Ausgestaltung obliegt dann der Pflegekammer im Rahmen
66 der Selbstverwaltung):

67 **1. Stufe: Pflegehelfer (kurzfristige Ausbildung)**

68 Pflegehelfer soll künftig zur Schaffung von Mindeststandard für die pflegerische
69 Versorgung, eine Ausbildung von 3-monatiger Dauer durchlaufen. Diese Ausbildung soll
70 nach Möglichkeit auch Berufs-/Praktikumsbegleitend ermöglicht werden. Aushilfskräfte
71 auf Stationen, die die Pflegekräfte abseits der pflegerischen Tätigkeiten
72 unterstützen sollen weiterhin erhalten bleiben, aber eine andere Berufsbezeichnung

73 (z.B. Stationshilfe) erhalten, die sie von der eigentlichen Krankenpflege abgrenzt.

74 **2. Stufe: Examierte Pflegekraft (3-jährige Ausbildung in Vollzeit)**

75 Wir halten an der dualen Ausbildung zur examinierten Pflegekraft fest. Zur Erreichung
76 soll weiterhin wie im bisherigen System eine dreijährige Ausbildung mit staatlicher
77 Prüfung (Staatsexamen) stattfinden.

78 **3. Stufe (Spezialisierung):**

79 **3.1 Fachpfleger**

80 Fachpfleger stellen eine Qualifikation analog zur Facharztausbildung dar und sollen
81 künftig eine fachliche Vertiefung ermöglichen. So kann sich eine Pflegekraft in einem
82 durch die Kammern festgelegtes Prüfungsprofil beispielsweise für die Intensivpflege,
83 Palliativpflege oder als Hygienefachkraft qualifizieren und somit ihrem individuellen
84 Werdegang neue Wege ermöglichen.

85 **3.2 Master in Pflegewissenschaften**

86 Der Master in Pflegewissenschaften soll als berufsbegleitender Studiengang sowie als
87 vollzeit Studiengang etabliert werden und ein wissenschaftliches Studium im Bereich
88 der Pflegewissenschaften nach bereits erfolgter Berufserfahrung ermöglichen.
89 Vergleichbar wäre dieser Master z.B. mit dem MBA oder ähnlichen Abschlüssen. Hierbei
90 werden sowohl pflegewissenschaftliche Kompetenzen im Pflegesystem aufgebaut, als auch
91 Führungs- und Leitungspersonal ausgebildet.

92 **4. Stufe: Fachpfleger mit arztähnlichen Befähigungen**

93 Der Fachpfleger mit arztähnlichen Befähigungen bildet künftig eine Schnittstelle
94 zwischen Krankenpflege und Ärzten und dient auch dazu mehr gegenseitiges Verständnis
95 und Respekt für die jeweiligen Tätigkeiten zu ermöglichen. Der Ausbildungsgang soll
96 dabei ein tiefgehendes Verständnis der gängigen Krankheitsbilder und sowohl
97 ärztlicher als auch pflegerischer Behandlungswege vermitteln und soll
98 berufsbegleitend erfolgen. Weiterhin sollen die Fachkräfte hier zum selbstständigen
99 Durchführen einzelner vormals ärztlicher Aufgaben befähigt werden, die die
100 pflegerische Situation des Gepflegten akut verbessern können. Dies bietet
101 insbesondere viele Chancen im ambulanten Sektor, oder auf Stationen wo oftmals nicht
102 sofort ein Arzt zu Verfügung steht.

103 **Welten verbinden - Medizin und Pflege**

104 In der Klinik aber auch in Alten- und Pflegeheimen kommt ärztliches und
105 Pflegepersonal zusammen, um die bestmögliche Versorgung für jeden Patient zu
106 ermöglichen. Dabei kommen beiden Gruppen unterschiedliche, wichtige Aufgaben zu.
107 Diese Arbeitsteilung ist auch nötig, darf aber nicht zu einer Trennung der beiden
108 Gruppen führen.

109 Als Junge Liberale setzen wir uns dafür ein, dass in diesem "Biotop" eine
110 gegenseitige, neue Symbiose entsteht, die gewährleistet, dass die stationäre
111 Patientenversorgung und direkte Betreuung auf höchstem Niveau stattfindet und dabei
112 ärztliche Behandlungen gezielter und abgestimmter einfließen können. Dazu braucht es

113 vor allem eine stärkere, kollegiale Kooperation zwischen Pflegekräften und ärztlichem
114 Personal, die insbesondere durch effektivere Rückkopplungsmechanismen gewährleistet
115 wird, als dies bei der allmorgendlichen Visite der Fall ist. Da ein ständiger
116 Austausch zwischen den beiden Gruppen über die Patienten im direkten Gespräch durch
117 den engen Zeitplan so sicherlich nicht möglich ist und eher zusätzliche
118 Arbeitsbelastung schaffen würde, braucht es hierbei auch die konsequente Einbindung
119 von Computersystemen, die z.B. eine einfache Konsilanforderung auch von der Pflege an
120 den Stationsarzt ermöglichen.

121 Die Pflege bildet nämlich durch die Versorgung auf der Station das medizinische
122 Fundament, auf welches die ärztlich gesteuerte Therapie aufbaut.

123 Neben dieser Annäherung und besseren Verknüpfung des jeweiligen Workflows, möchten
124 wir aber auch eine neue Form des Gegenübertretens erreichen: auch durch die
125 Pflegekammer, die Weiterbildung zum Fachpfleger und weitere Maßnahmen sollen die
126 Pflegekräfte mehr Selbstbewusstsein entwickeln. Gerade auch dadurch kann die Pflege
127 wieder an Attraktivität gewinnen.

128 **Prävention schafft Lebensqualität**

129 Pflege ist kein wünschenswerter Zustand. Vielmehr ist Pflege immer ein Ausdruck von
130 unselbstständigkeit, die wir Liberale Menschen ersparen wollen. Hierfür spielt die
131 Vorsorge von Pflege eine zentrale Rolle. Durch geeignete Maßnahmen könnten schon
132 heute viele Pflegefälle vermieden oder zumindest vermindert werden. Dies ist sowohl
133 für die möglichen Patienten von Vorteil und liefert Lebensqualität und spart
134 gleichzeitig Kosten im Gesundheitssystem ein. Für die Prävention von Pflege spielen
135 insbesondere 3 Faktoren für uns eine zentrale Rolle:

136 **1. Soziale Aspekte**

137 Insbesondere bei Pflegefällen im Alter stellen soziale Aspekte einen zentralen
138 Risikofaktor dar. Wer einen nahen Verwandten, Ehepartner oder Freund im Alter
139 verliert, wer kaum noch soziale Kontakte pflegt ist anfällig dafür pflegebedürftig zu
140 werden. Andererseits ist das biologische und das soziale Alter immer häufiger
141 voneinander entkoppelt. In werden Angebote für Senioren sich nicht mehr nach dem
142 biologischen Alter sondern vermehrt nach deren Fähigkeiten und Bedürfnissen richten.
143 Konkret sehen wir in folgenden Punkten Handlungsbedarf:

- 144 • Eine Übernahme der Trauerbegleitung bei Verlust von Lebenspartnern oder nahen
145 Verwandten durch die Krankenkassen kann einen wichtigen Schritt zur Prävention
146 von Pflege darstellen.
- 147 • Die Förderung von Seniorenzentren/Netzwerken stellt ein wichtiges Mittel für den
148 Erhalt sozialer Kontakte dar.
- 149 • Das Modell der Flexi-Rente der FDP stellt auch aus Präventionsgesichtspunkten
150 ein vorteilhaftes Modell dar.
- 151 • Darüber hinaus sehen wir in der Mitgliedschaft in Vereinen sowie in Projekten
152 wie Senioren Villages geeignete Mittel um die soziale Präventionskomponente im
153 Bereich der Pflege zu bedienen.

154 2. Individualisierung der Medizin und Prävention

155 Die individualisierte Medizin stellt nicht nur für die Behandlung von schweren
156 Erkrankungen wie Krebserkrankungen ein wichtiges Werkzeug dar, auch bei der
157 prävention individueller Gesundheitsrisiken und auch der prävention von Pflegefällen
158 kann die individualisierte Medizin als Schlüsseltechnologie betrachtet werden.
159 Konkret sehen wir hier folgenden Handlungsbedarf:

- 160 • Insbesondere Gesundheitsrisiken sind von Mensch zu Mensch enorm unterschiedlich.
161 Die aktuellen Präventionsmaßnahmen und Risikoabschätzungen sind fast
162 ausschließlich gruppenspezifisch. Die molekulare Medizin bietet hier enormes
163 Potential für die frühzeitige Erkennung und Einschätzung von Risiken. Wir setzen
164 uns für eine zügige Implementierung in den Leistungskatalog der Krankenkassen
165 sowie einen verstärkten Fokus auf Präventionsmaßnahmen ein.
- 166 • Insbesondere Hürden für die Nutzung molekularer Marker müssen abgebaut werden.
- 167 • Darüber hinaus können auch klassische Vorsorgeuntersuchungen eine wichtige Rolle
168 erfüllen. Hierfür muss eine verstärkte Sensibilisierung und Incentivierung
169 stattfinden.
- 170 • Zuletzt ist auch die fehlende Therapietreue bei bestehenden Erkrankungen eine
171 häufige Ursache für Pflegefälle. Hier wollen wir einerseits positive Anreize
172 setzen, aber auch gleichzeitig bei wiederholter Therapieuntreue Patienten in die
173 finanzielle Verantwortung nehmen und eine Rückerstattung der Kassenleistungen
174 erwirken.

175 3. Ernährung und Sport

176 Eine der zentralsten Faktoren für die Vermeidung von Krankheiten und damit verbunden
177 Pflegefällen ist eine gesunde Lebensführung. Regelmäßige körperliche Bewegung sowie
178 eine gesunde und ausgewogene Ernährung sind die besten Präventionsmaßnahmen für
179 Gesundheitsrisiken. Hier sehen wir verschiedene Möglichkeiten, um beides zu
180 ermöglichen ohne Verbote oder Gebote auszusprechen:

- 181 • Um eine Gesunde Ernährung transparenter zu ermöglichen ist es erforderlich, dass
182 Ernährungsempfehlungen an aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse angepasst
183 werden und künftig schneller erneut angepasst werden können
- 184 • Darüber hinaus sollen Kennzeichnungen auf Lebensmitteln vereinfacht werden, um
185 verständlich und nachvollziehbar Informationen für den Verbraucher
186 zusammenzutragen
- 187 • Insbesondere bei der Prävention von Übergewicht und den damit verbunden
188 Folgeerkrankungen sehen wir auch die Schulen in der Pflicht. Hier sollte
189 einerseits im Unterricht intensiver als bisher eine Gesunde Ernährung
190 thematisiert werden und andererseits sollten Mensen in Schulen primär
191 Lebensmittel für eine gesunde Ernährung anbieten und Empfehlungen ausgeben.
- 192 • Darüber hinaus sollen auch Betriebe vermehrt Präventionsmaßnahmen anbieten.
193 Kleine Betriebe unter 100 Mitarbeiter sollen dabei bei der Umsetzung von
194 freiwilligen Maßnahmen unterstützt werden. Betriebe mit mehr als 100
195 Mitarbeitern sollen darüber hinaus zu bestimmten Maßnahmen, wie z.B. dem

196 Vorhalten von Duschen, für Mitarbeiter die mit dem Fahrrad kommen, verpflichtet
197 werden können, sofern dies einen nachweislich positiven Effekt hat.

198 **Gesunde Finanzen statt pflegebedürftige Kassen**

199 Als zentraler Bestandteil einer guten Pflegeversorgung ist auch eine nachhaltige,
200 generationengerechte und individuell anpassbare Finanzierung des Pflegesystems
201 unerlässlich. Ein rein umlagefinanziertes System ist zum scheitern verurteilt.
202 Stattdessen sehen wir in die Zukunft in einem 3-Säulen-System, bei dem
203 Basisabsicherung, Zusatzvorsorge und Betriebliche/Private Vorsorge miteinander
204 kombiniert, eine individuelle Pflegeversorgung ermöglichen.

205 Die erste Säule soll dabei eine verpflichtende Basisabsicherung darstellen.

206 **Alternative 1:** Dabei soll die erste Säule auch weiterhin umlagefinanziert bestehen
207 bleiben.

208 **Alternative 2:** Dabei soll die erste Säule steuerfinanziert umgestaltet werden.

209 **Alternative 3:** Dabei soll die erste Säule beitragsfinanziert und kapitalgedeckt
210 erfolgen.

211 Die zweite Säule stellt dabei eine zusätzliche Versicherung mit staatlicher
212 Unterstützung und einem verpflichtendem Arbeitgeberanteil dar. Hierfür wollen wir den
213 "Pflege-Bahr" weiterentwickeln, sodass diese sich aus Arbeitgeberanteil, staatlichem
214 Zuschuss und Eigenanteil zusammensetzt und eine individuelle Zusatzversicherung
215 ermöglicht.

216 **Alternative 1:** Die Auswahl eines Produktes aus der zweiten Säule soll ebenfalls
217 verpflichtend erfolgen.

218 **Alternative 2:** Die Auswahl eines Produktes aus der zweiten Säule soll freiwillig
219 erfolgen.

220 Die dritte Säule soll durch freiwillige, private Vorsorgemöglichkeiten abgedeckt
221 werden. Hier können auch betriebliche Angebote einfließen.

222 **Anreize in der Pflege richtig Setzen**

223 Neben der Finanzierung auf Seiten der Versicherten bedarf auch die Anreizsetzung in
224 der Abrechnung von Pflege eine Neuausrichtung. Hier muss insbesondere der Patient in
225 den Fokus gerückt werden und die Prämisse gelten, dass Pflege immer mit dem Ziel der
226 Zustandsverbesserung erfolgen sollte. Um dies zu erreichen müssen einige Anreize und
227 Mechanismen geändert werden.

228 • Eine Verbesserung der Pflegestufe soll für Pflegeeinrichtungen künftig
229 finanziell lukrativer werden. Hierfür könnte ein Modell z.B. über Bonus- oder
230 einmalige Ausgleichszahlungen erfolgen

231 • Künftig soll die Möglichkeit bestehen Pflegegutachten auch durch den Hausarzt
232 durchführen zu lassen, sofern dies vom Patienten gewünscht ist, da dieser die
233 Situation der Patienten häufig besser beurteilen kann.

- 234 • Sofern keine betrieblichen Gründe dem entgegenstehen ist auch ein Rückkehrrecht
235 für pflegende Angehörige von der Teilzeit in eine Vollzeitbeschäftigung zu
236 prüfen.
- 237 • Die Angleichung der Pflegesätze für die ambulante Pflege bzw. die Pflege durch
238 die Angehörigen an die stationäre Pflege soll zudem den Grundsatz Ambulant vor
239 stationär Rechnung tragen.

Antrag 302: Pflegepolitik gestalten – für eine liberale Pflegepolitik

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	KV Düsseldorf (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	30 - Gesundheit und Soziales
Herkunft:	Verwiesen vom 59. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Jeder Mensch kann im Laufe seines Lebens in eine Situation kommen, in der er eine
- 2 Pflegeleistung in Anspruch nehmen muss.
- 3 Digitalisierung in Pflege vorantreiben
- 4 • Die am meisten gehörte Forderung von den Pflegekräften ist mehr Zeit für
- 5 Patienten zu haben. Jedoch stehen immer weniger Pflegekräfte, eine immer größer
- 6 werdende Leistung an Dokumentation gegenüber. Wir Jungen Liberalen fordern, dass
- 7 aktiv nach Möglichkeit gesucht wird die Dokumentation zu entschlacken. Außerdem
- 8 sehen wir ein IT- und Assistenz-Dokumentationssystem, das eine patientennahe
- 9 Dokumentation am Bett ermöglicht, als Lösung. Im Krankenhaus gibt es die
- 10 Möglichkeit zum Beispiel Pflegeroboter zum Verteilen von Essen und Tabletten und
- 11 zur Beschäftigung von Patienten zu nutzen. Die Überwachung dieser Systeme obliegt
- 12 den verantwortlichen Pflegekräften.
- 13 • Wohnen im Alter: Wir fordern, dass Altenwohnungen, welche mit digitalen Systemen
- 14 und Robotik ausgestattet sind, eine spezielle Förderung bekommen.
- 15 • Je mehr Technik, desto mehr Wissen braucht eine Pflegeeinrichtung. Es soll
- 16 geprüft werden, inwiefern bestehende Berufsbilder dem immer steigenden Anspruch
- 17 digitaler Technologie gerecht werden können. So können beispielsweise
- 18 maßgeschneiderte Weiterbildungen für Medizintechniker eingesetzt werden, damit
- 19 dieser Veränderung angemessen Rechnung getragen wird.
- 20 • Einführung einer neuen Technik bedeutet hohe Kosten für
- 21 Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste, die oft nicht getragen
- 22 werden können. Deshalb fordern wir die Einführung von Digitalisierungs-Budgets um
- 23 den Kostenmehraufwand zudeckeln. Diese Budgets sind vom Land zu leisten. Da hier
- 24 bereits in den letzten Jahren unnötig gespart wurde.
- 25 • Digitale Anwendungen können besonders für pflegende Angehörige eine große Hilfe
- 26 sein. Sensorik zur Sturzprophylaxe, ein Weg der nachts beleuchtet wird zur
- 27 Toilette oder eine Monitoring bei Weglauftendenzen können die Angehörigen
- 28 entlasten und sorgen dafür, dass Pflegebedürftige länger in der eigenen Wohnung
- 29 leben können. Hier müssen sich die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet
- 30 werden und sich den aktuellen Anforderungen anpassen.

31 Einwanderung nutzen

32 Einwanderung aus dem Ausland nutzen um neue Pflegekräfte zu werben. Dazu brauchen wir
33 eine Beschleunigung der Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen.

34 Um einen Anstoß für die Einwanderung von Pflegefachkräften zu fördern, sollten
35 Personal-Werbebörsen eingeführt werden, die gezielt Fachkräfte anwerben, den
36 Bewerbern bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu helfen, Sprachkurse
37 vermitteln und bei der Wohnungssuche zu helfen.

38 Anerkennung der Pflege verbessern

39 Wir Jungen Liberalen erkennen den hohen Stellenwert der Pflege im Gesundheitssystem
40 an und fordern die Anerkennung ihrer Wichtigkeit durch den Gesetzgeber. Dies sollte
41 sich neben der öffentlichen Anerkennung, auch in der Vergütung der Arbeit
42 widerspiegeln. Dies soll explizit nicht durch staatliche Regulierung gewährleistet
43 werden, sondern im Rahmen der Stärkung der Tarifpartner erfolgen.

44 Einrichtung einer Pflegekammer

45 Eine Pflegekammer ist die Möglichkeit die Verantwortung von beruflichen Belangen der
46 Pflege an Pflegefachkräfte zu übertragen. Dies bedeutet keinen übergeordneten
47 Bürokratismus! Die Aufgaben werden vom Staat auf die Kammer und somit direkt auf die
48 Pflegefachkräfte übertragen. Somit fordern wir die Einrichtung einer Kammer für
49 Heilberufe in der Pflege, die sich an den Beispielen in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz
50 und Schleswig-Holstein orientiert. Wie bei anderen Kammern wird hierbei die
51 Möglichkeit geschaffen, dass sich die Pflegenden frei und selbstbestimmt, ohne
52 planwirtschaftliche Vorgaben seitens der Politik, organisieren können. Dies
53 beinhaltet die Vorgabe von Qualitätsstandards, auch für eine einheitliche Ausbildung.
54 Dies dient langfristig als Organ zur generellen Bearbeitung der Probleme in der
55 Pflege, wie z.B. Attraktivität der Berufe, Rationalisierung, Belastung, Arbeitszeit,
56 Weiterbildung und Dokumentation. Die Höhe der Gehälter, oder
57 entsprechende Tarifverhandlungen, fallen nicht unter den Kompetenzen einer solchen
58 Kammer. Lediglich sind Empfehlungen für Gehälter möglich. Der Beitrag ist von den
59 Pflegekräften zu entrichten.

60 Finanzierung der Pflege

61 Die Finanzierung der Pflegeleistungen in der Zukunft, darf weder die
62 Pflegebedürftigen selbst und schon gar nicht nachfolgende Generationen belasten. Es
63 muss sichergestellt sein, dass die Finanzierung unter keinen Umständen durch eine
64 Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge getragen wird. Dies wird in der Zukunft
65 nicht ohne eine private Vorsorge möglich sein.

- 66 • Gesetzlich Versicherte sensibilisieren für die Ausgaben, die sie, durch Besuche
67 beim Arzt und verschiedenen Leistungen, verursachen durch z.B. Ausdrücke der
68 Leistung und was es kostet (Weg zur besseren Rationalisierung)
- 69 • Konzepte für ländliche Räume (Notfallpraxis unter einem Dach mit normaler
70 Praxis, so dass der Weg nicht zwingend zur Notfallpraxis führen muss)
- 71 • Rechtliche Absicherung für Ärzte, dass Patienten nicht für alles im Krankenhaus
72

73 bleibenmüssen, oder nach niedrigerem Ermessen bereits das Krankenhaus verlassen
74 können (Weg zur Entlastung)

- 75 • Förderung von Neueinstellungen von Pflegekräften, statt Ärzten, bei
Gewährleistung eines ausreichenden Ärztebestands.

76 **Azubis in der Pflege nicht im Regen stehen lassen**

77 Von den wenigen Menschen, die sich zu einer Ausbildung in der Pflege entscheiden,
78 brechen sehr viel die Ausbildung ab. Gründe dafür sind Überlastung, unterbesetzte
79 Stationen und fehlende Praxisanleitung.

80 Wir Jungen Liberalen fordern, dass die Überprüfung der Praxisanleitung ebenfalls
81 durch den MDK erfolgt und eine Wertung öffentlich ausgeschrieben sein muss. So können
82 Auszubildende bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz die Kliniken besser
83 gegeneinander abwägen, und es besteht so ein Wettbewerb. Von diesem versprechen wir
84 uns als Junge Liberale eine qualitative Aufwertung der Pflege in Deutschland.

Antrag 303: Ärzte nicht allein lassen – Triage-Gesetz für Deutschland

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	LV Schleswig-Holstein (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	30 - Gesundheit und Soziales
Herkunft:	Verwiesen vom 61. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern die Einführung eines bundesweiten Triage-Gesetzes zur
- 2 Regelung der Frage, in welcher Situation ein behandelnder Arzt welche
- 3 lebensrettenden, existentiellen Entscheidungen treffen darf und muss. Zurzeit ist die
- 4 Triage lediglich durch ärztliche Richtlinien und Empfehlungen sowie die
- 5 Rechtsprechung geregelt, was dazu führt, dass der behandelnde Arzt rechtsunsicher
- 6 darüber ist, ob er im Zweifel ein Tötungsdelikt begeht. Dass insbesondere die
- 7 Bundesregierung eine solche Debatte aufgrund ihrer ethischen Sprengkraft scheut,
- 8 führt dazu, dass am Ende die Ärzte allein gelassen werden und ohne staatliche
- 9 Leitlinien Entscheidungen treffen, die sowohl rechtlich als auch psychisch
- 10 schwerwiegende, lebenslange Folgen haben können.
- 11 Zu regeln sind dabei zwei Fragen:
- 12 1. Welche Entscheidung sollte der Arzt treffen, wenn zwei Patienten bei ihm
- 13 eintreffen und nur noch Kapazität für lebensrettende Maßnahmen für einen der Beiden
- 14 vorhanden ist? Zurzeit wird dem Arzt hier weitgehend freie Hand gewährt, ärztliche
- 15 Richtlinien empfehlen eine Entscheidung auf Basis der
- 16 Überlebenschancen, Stimmen aus der Wissenschaft einen Losentscheid. Wir fordern ein
- 17 zweistufiges System: Im ersten Schritt muss der Arzt wie auch bisher medizinische
- 18 Aspekte wie die Dringlichkeit und die Überlebenschancen der jeweiligen zu
- 19 behandelnden Personen einschätzen. Sollte er nach einer kurzfristigen Bewertung zu
- 20 dem Entschluss kommen, dass sicher oder sehr wahrscheinlich die Entscheidung für den
- 21 einen das Leben des anderen ernsthaft gefährdet, entscheidet der zeitliche Aspekt
- 22 (wie auch bei der Belegung aller vorherigen Kapazitäten), wer zuerst eine Behandlung
- 23 erhält. Eine rechtliche Bewertung soll im Nachhinein lediglich bewerten, ob der Arzt
- 24 seinen Ermessensspielraum verfehlt hat, nicht jedoch, ob er im Rahmen seines
- 25 Ermessens die richtige Entscheidung getroffen hat. Sollte der Arzt entweder einen
- 26 schwerwiegenden Ermessensfehler begangen haben oder sich nicht an den zeitlichen
- 27 Aspekt halten, so bedarf es einer Bestrafung durch einen eigenen, milderen
- 28 Straftatbestand, damit sich die Ärzte nicht wegen Totschlags strafbar machen,
- 29 insbesondere vor dem Hintergrund der Ausnahmesituation.
- 30 2. Welche Entscheidung sollte der Arzt treffen, wenn bereits alle Kapazitäten belegt
- 31 sind? Hier ist die zentrale Frage, ob ein Arzt im Zweifel aufgrund von

- 32 Überlebenschancen oder sonstigen Erwägungen die Behandlung eines Patienten abbrechen
33 darf, um sie einem anderen Patienten zu ermöglichen; z.B. das Abnehmen eines
34 Beatmungsgerätes. Zurzeit macht er sich dadurch des Totschlags strafbar. Wir fordern
35 auch hier eine ausdrückliche Regelung, dass das vorsätzliche Abbrechen einer
36 Behandlung strafbar bleibt. Sobald jemand behandelt wird, dürfen nicht
37 Überlebenschancen oder andere Erwägungen greifen, sondern lediglich der zeitliche
38 Aspekt. Auch hier sollte ein milderer Umstand greifen, bspw. in Form eines eigenen
39 Straftatbestandes.
- 40 Für uns ist vor dem Hintergrund der Menschenwürde entscheidend, dass die
41 Lebensrettung und medizinische Behandlung eines Menschen nicht existentiell von
42 seiner Vulnerabilität oder bspw. seiner Behinderung abhängig gemacht wird. Um dieser
43 sowohl für unsere Verfassung als auch unser Selbstverständnis maßgeblichen Debatte in
44 der Krise gerecht zu werden, ist für ein solches Gesetz ein möglichst weitreichend
45 parteiübergreifender Beschluss zu fassen.

Begründung

Oberstes Anliegen muss es weiterhin sein, eine Triage-Situation zu vermeiden, indem alles Menschenmögliche getan wird, um umliegende Krankenhäuser einzubeziehen oder andere Kapazitäten zu ermöglichen. Ein Triage-Gesetz darf lediglich für die absolute Ausnahmesituation gelten, dass alle Kapazitäten und Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Für einen solchen Fall ist für uns die Menschenwürde und damit der unbedingte, absolute Wert jeden Lebens die maßgebliche Leitlinie, die sich gerade in Krisenzeiten bewähren muss. Deswegen halten wir es für falsch, Aspekte wie eine Behinderung, das Alter oder andere Faktoren so einzubeziehen, dass sogar die Behandlung eines Patienten abgebrochen und dieser damit getötet werden dürfte, weil ein anderer Patient mit ggf. besseren „Werten“ hinzukommt. Dennoch ist es richtig, medizinische Expertise einzubeziehen, wenn der Arzt vor einer tatsächlichen Entscheidung steht, nämlich bei der ersten Frage. Sollte diese jedoch nicht den Konflikt so auflösen (er darf nicht entschieden werden!), dass das Risiko für der Lebensgefährdung für beide möglichst geringgehalten werden kann, so muss auch hier der Zufall greifen, wie es die Forderung von Medizinethikern und Rechtswissenschaftlern nach einem Losentscheid deutlich zeigt. Ein solcher müsste jedoch konsequent zwischen allen Patienten stattfinden, immer wenn eine Triage bevorstünde. Dies ist nicht zumutbar, sodass ebenfalls der zeitliche Aspekt greifen sollte.

Dass es bisher keine breite gesellschaftliche Debatte und vor allem politische Entscheidung zu diesem Thema gab, ist beschämend. Solche ethisch schwierigen und folgenreichen Fragen darf die Politik nicht aus Angst vor der Debatte an Empfehlungen, das Bundesverfassungsgericht oder andere Institutionen verweisen. Es ist aus unserer Sicht gerade die Aufgabe repräsentativer Demokratie, für solche Dilemma-Szenarien Handlungsfähigkeit zu beweisen und die Verantwortung für dramatische Folgen nicht letztlich an die behandelnden Ärzte zu delegieren, welche gerade während einer Pandemie eine große Last der Krise schultern.

Antrag 304: Eine Tabakabgabe für das Gesundheitssystem

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	LV Sachsen-Anhalt (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	30 - Gesundheit und Soziales
Herkunft:	Verwiesen vom 61. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern, dass die Tabaksteuer durch eine zweckgebundene Abgabe
- 2 ersetzt wird.
- 3 Die Mittel aus dieser sollen:
- 4 1. In gezielte suchtpreventive und gesundheitsfördernde Programme z. B. des
- 5 Bundesministeriums für Gesundheit fließen. Diese sollen dazu dienen eine aufgeklärte
- 6 Entscheidung über das eigene Suchtmittel-Verhalten zu treffen. Zum anderen sollen
- 7 jedoch auch andere Präventionsmaßnahmen, die die allgemeine Gesundheit fördern, davon
- 8 profitieren.
- 9 2. In den nationalen Gesundheitsfonds eingezahlt und gegebenenfalls über den
- 10 Risikostrukturausgleich verteilt werden. Ein Äquivalent soll auch für private
- 11 Krankenversicherer möglich sein. So sollen Krankheitsbilder, die häufig durch
- 12 Suchtverhalten verursacht werden, und deren immensen Folgekosten im Sinne des
- 13 Verursacherprinzips abgefangen werden.
- 14 Den daraus resultierenden Mehreinnahmen der Krankenkassen soll eine Senkung der
- 15 Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge in gleicher Höhe gegenüberstehen.
- 16 Die Höhe der Tabakabgabe soll sich dabei langfristig an den geschätzten Folgekosten
- 17 für das Gesundheitssystem orientieren.
- 18 Eine solche Abgabe fordern die Jungen Liberalen auch für alkoholische Getränke und
- 19 stark zuckerhaltige Lebensmittel.

Begründung

Die Aufgabe der Tabaksteuer ist umstritten – Einerseits gilt sie als allgemeine Bundessteuer. Auf der anderen Seite wird sie als Lenkungssteuer betrachtet. Durch die Tabaksteuer werden jährlich zwischen 15-20 Mrd. Euro eingenommen. Ein Teil dessen kommt schon heute den Krankenkassen zugute. Dieser hat Anteil hat jedoch in den vergangenen Zehn Jahren abgenommen. Die Diskussion über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Tabaksteuer gestaltet sich schwierig. Es gibt verschiedene Modelle, die zu unterschiedlichen Ergebnisse kommen. So gehen einige davon aus, dass aufgrund der verkürzten Lebenszeit von Rauchern, die Rentenkasse sogar belastet wird, wenn aufgrund der Preislenkung durch die Tabaksteuer, weniger Menschen rauchen. Andere stellen die erhöhte Zahl an Krankheitstagen und frühzeitige Erwerbsunfähigkeit in den

Vordergrund und rechnen diese Kosten gegen. Dennoch bleibt ein Aspekt von diesen Punkten unberührt. Der Nikotinkonsum verursacht immense Folgekosten, die bislang auf alle Beitragszahler verteilt werden. Im Sinne des Verursacher-Prinzips sollten Menschen mit einem Risikoverhalten bestenfalls an den Kosten beteiligt werden. Zudem ist die Abgabe bei Verwirklichung des präventiven Gedankens selbstlimitierend

Antrag 305: Mental Health Status: Es ist kompliziert

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	BAK Gesundheit und Innovation (Bundesarbeitskreis), LV Bayern (Landesverband), LV Baden-Württemberg (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	30 - Gesundheit und Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Psychische Gesundheit ist ein Grundpfeiler für ein selbstbestimmtes und
2 eigenverantwortliches Leben. Gleichzeitig werden Menschen mit psychischen
3 Erkrankungen häufig stigmatisiert und Hilfsangebote sind schwer erhältlich oder
4 fehlen gar völlig. Für uns Junge Liberale ist es eine Selbstverständlichkeit,
5 Stigmata aufzubrechen, Vorurteilen entgegenzutreten und die Versorgung für Betroffene
6 zu verbessern. Wir fordern daher keine Lippenbekenntnisse, sondern konkrete Maßnahmen
7 zur Verbesserung der aktuellen Versorgungslage für Menschen mit psychischen
8 Erkrankungen.

9

10 **1. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene**

11 Bildungseinrichtungen sind ein Lebensmittelpunkt für Kinder, Jugendliche und junge
12 Erwachsene und benötigen daher ein verpflichtendes Konzept im Umgang mit psychischen
13 Erkrankungen, um eine angemessene Unterstützung von Menschen mit psychischen
14 Erkrankungen zu gewährleisten. Im ersten Schritt fordern die Jungen Liberalen ein
15 interdisziplinäres Expertengremium mit Vertreter:innen aus Pädagogik, Medizin,
16 Rechtswissenschaften sowie des Bildungsministeriums zur Erstellung eines
17 Leitlinienvorschlags für alle Bildungseinrichtungen für die Kultusministerkonferenz.

18 Darauf aufbauend soll je ein einrichtungsspezifisches Konzept erarbeitet werden,
19 welches z.B. Schulen in der Bewältigung unterstützt. Dies soll unter Vermeidung von
20 weiteren Pflichten für Lehrende durch spezifische dafür zuständige Stellen (z.B.
21 Beauftragte) geschehen. Zur Implementierung des Konzeptes soll es eine Stelle je
22 Bundesland geben, die diese koordiniert und bei der Umsetzung des Leitfadens in die
23 Konzepte behilflich ist.

24 Desweiteren fordern die Jungen Liberalen einen massiven Ausbau an Stellen für
25 Schulpsycholog:innen, dieser soll entsprechend des Schlüssels von 1973 (1:5000
26 Schüler) verpflichtend in allen Bundesländern umgesetzt sowie gesetzlich verankert
27 werden. Schulpsycholog:innen sollen eng sowohl mit dem Lehrpersonal zusammenarbeiten,
28 als auch mit den Schüler:innen, welche bei der Form der schulpsychologischen
29 Betreuung ein Mitspracherecht haben sollen, das durch die jeweiligen Schulgesetzen
30 gesichert wird.

31 Das schulpsychologische Tätigkeitsfeld umfasst auch den Besuch von Klassen, um dort

32 die Schüler:innen zu sensibilisieren und Präventionsarbeit zu leisten. Damit soll
33 Mobbing von Kindern mit psychischen Erkrankungen vorgebeugt und Erste-Hilfe bei
34 psychischen Krisen vermittelt werden. Unerlässlich ist die Zusammenarbeit zwischen
35 Schulpsycholog:innen, Schulsozialarbeiter:innen und Eltern (die selbst oder deren
36 Kinder betroffen sind), um individuelle Lösungen für das Kind zu finden.

37 Für Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen Härtefallregelungen auch bei
38 Problemen durch psychische Erkrankungen greifen, damit diesen zusätzlicher Druck
39 genommen wird und sie ihre Leistungen nach ihrem vollen Potenzial erbringen können.

40 Für Lehrpersonen fordern wir regelmäßige, verpflichtende Fortbildungen, die
41 Überforderung ihrerseits vorbeugen und Stigmatisierung Betroffener entgegenwirken
42 sollen, damit sie ihrer Vorbildfunktion vollumfänglich gerecht werden können.

43 Familiencoachings oder Familientherapie sind ein Weg zur Unterstützung betroffener
44 Familien, weshalb diese als Krankenkassenleistung anerkannt werden sollen. Hierzu
45 soll Coaching für psychische Gesundheit in eine standardisierte Ausbildung und
46 geschützten Beruf umgewandelt werden, damit die Qualität sichergestellt werden kann.

47 Die Jungen Liberalen fordern die Sicherstellung der Finanzierung
48 konfessionsunabhängiger Kinder-/Jugendseelsorge- und Beratungsangebote, um Menschen
49 verschiedener Glaubensrichtungen bei der Verarbeitung von Trauer zu unterstützen.

50 Um Kinder und Jugendliche in von häuslicher Gewalt betroffenen Familien zu schützen,
51 braucht es einen Ausbau von Frauen- und Männerschutzhäusern mit der Möglichkeit,
52 eigene Kinder mitnehmen zu können. Die Anzahl der Frauenhäuser soll entsprechend der
53 Istanbul Konvention ausgebaut werden und für Männer soll kurzfristig je Bundesland
54 eins geschaffen werden.

55 Oftmals sind Justiz und Verwaltung nicht auf den Umgang mit von psychischen
56 Erkrankungen betroffenen Kindern und Jugendlichen eingestellt. Deshalb fordern wir in
57 der Aus- und Weiterbildung von Jurist:innen, Justizvollzugsbeamt:innen sowie
58 Polizist:innen die Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse der
59 Psychologie und Psychiatrie.

60

61 **2. Ambulante Therapie und stationäre Klinikaufenthalte**

62 Das Vergütungssystem PEPP muss hin zu einem Entgeltsystem entwickelt werden, das sich
63 am Bedarf der Patient:innen orientiert. Wir fordern daher eine Abrechnung nach
64 erbrachten ärztlichen Leistungen für die nach ärztlicher Einschätzung notwendigen
65 Behandlungsdauer.

66 Nach klinischen Aufenthalten kommt der Nachbetreuung ein außerordentlicher
67 Stellenwert zu, um therapeutische Erfolge langfristig zu sichern. Deswegen fordern
68 wir ein besseres, in sich abgestimmtes Entlassmanagement, das einen nachhaltigen
69 Übergang zwischen stationärer und ambulanter Behandlung in beide Richtungen
70 sicherstellt. Hierunter fallen beispielsweise, aber nicht abschließend, die Suche
71 nach einem ambulanten Psychotherapieplatz, einen Platz in Einrichtungen für betreutes
72 Wohnen, in Tageskliniken oder Tagesstätten. Nur so kann der stationär erreichte
73 Behandlungserfolg langfristig gesichert und in den Alltag übertragen werden. Dafür

74 braucht es standardisierte Verfahren sowie Konzepte und Betreuungsnetze, die diese
75 Stationen abdecken sowie verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten für ein qualitativ
76 hochwertiges Entlassmanagement.

77

78 **3. Versorgungssituation Stadt & Land**

79 Die derzeitige Situation der Wartezeiten auf einen Therapieplatz ist inakzeptabel.
80 Daher müssen zur Senkung der Wartezeiten kurzfristig die Bedarfsplanung nach oben
81 korrigiert werden, also die Anzahl der zu vergebenden Kassensitze für
82 Psychotherapeut:innen und Fachärzt:innen für Psychiatrie und Psychotherapie deutlich
83 erhöht werden. Mittelfristig fordern wir Niederlassungsfreiheit bei gleichzeitiger
84 Abrechnungsmöglichkeit mit den gesetzlichen Krankenkassen. Desweiteren fordern wir
85 einen Ausbau des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SPDi), beispielsweise durch eine
86 Kofinanzierung des Bundes.

87 Um den flächendeckenden Ausbau der psychischen Gesundheitsversorgung Vorschub zu
88 leisten, muss die Psychotherapie per Videotelefonie ermöglicht werden. Damit dies
89 erreicht werden kann, muss die Begrenzung auf max. 20% der Sitzungen permanent
90 aufgehoben werden. Datenschutz und Datensicherheit müssen hierbei entsprechend der
91 DSGVO gewährleistet sein. Um den ländlichen Raum zu stärken, braucht es
92 Förderprogramme mit Anreizen, damit sich in Regionen mit aktuellem Mangel die
93 entsprechenden Fachleute niederlassen.

94 Die Terminservicestellen sind flächendeckend auch für die Vermittlung von
95 Psychotherapieplätzen auszubauen und für alle gängigen Kontaktwege (per E-Mail, per
96 Telefon, per Fax, postalisch, in Gebärdensprache und als Sprechstunden) zu öffnen.
97 Dadurch soll die Möglichkeit gegeben sein, dass jede:r mit Interesse an einem Termin
98 auch einen barrierefreien Weg hat, um diesen zu erhalten.

99

100 **4. Ausbildung von Psychotherapeut:innen**

101 Um den steigenden Bedarf an Psychotherapeut:innen zu decken, muss die Anzahl der
102 Studienplätze und Universitätsprofessuren für Psychologie und Psychotherapie erhöht
103 werden.

104 Wir sehen die bisherige Reform der Therapieausbildung positiv, aber damit sie zum
105 Erfolg führt, müssen nun weitere Lücken geschlossen werden. So braucht es eine
106 verbesserte Übergangsregelung für Absolvent:innen der bisherigen
107 Psychologiestudiengänge. Die Möglichkeit einer Psychotherapeutenausbildung sollte für
108 alle zum Zeitpunkt der Reform eingeschriebenen Studierenden der Psychologie erhalten
109 bleiben. Eine Möglichkeit hierfür wäre das Nachholen der praktischen Anteile des
110 neuen Psychotherapie-Masterstudienganges und anschließendes Erhalten der Approbation.
111 Weiterhin muss auch der neue Weg (über das Studium eines polyvalenten
112 Bachelorprogrammes und eines spezialisierten Masterprogrammes sowie die anschließende
113 Weiterbildung) grundsätzlich berufsbegleitend und in Teilzeit möglich bleiben, um den
114 verschiedenen Lebenssituationen der Lernenden gerecht zu werden.

115 Für Mitarbeiter:innen an psychiatrisch arbeitenden Institutionen sollen rechtliche

116 Fortbildungen zum Thema Selbstbestimmung und Teilhabe an Entscheidungen verpflichtend
117 eingeführt werden. So sollen die Entscheidungen unabhängig vom Alter nach Möglichkeit
118 durch die Betroffenen selbst gefällt werden.

119 Um die Mündigkeit von Betroffenen zu fördern und therapeutische Einrichtungen zu
120 entlasten ist Hilfe durch Selbsthilfe ein Weg, der sich in der Vergangenheit bewährt
121 hat. Daher ist eine finanzielle Stärkung von Selbsthilfevereinen unerlässlich, um den
122 Gruppen die Deckung der laufenden Kosten zu ermöglichen.

123

124 **5. Forschung und Prävention**

125 Wir wollen gesellschaftlichen Stigma, allgemeinen Tabus und der breiten Unkenntnis
126 über psychische Erkrankungen etwas entgegensetzen. Daher fordern wir eine
127 umfangreiche Kampagne durch die BZgA.

128 Psychopharmaka wurden vermehrt an Frauen getestet und führen bei Männern teilweise zu
129 mehr oder anderen Nebenwirkungen. Um unnötige Nebenwirkungen zu vermeiden, fordern
130 wir zum einen Leitlinien, die bei der Dosierung das Geschlecht und weitere relevante
131 Merkmale berücksichtigen, zum anderen bei Zulassungsstudien eine Aufschlüsselung der
132 Nebenwirkungen nach Geschlecht.

133

134 **6. Rechtliches**

135 Kassensitzinhaber:innen, die in Rente gehen, können aktuell eine:n Nachfolger:in für
136 ihren Kassensitz empfehlen. Hierdurch ist ein Markt entstanden, an dem bis zu 100.000
137 Euro pro Kassensitz gezahlt werden. Dies steht im Widerspruch zur Intention des
138 Gesetzgebers und muss beendet werden. Verstöße müssen geahndet werden können und in
139 der Entziehung des Kassensitzes münden.

140 Die Stärkung von Rechten psychisch kranker Menschen, am Arbeitsplatz, in der Schule,
141 in der Ausbildung und an Hochschulen muss sichergestellt werden, damit es zu keiner
142 aus einer Erkrankung resultierenden Ungleichbehandlung dieser kommt.

143 Im Bereich der klinisch stationären Versorgung sind unabhängige Kontrollen, die
144 jährlich und zwingend unangekündigt durchgeführt werden, notwendig, um Missstände
145 festzustellen und ggf. Maßnahmen einzuleiten. Gerade zu Zeiten der Pandemie, zu der
146 kein Publikumsverkehr, welcher auch eine gewisse Kontrollfunktion besitzt, sind diese
147 Stellen umso wichtiger. Die Kontrollen müssen standardisiert stattfinden,
148 protokolliert werden, sowie in enger Abstimmung mit den Anwaltschaften
149 passieren, um im Zweifel für eine schnelle Aufklärung von Verdachtsmomenten zu
150 sorgen.

151 Angesiedelt werden soll die kontrollierende Instanz bei einem staatlichen
152 Beauftragten, der auch die Beschwerdestelle für eingehende Berichte darstellt. Diesem
153 obliegen die Durchführung und Überprüfung gemäß den Vorgaben, des Gesetzgebers.

154 Mindestens zweimal jährlich sollen die 16 Beschwerdestellen zusammenkommen, um sich
155 auszutauschen und über die Missstände, sowie dagegen unternommenen Maßnahmen
156 auszutauschen, unter Leitung des zuständigen Bundesministeriums. In der Verantwortung

- 157 des Bundesministeriums liegt es auch einen jährlichen Bericht zu erarbeiten der den
158 Versorgungsstand, Herausforderungen, Missstände und zukünftige Maßnahmen umfasst,
159 herauszugeben und der Öffentlichkeit in Gänze zugänglich zu machen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 306: Schwere Entscheidungen absichern – Rechtliche Rahmenbedingungen für die Triage schaffen

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	BAK Gesundheit und Innovation (Bundesarbeitskreis)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	30 - Gesundheit und Soziales

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern die Einführung eines bundesweiten Triage-Gesetzes zur
- 2 Absicherung ärztlichen Handelns während einer Triage-Situation. Diese ist dadurch
- 3 definiert, dass mehrere Patienten eine lebensrettende Behandlung benötigen, die
- 4 Ressourcen zur Behandlung aller Patienten jedoch nicht ausreichen, sodass eine
- 5 Entscheidung getroffen werden muss, welcher der Patienten die Behandlung erhält.
- 6 Hierbei gibt es zwei Varianten: Ex-ante muss bei zwei oder mehr Patienten, die
- 7 gleichzeitig z.B. in der Intensivstation, eintreffen, entschieden werden. In einer
- 8 Ex-post Situation wird einer der Patienten bereits behandelt und die Entscheidung
- 9 muss getroffen werden, ob diese Behandlung zugunsten eines anderen Patienten
- 10 abgebrochen wird.
- 11 Der Inhalt des Gesetzes soll eine Legaldefinition der Triage-Situation sowie die
- 12 rechtliche Absicherung der bisher gängigen Praxis sein, dass Ärzte Entscheidungen
- 13 aufgrund ihrer medizinischen Einschätzung treffen. Dies schließt explizit die ex-ante
- 14 sowie die ex-post Triage ein. Eine Einschränkung der ärztlichen Freiheit sowie die
- 15 staatliche Vorgabe von starren Kriterien halten wir für höchst bedenklich und lehnen
- 16 diese strikt ab.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 401: Bürgerrechte gelten auch für Schülerinnen und Schüler

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	LV Hamburg (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	40 - Innen und Recht
Herkunft:	Verwiesen vom 59. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Versammlungsfreiheit ist ein Stück ursprünglicher, ungebändigter und
- 2 unmittelbarer Demokratie und ein Ausdruck von demokratischer Offenheit. Die
- 3 Versammlungsfreiheit ist keine Staatsschutzvorschrift, sondern ein demokratisches
- 4 Teilhaberecht. Sie ist konstituierendes Element eines freien Meinungs- und
- 5 Willensbildungsprozesses.
- 6 Für die Jungen Liberalen steht deshalb völlig außer Frage, dass auch Schülerinnen und
- 7 Schüler das Recht haben zu demonstrieren. Dies gilt auch während der Schulzeit.
- 8 Allein der Verweis auf die Schulpflicht reicht aus unserer Sicht nicht aus, um das
- 9 demokratische Teilhaberecht der Versammlungsfreiheit einzuschränken. Ferner darf die
- 10 Teilnahme an einer Demonstration keine negativen Folgen/Sanktionen von staatlicher
- 11 Seite für die Schülerinnen und Schüler haben, dazu gehört auch der Eintrag von
- 12 Fehlstunden.
- 13 Klar ist natürlich auch, dass Schülerinnen und Schüler nicht jeden Tag demonstrieren
- 14 können. Hier muss ein vernünftiger Ausgleich zwischen der Versammlungsfreiheit und
- 15 der Schulpflicht, die der Durchsetzung des staatlichen Erziehungsauftrages und dem
- 16 Recht auf Bildung dient, gefunden werden. Aus unserer Sicht kann hier die Anzahl der
- 17 ausgefallen Fachunterrichtsstunden als Anhaltspunkt für die Menge an Unterricht
- 18 dienen, die versäumt werden kann, da die Schulbehörden der Bundesländer es als
- 19 hinnehmbar ansehen diese ausfallen zu lassen, ohne dabei das Recht auf Bildung zu
- 20 gefährden.

Antrag 402: Der Jugend eine Stimme geben!

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	LV Hamburg (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	40 - Innen und Recht
Herkunft:	Verwiesen vom 59. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern eine Absenkung des aktiven Wahlalters für die
- 2 Bundestags- und Europawahlen auf 16 und für alle Wahlen die Möglichkeit für alle
- 3 Menschen unterhalb dieses Alters auf Antrag wählen zu können. Der Antrag muss dabei
- 4 spätestens drei Monate vor der Wahl beim zuständigen Amt gestellt werden, die die
- 5 Person daraufhin in das Wählerverzeichnis einträgt. Um einer möglichen Beeinflussung
- 6 der Jugendlichen vorzubeugen, soll die Briefwahl hierbei aber ausgeschlossen sein.
- 7 Erforderlich ist demnach die Stimmabgabe im Wahllokal vor Ort.

Begründung

Die Bedürfnisse und Möglichkeiten von Jugendlichen haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Jugendliche bekommen heute mehr Verantwortung auferlegt, sie müssen immer früher wichtige Entscheidungen für ihren weiteren Lebensweg treffen.

Daraus ergibt sich eine neue Lebensrealität, in der Jugendliche die Weiche für ihre eigene Zukunft schon früh stellen müssen. Ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten haben jedoch in den letzten Jahren nicht mit dieser Entwicklung Schritt gehalten. Mit den zunehmend verantwortungsvolleren Aufgaben, die Jugendliche und junge Erwachsene in immer jüngeren Jahren übernehmen müssen, wächst aber auch der Anspruch, das politische Umfeld selbst mitzugestalten.

Besonders deutlich wurde der politische Gestaltungswille der jungen Generation bei den Demonstrationen zum Klimaschutz oder der Urheberrechtsreform, im Zuge derer hunderttausende junge Menschen auf die Straße gingen. Obwohl sie bereit sind für ihre Meinung zu demonstrieren und ein klares Interesse an Politik zeigen, dürfen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Deutschland nicht wählen.

Artikel 38 unseres Grundgesetzes normiert den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahlen: Grundsätzlich ist jeder Mensch wahlberechtigt, und nicht etwa nur eine Gesellschaftsschicht oder ein Geschlecht. Das ergibt sich nicht nur aus der Würde jedes einzelnen Menschen, sondern ist auch unabdingbar für die Legitimation unserer Demokratie: Denn je mehr Menschen sich an der Entscheidungsbildung beteiligen, desto mehr Meinungen können gehört und berücksichtigt werden. Vor allem aber erhöht es enorm die Akzeptanz politischer Entscheidungen, wenn vorher

alle, die von ihnen betroffen sind, beteiligt wurden. Daher darf das Wahlrecht auch nur in solchen Ausnahmefällen entzogen werden, in denen keine hinreichende Möglichkeit zur Teilnahme am Kommunikationsprozess zwischen Staatsorganen und Volk besteht.

Die Rechtfertigung eines Mindestalters für das aktive Wahlrecht (als Einschränkung der Allgemeinheit der Wahl) ist seit jeher ein Mindestmaß an individueller Reife, das als Voraussetzung für eine mündige Wahlentscheidung angesehen wird.

Mit einem starren Mindestalter wird jedoch eine pauschale und häufig unzutreffende Aussage über die Reife von Millionen von Jugendlichen in Deutschland getroffen. Denn viele dieser Jugendlichen setzen sich bereits weit vor dem Erreichen des Mindestalters mit Politik auseinander, und das teilweise fundierter, als dies manche über der Altersgrenze tun oder je getan haben. Deswegen lehnen wir das Instrument einer Altersgrenze als alleinigen Maßstab für die Bestimmung der individuellen Reife ab.

Stattdessen fordern wir – neben einer Absenkung des aktiven Wahlalters für die Bundestags- und Europawahlen auf 16 –, dass auch jeder Mensch unter einem Alter von 16 Jahren auf Antrag wählen darf.

Das zuständige Amt soll sie auf deren Antrag hin in das Wählerverzeichnis eintragen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass junge Menschen, die selbstständig einen Antrag stellen und damit bewusst erklären, ihr Grundrecht wahrnehmen zu wollen, eindeutig nachweisen, dass sie über genügend individuelle Reife verfügen und deswegen am Kommunikationsprozess zwischen Volk und Staatsorganen teilnehmen können.

Um einer möglichen Beeinflussung des oder der Jugendlichen vorzubeugen, soll die Briefwahl hierbei aber ausgeschlossen sein. Erforderlich ist demnach die Stimmabgabe im Wahllokal vor Ort.

Antrag 403: Volljährigkeit ab 16

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	40 - Innen und Recht
Herkunft:	Verwiesen vom 59. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Nur ein politisches Gemeinwesen, das junge Menschen, ihre Anliegen, Ansichten und
- 2 Ansprüche ernstnimmt, hat eine Zukunft. Wer die Welt von morgen gestaltet, kann auch
- 3 Verantwortung sowohl für politische Entscheidungen, die alle betreffen, als auch für
- 4 das eigene Leben und die damit zusammenhängenden Weichenstellungen übernehmen. Das
- 5 erfordert auf der einen Seite die vollständige rechtliche Anerkennung der
- 6 Selbstbestimmung junger Menschen und auf der anderen Seite eine Vereinheitlichung
- 7 sämtlicher direkt oder indirekt an die Volljährigkeit geknüpfter Rechte und
- 8 Pflichten.
- 9 Deshalb fordern die Jungen Liberalen die Herabsetzung des Alters des Eintritts der
- 10 Volljährigkeit auf 16 Jahre und eine entsprechende Änderung des § 2 des Bürgerlichen
- 11 Gesetzbuches. Damit einhergehend sollen alle Regelungen, die sich – auch nur
- 12 mittelbar – am Eintritt der Volljährigkeit orientieren, gerade in Bezug auf
- 13 politische Teilhaberechte, angepasst werden.

Antrag 404: Sportschützen aus dem Schussfeld holen - Für ein Waffenrecht maximaler Sicherheit bei minimaler Einschränkung

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	LV Sachsen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	40 - Innen und Recht
Herkunft:	Verwiesen vom 61. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 I. Zurück zu sinnvoller Waffengesetzgebung

2 Die Jungen Liberalen lehnen den Generalverdacht, dem sich Sportschützen mit den
3 letzten Änderungen des Waffengesetzes ausgesetzt sehen, strikt ab. Viele der 2020
4 eingeführten Maßnahmen sind, aufgrund mangelnder Deliktrelevanz legaler Waffen,
5 sicherheitspolitisch nicht sinnvoll. Die Jungen Liberalen fordern daher die Rücknahme
6 und Überarbeitung der 3. Waffenrechtsänderung mit dem Ziel möglichst viel Sicherheit
7 bei möglichst wenig Einschränkung zu schaffen. Eine kritische Überprüfung aller
8 Punkte der Änderung im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist dafür
9 unerlässlich.

10 Im Bereich des Waffenrechts über die Vorgaben der Europäischen Union hinaus zu gehen
11 lehnen die Jungen Liberalen strikt ab.

12 II. Stärkung des Vollzugs

13 Die Jungen Liberalen fordern, statt Verschärfungen des Waffenrechts im nicht
14 deliktrelevanten Bereich, die Vollzugsbehörden zu stärken, um einen echten Mehrwert
15 an Sicherheit zu erzeugen. Das betrifft vor allem die Entwaffnung von Rechts- und
16 Linksextremisten sowie radikaler Islamisten und sonstigen Gefährdern. Hierfür ist die
17 digitale Vernetzung von Waffenbehörden, Verfassungsschutz und Polizei auszubauen und
18 für die nötige personelle Kapazität zu sorgen. Im Falle der Identifizierung von
19 Extremisten sind umgehend auch die jeweiligen Schützenvereine zu informieren.

20 Um die gezielte Unterbindung des illegalen Waffenhandels zu stärken, fordern wir, zur
21 Effizienzsteigerung etwaige bürokratische Doppelstrukturen in den zuständigen
22 Sicherheitsbehörden (Landespolizei, Bundespolizei, Zoll, Verfassungsschutz) umgehend
23 abzubauen.

24 Außerdem fordern wir als weiteren Weg, um illegalen Waffenbesitz zu reduzieren,
25 erneut eine auszugestaltende zeitlich befristete und breit kommunizierte
26 Generalamnestie für die straffreie Abgabe illegale Waffen zu ermöglichen.

27 III. Sicherheitslücken wahrnehmen

28 Die Jungen Liberalen fordern die Bundesregierung auf, deliktrelevante
29 Sicherheitslücken, wie den Bereich der selbstgebauten Waffen und das Verschwinden von

30 Waffen aus Sicherheitsbehörden und Rüstungsbetrieben, stärker zu untersuchen und
31 letztlich zu unterbinden.

32 **IV. Privates bleibt Privat- Keine zentrale Lagerung von Waffen und Munition!**

33 Die Jungen Liberalen lehnen das Konzept der zentralen staatlichen Lagerung und
34 Verwaltung von Privatwaffen und Privatmunition ab. Private Waffen sollen auch
35 weiterhin geschützt im privaten Besitz verbleiben. Die zentrale Lagerung stellt
36 außerdem ein Sicherheitsrisiko hinsichtlich möglichen Waffendiebstahls dar.

37 **V. Sportvielfalt schützen, Waidgerechtigkeit wahren – Kein Verbot großkalibriger
38 Waffen!**

39 Die Jungen Liberalen lehnen ein Verbot großkalibriger Waffen entschieden ab.

Antrag 501: Begrüßen wir neue Mitgliedstaaten, damit Europa groß und stark wird!

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	BAK Europa und Internationales (Bundesarbeitskreis)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	50 - Europa und Internationales
Herkunft:	Verwiesen vom 59. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Europäische Union ist das größte und erfolgreichste Freiheits- und
- 2 Friedensprojekt der Welt. Kein Wunder also, dass immer mehr Staaten mitmachen wollen.
- 3 Für uns Junge Liberale ist ein neuer Mitgliedstaat zu allererst eine neue Chance.
- 4 Eine Chance für mehr Freiheit, mehr Wohlstand und mehr Vielfalt. Mit einer klugen und
- 5 zugleich ambitionierten Erweiterungspolitik können wir Europa nicht nur größer,
- 6 sondern auch besser machen. Dafür müssen wir klare, nicht verhandelbare
- 7 Beitrittsvoraussetzungen bestimmen und neue Schwerpunkte im Beitrittsprozess setzen.
- 8 Dann können wir die Europäische Einheit vollenden.

9 I. Die Beitrittsvoraussetzungen

- 10 Jeder Staat, welcher der Europäischen Union beitreten will, muss die **Kopenhagener**
- 11 **Kriterien** vollständig erfüllen. Hier darf es keine Kompromisse geben, denn wenn einem
- 12 neuen Mitgliedstaat schon beim Beitritt das Gefühl gegeben wird, unsere Werte seien
- 13 verhandelbar, verliert die EU ihre Glaubwürdigkeit.

- 14 Kern der Kopenhagener Kriterien sind die **Werte der EU**, die sich auch in Artikel 2 des
- 15 EU-Vertrags wiederfinden. Diese sind so bedeutend, dass eine einfachgesetzlicher
- 16 Garantie derselben in Beitrittsstaaten nicht genügt. Vielmehr müssen sie durch die
- 17 Verfassungen der jeweiligen Staaten geschützt sein. Oder anders gesagt: Staaten, die
- 18 der EU beitreten, müssen nicht nur Demokratien, sondern wehrhafte Demokratien sein.

- 19 Auch die **Aufnahmefähigkeit der EU** für neue Mitgliedstaaten ist eines der Kopenhagener
- 20 Kriterien. Bei der Beurteilung dieses Kriteriums darf es nicht nur auf
- 21 wirtschaftliche Belange ankommen. Auch die Erhaltung einer funktionsfähigen
- 22 repräsentativen Demokratie muss Berücksichtigung finden. Das Verhältnis von
- 23 Unionsbürgerinnen und -bürgern zu den Abgeordneten des EU-Parlaments ist bereits
- 24 heute höher als in vielen anderen Staaten der Welt. Gleichzeitig kann das Parlament
- 25 auch nicht unbegrenzt vergrößert werden, ohne seine Handlungsfähigkeit einzubüßen.
- 26 Wir fordern, dass ein EU-Beitritt niemals dazu führen darf, dass weniger als ein
- 27 Parlamentarier auf 1 Millionen Einwohner fällt oder dass das Parlament
- 28 handlungsunfähig wird.

- 29 Für die Westbalkanstaaten hat die EU das Bestehen **guter nachbarschaftlicher**
- 30 **Beziehungen** als zusätzliches Beitrittskriterium benannt. Wir finden, dieses Kriterium
- 31 sollte für alle Beitrittskandidaten gelten, denn es ist nicht zielführend neue

32 Konflikte in die EU zu holen. Unter vorgenanntem Kriterium verstehen wir nicht die
33 vollständige Abwesenheit von Konflikt, sondern den unbedingten Verzicht auf Gewalt
34 oder Drohung mit Gewalt sowie ein insgesamt respektvolles Miteinander. Es versteht
35 sich jedoch von selbst, dass dort, wo die Gewalt einseitig verschuldet ist, dieses
36 Kriterium keine Anwendung finden kann. Gleichwohl muss die vollständige Kontrolle
37 über das eigene Staatsgebiet Beitrittsvoraussetzung sein.

38 Damit ein Staat der EU beitreten kann, muss er ein **europäischer Staat** sein. Darunter
39 verstehen wir, neben einem vorbehaltlosen Bekenntnis zu unseren Werten, eine gewisse
40 historische und kulturelle Verbundenheit sowie eine hinreichende geographische Nähe
41 zum europäischen Kontinent. Der Staat muss also nicht zwingend auf dem Kontinent
42 Europa liegen. Religion darf keine Rolle spielen.

43 **Rabatte, Vergünstigungen oder Opt-Outs** darf es bei einem EU-Beitritt grundsätzlich
44 nicht geben. Ausnahmen dürfen nur aufgrund geographischer Besonderheiten, zugunsten
45 nationaler Minderheiten oder Überseegebieten und bei kulturellen Besonderheiten, die
46 nicht im Widerspruch zu unseren Werten stehen und sich nicht wesentlich auf die EU
47 auswirken (Snus in Schweden), erfolgen. Als einzige wesentliche Ausnahme bei einem
48 Beitritt muss ein Opt-Out aus der Währungsunion möglich sein.

49 Die EU muss jedoch nicht nur die Einhaltung ihrer Werte bei neuen Mitgliedstaaten
50 sicherstellen. **Europäische Werte sind für alle Mitgliedstaaten verbindlich und müssen**
51 **effektiv durchgesetzt werden können.** Deshalb muss auch natürlichen und juristischen
52 Personen die subsidiäre Möglichkeit eingeräumt werden, vor dem EuGH ihre Grundrechte
53 aus der EU-Grundrechtecharta einzuklagen. Diese muss künftig auch auf rein nationale
54 Sachverhalte Anwendung finden. Die Einhaltung von Menschenrechten und
55 Gemeinschaftswerten durch die Mitgliedstaaten muss stärker kontrolliert und im
56 Zweifel auch sanktioniert werden. Entsprechende Verfahren über Strafzahlungen oder
57 partikularen Stimmrechtsentzug müssen vom Rat der EU an den Europäischen Gerichtshof
58 übergehen.

59 **II. Der Beitrittsprozess**

60 Der Beitrittsprozess beginnt mit Einreichung des Beitrittsantrags durch den
61 beitrittswilligen Staat. Nächster Schritt ist die Verleihung des
62 Beitrittskandidatenstatus durch die EU. Hierfür müssen noch nicht alle
63 Beitrittsvoraussetzungen erfüllt sein, aber das Land sollte sich auf dem richtigen
64 Weg befinden und bestrebt sein, notwendige Reformen durchzuführen. Bevor dann die
65 **Beitrittsverhandlungen** beginnen, kann die EU noch Anforderungen an den
66 beitrittswilligen Staat stellen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass
67 Beitrittsverhandlungen ein guter Hebel sind, um notwendige Reformen anzustoßen. Dies
68 sollte die EU nutzen. Reformen können mit schnellem Fortschreiten der Verhandlungen
69 honoriert, bei Rückschritten die Verhandlungen verlangsamt und notfalls sogar
70 eingefroren werden.

71 Während der Beitrittsverhandlungen stellt die EU dem beitrittswilligen Staat
72 finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Anpassung an EU-Standards zu erleichtern.
73 Gefördert werden vor allem Bildung, Justiz und Infrastruktur. Mindestens genauso
74 wichtig muss jedoch die **Unterstützung der Zivilgesellschaft** sein. Neben EU-eigenen

75 Programmen und der Förderung lokaler Organisationen, müssen hierbei auch politische
76 Stiftungen sowie politische und nichtpolitische Jugendorganisationen miteinbezogen
77 werden. Ferner wollen wir allen Beitrittskandidaten und Staaten mit
78 Beitrittsperspektive sowie allen weiteren Staaten der Europäischen
79 Nachbarschaftspolitik und Russland anbieten, gegen angemessene finanzielle
80 Beteiligung, Teil des Programms **Erasmus+** zu werden, anstatt nur Partnerland zu sein.
81 Manche Staaten mit europäischer Perspektive werden aufgrund außenpolitischer
82 Faktoren, die sie selbst nicht oder nur geringfügig beeinflussen können,
83 wahrscheinlich länger auf einen Beitritt warten müssen. Deshalb müssen vor einem EU-
84 Beitritt zusätzliche optionale Zwischenschritte bestehen, die über eine Deep and
85 Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) hinausgehen. Dazu gehört eine Mitgliedschaft in
86 der **Europäischen Zollunion** sowie im **Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)**. Letzterer
87 steht gegenwärtig nur den Mitgliedern der Europäischen Freihandelszone (EFTA) offen.
88 Das wollen wir ändern. Für Staaten, die nicht EFTA- aber EWR-Mitglied sind, sind dann
89 EuGH und EU-Kommission zuständig. Auch die Zollunion wollen wir reformieren, damit
90 EU- und Nicht-EU-Mitglieder von zukünftigen Freihandelsabkommen der EU gleichermaßen
91 profitieren. Natürlich können Zollunion und/oder EWR auch dauerhafte Alternativen zu
92 einem EU-Beitritt sein. Die Anforderungen an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die
93 Achtung der Menschenrechte sollten für einen EWR-Beitritt höher sein, als für einen
94 Beitritt zur Zollunion, aber niedriger als für einen EU-Beitritt.

95 Der Beitritt zur EU darf nicht an dem Veto eines einzigen Mitgliedstaates scheitern.
96 Deshalb soll für einen EU-Beitritt künftig nur noch die **Ratifikation des**
97 **Beitrittsvertrages** durch drei Viertel der Mitgliedstaaten erforderlich sein. Für den
98 Beschluss zur Aufnahme und Abbruch von Beitrittsverhandlungen sowie dem Beitritt zum
99 EWR muss entsprechendes gelten.

100 **III. Die Vollendung der Europäischen Einheit**

101 Jedes Land und jede Region hat eigene Herausforderungen, die es auf dem Weg in die EU
102 zu meistern gilt. Deshalb wollen wir auf Grundlage der zuvor aufgestellten Grundsätze
103 individuelle Strategien entwickeln.

104 **1. Westbalkan**

105 Die Länder des Westbalkan sind integraler Bestandteil des europäischen Kontinents.
106 Eine erneute Instabilität dieser Region wie in den 90er-Jahren hätte spürbare Folgen
107 für die ganze EU. Deshalb muss die Stabilität, Sicherheit und Prosperität dieser
108 Region ein Kernanliegen europäischer Politik sein. Dies kann nur durch einen EU-
109 Beitritt der Staaten des Westbalkan garantiert werden, weshalb dies das erklärte Ziel
110 der EU und ihrer Mitgliedstaaten sein muss. Folglich begrüßen wir die laufenden
111 Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und Serbien und fordern eine zügige Aufnahme
112 der Verhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien. Sobald notwendige Reformen erfolgt
113 sind, muss auch mit Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo über einen Beitritt verhandelt
114 werden.

115 Wir JuLis unterstützen die Unabhängigkeit des Kosovos. Doch, damit der junge Staat
116 der EU beitreten kann, müssen ihn alle EU-Mitgliedstaaten anerkennen. Darauf muss die
117 EU hinwirken und zugleich eine Annäherung zwischen Belgrad und Pristina fördern.

118 Weiterhin muss die von der EU-Kommission empfohlene Visaliberalisierung für
119 kosovarische Staatsangehörige unverzüglich umgesetzt werden. Sollte Serbien vor dem
120 Kosovo EU-Mitglied werden, muss der Beitrittsvertrag eine Klausel enthalten, nach der
121 Serbien einen EU-Beitritt des Kosovos nicht blockieren kann.

122 Infolge der Jugoslawienkriege besteht nach wie vor ein tiefes Misstrauen bis hin zu
123 offener Feindschaft zwischen den unterschiedlichen Volksgruppen des Westbalkans. Der
124 beste Weg, um alte Feindbilder aufzubrechen, sind Begegnungen zwischen Angehörigen
125 der verfeindeten Gruppen. Deshalb wollen wir nach dem Vorbild des INTERREG-Programms,
126 Veranstaltungen aller Art – egal ob kulturell, sportlich oder politisch – fördern,
127 die Menschen aus unterschiedlichen Ländern des Westbalkan zusammenbringen.

128 Ein besonderes Augenmerk muss den Rechten von Minderheiten wie Sinti und Roma oder
129 queeren Personen gelten. Die Abwesenheit von staatlicher Diskriminierung ist dabei
130 nicht ausreichend. Vielmehr muss ein staatlicher Schutz vor Diskriminierung auch
131 durch nichtstaatliche Akteure bestehen.

132 Pressefreiheit darf nicht nur de-jure existieren, faktisch aber durch die Übermacht
133 einiger großer Medienunternehmen ausgehebelt werden. Hier kann die EU ansetzen, indem
134 sie junge, unabhängige Journalistinnen und Journalisten gezielt über ein
135 Austauschprogramm fördert. Das Programm soll Praktika zu Nachrichtenredaktionen
136 innerhalb der EU vermitteln und finanziell fördern.

137 Trotz Fortschritte in den vergangenen Jahren, ist der Weg zur EU-Mitgliedschaft noch
138 weit. Es bedarf nach wie vor tiefgreifender und ambitionierter Reformen. Letztlich
139 gilt, die Hauptverantwortung hierfür und damit auch für das “Ob” und “Wann” des EU-
140 Beitritts, trägt jedes Land selbst.

141 **2. Island, Norwegen und die Schweiz**

142 Island und Norwegen sind durch die Mitgliedschaft im EWR sowie im Schengen-Raum und
143 die Schweiz über eine Vielzahl bilateraler Verträge sowie als Mitglied des Schengen-
144 Raums bereits stark mit der EU verbunden. Alle drei Staaten sind hochentwickelt und
145 haben vorbildliche demokratische und rechtsstaatliche Strukturen. Daher muss bei
146 einem entsprechenden Wunsch der Bevölkerung allen Dreien der Weg in die EU
147 offenstehen. Im Hinblick auf die Popularität von Snus in Norwegen, muss dem Land eine
148 mit Schweden vergleichbare Ausnahmeregelung eingeräumt werden.

149 **3. Türkei**

150 Die Jungen Liberalen fordern, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei umgehend zu
151 beenden. Das Land hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter von Europa und
152 seinen Werten entfernt. Gleichwohl wollen wir an der Zollunion mit der Türkei
153 festhalten. Auf keinen Fall darf der Abbruch der Beitrittsgespräche zu einem Abbruch
154 des Dialogs mit der türkischen Zivilgesellschaft führen. Vielmehr muss dieser
155 intensiviert werden.

156 Im Falle einer substanziellen Verbesserung der Menschenrechtsslage können wir uns eine
157 Ausweitung der Zollunion und auch eine Mitgliedschaft der Türkei im EWR vorstellen.
158 Sollte die Türkei eines Tages die Beitrittsvoraussetzungen vollumfänglich erfüllen,
159 d.h. auch die Besetzung Nordzyperns beenden, die militärischen Drohungen gegen

160 Griechenland im Zusammenhang mit diversen Grenzstreitigkeiten einstellen und den
161 Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten anerkennen, muss
162 ihr der Weg in die EU offenstehen.

163 **4. Georgien, Moldau und die Ukraine**

164 Die Jungen Liberalen befürworten eine EU-Beitrittsperspektive für Georgien, Moldau
165 und die Ukraine. Wie bei den Staaten des Westbalkans, bedarf es auch hier umfassender
166 Reformen, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Hier muss die EU in
167 entsprechender Weise unterstützend tätig werden.

168 Alle drei Staaten teilen eine traurige Gemeinsamkeit: Teile ihres Staatsgebietes sind
169 von Russland besetzt. Daher birgt ein Beitritt, vor dem Hintergrund der aggressiven
170 russischen Außenpolitik, ein nicht vertretbares Risiko eines von Russland ausgehenden
171 Krieges. Deshalb kann diesen Ländern bis zur Wiederherstellung ihrer territorialen
172 Integrität, statt einer EU-Mitgliedschaft, nur eine Mitgliedschaft im EWR und der
173 Zollunion angeboten werden. Voraussetzung dafür ist, dass substantielle Fortschritte
174 im Bereich Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung erzielt
175 werden.

176 Die EU muss in ihrer Russlandpolitik die Interessen dieser Staaten berücksichtigen.
177 Dabei gilt, dass jede neue Aggression Russlands mit einer Verschärfung der Sanktionen
178 beantwortet werden muss. Bei einem Einlenken sollen diese reduziert werden. Ein
179 vollständiger Abbau erfordert jedoch auch einen vollständigen Abzug russischer
180 Truppen aus allen besetzten Gebieten. Darüber hinaus muss die EU unabhängig von
181 russischem Erdgas werden. Mögliche Alternativen sind Schiefergas aus den USA sowie
182 Erdgas aus Israel und Zypern, aber vor allem der Ausbau erneuerbarer Energien.

183 **5. Andorra, Liechtenstein, Monaco und San Marino**

184 Wir wollen Andorra, Liechtenstein, Monaco und San Marino eine „Vertiefte Assoziation“
185 mit der EU anbieten. Diese soll aus unterschiedlichen Modulen, namentlich EWR,
186 Schengen, Zollunion, Euro und Erasmus+, bestehen. Jedes dieser Länder soll frei
187 wählen können, an welchen Modulen es teilnehmen möchte und an welchen nicht.
188 Innerhalb eines Moduls darf es jedoch kein Rosinenpicken geben. Ein zukünftiger
189 Europäischer Bundesstaat muss außerdem die Verteidigung dieser Staaten garantieren.
190 Damit stärken wir tiefe Verbindung der EU zu diesen Staaten, die bereits heute
191 besteht. So ist Liechtenstein bereits Mitglied des EWR und des Schengen-Raums,
192 während Andorra, Monaco und San Marino Teil der Europäischen Zollunion und des Euros
193 sind. Einer EU-Mitgliedschaft dieser Staaten stehen wir aufgrund ihrer geringen
194 Bevölkerungszahl jedoch kritisch gegenüber.

195 **6. Israel**

196 Als liberaler und demokratischer Rechtsstaat erfüllt Israel an sich alle
197 Voraussetzungen für einen EU-Beitritt. Umfragen zeigen auch, dass eine EU-
198 Mitgliedschaft in der Bevölkerung recht populär ist. Daher ist für uns JuLis klar,
199 sollte Israel wünschen EU-Mitglied zu werden, so unterstützen wird dies ausdrücklich.
200 Vor einem Beitritt müssen allerdings die Außengrenzen Israels geklärt werden. Bevor
201 dies geschehen ist, sollte Israel ein Beitritt zum EWR und zur Zollunion angeboten

202 werden. Unabhängig von all dem muss Israel zeitnah eine Mitgliedschaft im Europarat
203 angeboten werden.

204 **7. Cabo Verde**

205 Cabo Verde ist ein Inselstaat im Atlantischen Ozean und Teil der Makaronesischen
206 Inseln zu denen auch die Azoren, Madeira und die Kanaren gehören. Bereits heute
207 kooperieren Cabo Verde und die EU auf vielen Ebenen miteinander und mehrfach schon
208 hat das Land Interesse an einer EU-Mitgliedschaft bekundet. Cabo Verde ist Europa
209 kulturell sehr nahe, die Amtssprache ist portugiesisch und das Land ist stabil sowie
210 relativ frei. Wir fordern daher, dass die EU dem Land eine Beitrittsperspektive
211 eröffnet. Natürlich muss auch Cabo Verde vor einem Beitritt ehrgeizige Reformen
212 durchführen und sich wirtschaftlich entwickeln. Dabei muss das Land von der EU
213 unterstützt werden. Ferner muss sich die EU dafür einsetzen, dass Cabo Verde zeitnah
214 dem Europarat beitreten kann.

215 **8. Armenien**

216 Armenien ist ein demokratischer Staat, der aber noch weit von der Erfüllung der
217 Kopenhagener Kriterien entfernt ist. Darüber hinaus ist das Land Mitglied der
218 Eurasischen Wirtschaftsunion, womit ein EU-Beitritt derzeit nicht in Frage kommt.
219 Somit ist aktuell nur eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen
220 Partnerschaft möglich. Sollte sich Armenien jedoch dazu entschließen, einen EU-
221 Beitritt anzustreben, muss ihnen eine Beitrittsperspektive eröffnet werden. Neben der
222 Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen, was auch eine friedliche Lösung des Konflikts
223 mit Aserbaidschan beinhaltet, bedarf ein EU-Beitritt des Landes auch einem EU-
224 Beitritt Georgiens oder der Türkei. Vorab kann ein Beitritt zum EWR und zur Zollunion
225 angeboten werden.

226 **9. Aserbaidschan und Belarus**

227 Die EU sollte mit beiden Staaten im Rahmen der Östlichen Partnerschaft
228 zusammenarbeiten, wo gemeinsame Interessen bestehen. Gleichzeitig muss die
229 Zivilgesellschaft gestärkt werden, um eine demokratische und rechtsstaatliche
230 Entwicklung dieser Länder zu befördern. Sollte sich die politische Lage in diesen
231 Ländern grundlegend ändern, sollte ihnen eine Beitrittsperspektive eröffnet werden.
232 Allerdings sehen wir für Aserbaidschan und Belarus derzeit keine
233 Beitrittsperspektive.

234 **10. Russland**

235 Für Russland sehen wir nicht nur derzeit, sondern, aufgrund seiner hohen
236 Einwohnerzahl, unter keinen Umständen eine Beitrittsperspektive. Sollte Russland zu
237 einem demokratischen Staat werden und die Aggression gegenüber seinen Nachbarn
238 beenden, wollen wir jedoch eine Eurasische Freihandelszone schaffen.

239 **11. Sezession**

240 Entsteht auf dem Gebiet eines EU-Mitgliedstaates ein neuer unabhängiger Staat, so
241 wird dieser bisher nicht automatisch Mitglied der EU. Für den Fall, dass eine
242 Sezession im Einvernehmen mit dem Ursprungsstaat erfolgt, wollen wir, dass der neue
243 Staat künftig automatisch zu denselben Konditionen wie sein Ursprungsstaat EU-

- 244 Mitglied wird. Dazu wollen wir die EU-Verträge entsprechend abändern. Einseitige
245 Unabhängigkeitserklärungen und/oder Abspaltungen innerhalb der EU dürfen dagegen
246 unter keinen Umständen anerkannt werden.

Begründung

Nachfolgend zum besseren Verständnis die **Kopenhagener Kriterien**:

“Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.

Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.”

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 502: Eine europäische Armee – erste Gründungsschritte

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	LV Berlin (Landesverband), LV Bayern (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	50 - Europa und Internationales
Herkunft:	Verwiesen vom 59. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

1. Vorwort

In den letzten 50 Jahren sind die heutigen europäischen Staaten immer mehr zusammengewachsen – gerade im Rahmen der EU. Die meisten europäischen Staaten sind heute Mitglied der Europäischen Union oder streben eine Mitgliedschaft an. Nicht nur wirtschaftlich kooperieren die Mitgliedstaaten miteinander, sondern auch die nationalen Armeen arbeiten an vielen Projekten gemeinsam. Diese werden allerdings jede für sich geführt und versorgt. Dies verursacht verschiedenste Probleme:

- Jeder Mitgliedstaat investiert für sich in Verteidigung und Beschaffung, womit viele kleine Einzelprojekte teuer und ineffizient gegenüber einer gemeinsamen Beschaffung und Ausbildung sind.
 - Für eine gemeinsame europäische Verteidigung (beispielsweise des Luftraumes) bedarf es einem erhöhten Koordinations- und Führungsaufwands, womit gesamteuropäisch im Bedarfsfall keine schnellen Entscheidungen getroffen werden können. Insbesondere diese Handlungsfähigkeit ist vital für Streitkräfte.
 - Aufgrund kleinerer, nationaler Budgets müssen Mitgliedsstaaten sich auf einzelne Kompetenzen konzentrieren und den Verlust anderer Fähigkeiten in Kauf nehmen.
- Aufgrund dessen lag die Effektivität der europäischen Armeen nur bei 15% im Vergleich zur US-amerikanischen Armee, obwohl die Heerstärke der europäischen Armeen um ein vielfaches größer ist.

2. Gründung europäischer Geschwader unter Kontrolle des EU-Parlaments

Bereits jetzt müssen nationale Streitkräfte sich die Aufgaben teilen, welche für die EU vital sind. So müssen die europäischen Seewege und der Luftraum gesichert und militärisches Großgerät transportiert werden.

Daher fordern die Jungen Liberalen die Gründung eigener, europäischer Streitkräfte, welche dem europäischen Parlament unterstellt werden sollen. Die für eine Armee notwendige Kommandostruktur und Aufbauorganisation soll zunächst durch das Europäische Parlament erarbeitet werden. Um dieser Forderung gerecht zu werden, unterstreichen die Jungen Liberalen die Notwendigkeit einer fortdauernden demokratischen Entwicklung des EU-Parlaments. Die europäischen Streitkräfte sollen

30 sich aus freiwilligen EU-BürgerInnen zusammensetzen.

31 Die SoldatInnen unter EU-Flagge sollen dabei die nationalen Armeen in ihren
32 bisherigen oben genannten Aufgaben entlasten. Es sollte langfristig auf eine
33 Kompetenzübertragung an die EU-Armee hingearbeitet werden. Hierzu schlagen die Jungen
34 Liberalen die Gründung von Geschwader zur europäischen Luftverteidigung und -
35 transport, sowie von Fregattengeschwader zur Sicherung der Seewege vor.

36 **3. Vereinheitlichte Ausbildung**

37 Europäische SoldatInnen müssen nach einheitlichen Grundsätzen gemeinsam in englischer
38 Sprache ausgebildet werden. Dazu ist es notwendig, neue Ausbildungsstätten zu
39 schaffen und ein europäisches SoldatInnengesetz zum Status europäischer SoldatInnen
40 zu schreiben. Zu den Ausbildungsstätten sollen eine europäische Offizierschule,
41 Unteroffizierschule und technischen Schule gehören. Die Jungen Liberalen fordern eine
42 Ausarbeitung europäischer Führungsansätze analog derjenigen der NATO.

43 **4. Finanzierung**

44 Zur Finanzierung der europäischen Streitkräfte soll der bereits beschlossene
45 europäische Verteidigungsfonds genutzt werden. Im Fall erheblich steigender Kosten
46 muss über die Einführung einer speziellen EU-weiten Abgabe beraten werden.

Antrag 503: Für einen “humanen” Krieg - Autonome Waffensysteme als globale Herausforderung verstehen

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	LV Nordrhein-Westfalen (Landesverband), BAK Europa und Internationales (Bundesarbeitskreis)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	50 - Europa und Internationales
Herkunft:	Verwiesen vom 61. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Letale Autonome Waffensysteme (LAWS) nach Definition des Internationalen Komitees vom
2 Roten Kreuz stellen eine strategische und moralische Herausforderung für die
3 Sicherheitspolitik Deutschlands, der EU und der NATO dar, die ein entschlossenes
4 Handeln der Politik unumgänglich macht. Nach dieser Definition, handelt es sich bei
5 einem autonomen Waffensystem um “jedes Waffensystem mit Autonomie in seinen
6 kritischen Funktionen, d.h. welches Ziele auswählen und angreifen kann, ohne
7 menschliche Intervention.” Auch autoritäre Staaten wie die sogenannte Volksrepublik
8 China und die Russische Föderation erforschen und erproben LAWS seit längerer Zeit.
9 Um sowohl unsere Bundeswehr auf mögliche Einsatzszenarien vorzubereiten, als auch die
10 Sicherheit unseres Staates und unserer europäischen sowie NATO-Bündnispartner zu
11 garantieren, ist es notwendig, unsere Sichtweise im Hinblick auf den Umgang mit
12 Letalen Autonomen Waffensystemen zu definieren. Wir Junge Liberale sind der festen
13 Überzeugung, dass dieses Problem proaktiv angegangen werden muss, und fordern die
14 Bundesregierung auf, den internationalen Umgang mit dieser Technologieinnovation
15 mitzugestalten.

16 **ALTERNATIVE 1:**

17 Wir Jungen Liberalen sehen den Einsatz autonomer Waffensysteme kritisch und lehnen
18 ihn grundsätzlich ab. Über den Einsatz einer Waffe muss in letzter Instanz immer ein
19 Mensch entscheiden und diesen jederzeit unterbrechen können. Dieser Mensch muss die
20 moralische und juristische Verantwortung für alle durch die Waffe entstehenden
21 Schäden tragen.

22 **ALTERNATIVE 2:**

23 Wir Jungen Liberalen sehen den Einsatz autonomer Waffen kritisch und lehnen ihn zum
24 jetzigen Zeitpunkt ab. Gleichzeitig erkennen wir jedoch an, dass mögliche
25 Erkenntnisse im Forschungsbereich und Entwicklungen in der Militärtechnik zukünftig
26 einer Neubewertung des möglichen Einsatzes autonomer Waffen bedürfen. Dieser
27 Neubewertung stehen wir offen gegenüber.

28 **ALTERNATIVE 3:**

29 1. Wir Jungen Liberalen sprechen uns für einen verantwortungsvollen Umgang und

30 Einsatz von autonomen Waffensystemen aus. Dazu möglicherweise notwendige Anpassungen
31 des Humanitären Völkerrechts sind durch die Bundesregierung proaktiv anzustoßen. Zu
32 konkreten Einsatzszenarien soll eine beratende Ethikkommission eingerichtet werden.

33 2. Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen eine Beteiligung Deutschlands und der
34 Europäischen Union an internationalen Verträgen, die Forschung an LAWS pauschal
35 unterbinden, aus und lehnen nationale Forschungsverbote ab. Stattdessen sollen in
36 diesem Bereich Forschungsinvestitionen ermöglicht sowie staatliche getätigt werden
37 und eine Anpassung der Bundeswehr internen Ausbildungs- und Studiengänge erfolgen, um
38 sich bereits zeitnah proaktiv mit der militärischen Wandlung aufgrund neuer
39 Technologien, etwa Künstlicher Intelligenz (KI) auseinanderzusetzen. Dabei begrüßen
40 wir den Einsatz von KI zur Entscheidungsfindung, Logistik und Abwehr von Gefahren
41 grundsätzlich. So können zahlreiche Menschenleben geschützt und gerettet werden,
42 unnötiges Leid wird verhindert.

43 Wir fordern die detaillierte Erarbeitung einer Analyse der potenziellen
44 sicherheitspolitischen Lageveränderungen durch den potenziellen Einsatz von LAWS
45 durch staatliche und nichtstaatliche Akteure. Hier müssen potenzielle Schwachstellen
46 in der Landes- und Bündnisverteidigung, besonders im Hinblick auf kritische
47 Infrastruktur, klar benannt werden. Diese Ergebnisse müssen sich auch in der
48 zukünftigen Ausrüstung und strategischen Fähigkeiten der Bundeswehr, sowie
49 perspektivisch einer EU-Armee, widerspiegeln. Selbst wenn Deutschland sich nicht dazu
50 entscheiden sollte, autonome Waffensysteme zu beschaffen, muss diesem Waffensystem in
51 der Rüstungsplanung Rechnung getragen werden.

52 **OPTION:**

53 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, innerhalb der EU sowie der NATO die
54 Initiative zu ergreifen, mit dem Ziel eine gemeinsame europäische und
55 transatlantische Grundsatzhaltung zum Themenbereich LAWS zu erarbeiten. Gemeinsam mit
56 unseren europäischen und transatlantischen Partnern soll sich die Bundesregierung in
57 der UN-Abrüstungskonferenz für die ausdrückliche Aufnahme von LAWS in das Humanitäre
58 Völkerrecht einzusetzen und dessen Ächtung fordern. Ungeachtet dessen, soll die
59 Bundesregierung sich mit der Gefahr durch letale autonome Waffensysteme,
60 verteidigungs- und auch sicherheitspolitisch einstellen. Exportgenehmigungen für
61 deutsche Forschungs- und Industrieeinrichtungen, Software zum Betrieb von LAWS
62 außerhalb von NATO, EU und ausgewählten Partnernationen zu exportieren, dürfen nicht
63 erfolgen. Dual-Use Güter sollten nach Ermessen der Bundesregierung in konkreten
64 Fällen der Ausfuhrkontrolle unterliegen, wenn deren Export die Interessen der
65 Bundesrepublik oder ihrer Verbündeten gefährden können.

Antrag 504: Freiheit will verteidigt werden

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	LV Hessen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	50 - Europa und Internationales
Herkunft:	Verwiesen vom 61. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Bundesrepublik Deutschland garantiert durch die freiheitlich-demokratische
- 2 Grundordnung unabänderliche Kernstrukturen des Gemeinwesens. Um diese Werte nach
- 3 Innen und Außen zu verteidigen sind gut ausgerüstete und einsatzbereite Streitkräfte
- 4 unabdingbar. Gleichwohl ist es notwendig die Akzeptanz der Soldatinnen und Soldaten
- 5 der Bundeswehr in der Gesellschaft zu stärken – denn es sind für uns Bürger in
- 6 Uniform.
- 7 **Beschaffung und Rekrutierung**
- 8 Das Beschaffungswesen der Bundeswehr hat sich in letzter Zeit vornehmlich durch
- 9 Fehlschläge und Fehlplanungen bekannt gemacht. Ob nicht benötigte Schiffe oder
- 10 siebenseitige Ausschreibungen für Fahrräder, oft wird an den Soldaten vorbei
- 11 entschieden.
- 12 Bei der Beschaffung sollen vorrangig die Bedürfnisse der Bundeswehr zur Sicherung der
- 13 Schlagkraft und Abschreckung berücksichtigt werden. Dazu soll das BMVg, im Regelfall,
- 14 an die eigene Einschätzung der Einheiten gebunden werden. Fachliche Expertise soll
- 15 hierbei vor politischen wie wirtschaftlichen Interessen stehen.
- 16 Das BAAINBw soll weiter entlastet werden. Zur Entlastung soll das sog. „Handgeld“ der
- 17 Truppen von aktuell 500,-€ pro Monat auf 5000,-€ pro Monat angehoben werden. Zudem
- 18 muss durch gezielte Maßnahmen die Besetzung der derzeit offenen Stellen durch
- 19 geeignetes Personal erfolgen.
- 20 Ein effizientes Beschaffungswesen ist nicht nur bei der persönlichen Ausrüstung,
- 21 sondern auch bei Waffensystemen und Großgeräten notwendig. Anstatt teurer
- 22 Individuallösungen befürworten wir stattdessen eine verstärkte Kooperation mit
- 23 anderen EU- und NATO-Partnern. Für die jeweiligen Teilstreitkräfte sollen
- 24 Zukunftskonzeptionen erstellt werden, wie es momentan schon mit dem Future Combat Air
- 25 System geschieht. Hierbei muss auf die Vermeidung von Doppelstrukturen geachtet
- 26 werden. Bei Überschneidungen sind Kooperationen zwischen den Teilstreitkräften
- 27 erforderlich werden.
- 28 Das Beschaffungswesen sollte nicht von kurzfristigen politischen Stimmungen abhängen,
- 29 sondern auf einer langfristigen Strategie basieren. Verzögerungen aufgrund von
- 30 politischen Machtspielen auf dem Rücken der Bürger in Uniform lehnen wir entschieden
- 31 ab. Die momentane 25 Millionen Euro Vergabegrenze des Verteidigungsausschusses soll
- 32 an die Inflation angepasst werden.

33 Wir fordern das BMVg auf, bei Projekten, die keine Neuentwicklung benötigen, ein
34 Bonus-Malus-System zu etablieren. Bei Fertigstellung vor dem vereinbarten Zeitpunkt
35 soll der Hersteller dabei eine Bonuszahlung erhalten, während bei Verspätungen
36 Strafzahlungen die Folge sind. Hierbei soll die 5 % – Klausel bei Vertragsstrafen
37 fallen.

38 Beim Erwerb neuer Rüstung soll durch das BMVg sowie durch das Bundesamt für
39 Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) darauf
40 hingewirkt werden, dass mit den Privaten Rüstungsunternehmen sog. „Wartungsverträge“
41 abgeschlossen werden. In diesen soll im Gegenzug zu einer Geldzahlung die Wartung der
42 neu erworbenen Ausrüstung gewährleistet werden. Die Zuhilfenahme von externen
43 Beratern, insbesondere IT-Experten, ist grundsätzlich nicht verwerflich. Um jedoch
44 das Kosten-Nutzenverhältnis zu wahren, ist regelmäßig die Notwendigkeit unter
45 Einbindung der militärischen Führung zu überprüfen.

46 Die Jungen Liberalen lehnen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht entschieden ab, da
47 diese unter anderem der Professionalisierung der Bundeswehr im Wege steht. Allerdings
48 sprechen wir uns für eine Öffnung der Bundeswehr für in Deutschland geborene EU-
49 Ausländer aus. Diese sind in den meisten Fällen in Deutschland aufgewachsen somit,
50 sollten hier keinerlei Loyalitätsprobleme entstehen.

51 **Budget**

52 Deutschland bekennt sich fest zu seinen Bündnisverpflichtungen. Dabei ist es zwingend
53 erforderlich, dass der Verteidigungshaushalt schrittweise in Richtung 2 % erhöht
54 wird, um der Größe und Stärke entsprechend Verantwortung in der Welt übernehmen zu
55 können.

56 **Auslandseinsätze**

57 Die Jungen Liberalen stehen zu Auslandseinsätzen innerhalb der internationalen
58 Gemeinschaften, wie UN, NATO und EU, in besonderen Ausnahmefällen auch in
59 Bündnissystemen kollektiver Sicherheit. Vor Einsätzen müssen klare Ziele definiert
60 und festgelegt werden, mit welcher Strategie diese erfüllt werden sollen. Dabei sind
61 insbesondere auch Opt-out-Pläne zu erstellen, um eine Situation, wie Afghanistan zu
62 vermeiden. Dies gilt sowohl für den Best- als auch für den Worst-Case. Die Strategie
63 der Einsätze sollte stets darauf ausgerichtet sein langfristig Frieden in einer
64 Region zu schaffen, ohne dass internationale Sicherungstruppen notwendig sind.

65 Wenn Soldaten bereit sind im Einsatz ihr Leben für Deutschland zu riskieren, sollten
66 wir sie zumindest bestmöglich ausstatten. Deswegen sollten Auslandseinsätze immer
67 Priorität beim Verteilen von neuer Ausrüstung haben. Das Material muss dabei zum
68 einen an die Gesamtstrategie, aber zum anderen auch an die länderspezifischen
69 Gegebenheiten und der oft auftretenden asymmetrischen Kriegsführung angepasst sein.

70 Um schnell auf auftretende Bedrohungen im Einsatz reagieren zu können, fordern wir
71 die Anschaffung von bewaffneten Drohnen. Eine Einsatzmöglichkeit für bewaffnete
72 Drohnen ist der sogenannte ‘armed overwatch’. Gezielte Tötungen durch Drohnen wie
73 andere Staaten dies praktizieren lehnen wir ab.

74 **Europäische Armee**

- 75 Für die Jungen Liberalen ist die europäische Armee die Königslösung für ein
76 schlagkräftiges und unabhängigeres Europa. Sie soll dabei nicht die NATO ersetzen,
77 sondern ein Bestandteil von ihr werden. Der Weg dahin soll über das Framework-
78 Nations-Concept laufen, bei dem Deutschland und Frankreich den Rahmen darstellen
79 sollen, an den andere Nationen andocken können. Dadurch können unmittelbar
80 Doppelstrukturen abgebaut und eine gemeinsame Beschaffungs- und
81 Rüstungsentwicklungspolitik aufgebaut werden.
- 82 Eine tiefgreifendere Integration soll auch auf der Soldatenebene erfolgen. So kann
83 beispielsweise die Grundausbildung gemeinsam absolviert und ein Austauschprogramm
84 zwischen Offizieren etabliert werden.
- 85 Die Jungen Liberalen fordern zudem die Schaffung von europäischen Spezialeinheiten,
86 sowie eines europäischen Schutzschirms gegen Interkontinentalraketen.
- 87 Grundsätzlich soll die Kontrolle über die Einheiten der europäischen Armee beim
88 europäischen Parlament und die Befehlsgewalt bei einem Kommissar liegen.
- 89 **Proliferation**
- 90 Grundsätzlich stehen die Jungen Liberalen ABC-Waffen ablehnend gegenüber. Wir
91 erkennen aber die Notwendigkeit von strategischen Nuklearwaffen an, bis diese durch
92 den Atomwaffensperrvertrag abgeschafft sind.
- 93 Die Digitalisierung macht auch vor unseren Streitkräften nicht halt und wir müssen
94 uns als Gesellschaft auch mit der Autonomie von Waffensystemen auseinandersetzen.
95 Deshalb fordern wir das BMVg auf, eine Richtlinie zur Nutzung von Autonomen
96 Waffensystemen zu entwerfen und diese alle fünf Jahre zu überprüfen. International
97 soll Deutschland sich für ein Verbot von LAWS einsetzen. Ein solches Verbot muss
98 durch eine internationale Organisation überprüft werden können.
- 99 Weitergehend lehnen wir aber bewaffnete Aktivitäten im Weltraum ab und fordern ein
100 internationales Verbot dieser Aktivitäten.

Antrag 505: haTikvah - Für eine friedliche Zukunft im Heiligen Land

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	BAK Europa und Internationales (Bundesarbeitskreis)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	50 - Europa und Internationales
Herkunft:	Verwiesen vom 61. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Aus historischer Verantwortung wie auch aus tiefster liberaler Grundüberzeugung
2 fühlen wir Junge Liberale uns Israel verpflichtet. Israel ist der einzige stabile
3 freiheitlich-demokratische Staat im Nahen Osten und damit unser natürlicher Partner,
4 Verbündeter und Freund. Die Offenheit und Vielfalt der israelischen Gesellschaft, in
5 der Menschen unterschiedlichen Glaubens, Geschlechts und Sexualität gleichberechtigt
6 und in Frieden koexistieren, steht im scharfen Kontrast zu den Problemen und
7 Schwierigkeiten in weiten Teilen des Nahen Ostens. Israel kann somit als Leitbild für
8 die ganze Region fungieren und die Stärke der offenen Gesellschaft demonstrieren.
9 Daraus folgt, dass die Sicherheit Israels zurecht deutsche Staatsräson ist. Unser
10 Ziel ist deshalb die Stärkung der deutsch-israelischen Freundschaft, sowohl auf
11 zivilgesellschaftlicher wie auch auf politischer Ebene.

12 **1. Zielsetzung des Antrags**

13 Seit der Staatsgründung Israels überschattet der israelisch-palästinensische Konflikt
14 das Leben beider Völker und obwohl er schon 70 Jahre alt ist, liegt eine Lösung noch
15 in weiter Ferne. Wir Julis maßen uns nicht an, die perfekte Lösung präsentieren zu
16 können. Insbesondere empfinden wir es als vermessen, als nicht unmittelbar
17 Betroffene, den Konfliktbeteiligten eine Lösung zu diktieren. Der israelisch-
18 palästinensische Konflikt kann letztlich nur durch ergebnisoffene bilaterale
19 Verhandlungen zwischen Israel und Vertretern der Palästinenser - ggf. unter dem Dach
20 der Vereinten Nationen - gelöst werden. Auf dem Weg dorthin bedarf es jedoch der
21 zielgerichteten Unterstützung dieses Prozesses durch assoziierte Länder, ohne sich
22 von oben herab ohne fundierte Kenntnisse einzumischen. Wir sehen unsere Rolle darin,
23 die Zivilgesellschaft zu stärken, in unserem außenpolitischen Handeln die Rechte
24 beider Völker angemessen zu berücksichtigen und klare Position zu beziehen, wenn
25 unsere Grundwerte betroffen sind. Dabei darf kein Zweifel aufkommen, dass für uns im
26 Zweifel stets die Sicherheit Israels an erster Stelle steht.

27 **2. Förderung der Konfliktlösung durch Wirtschaftsförderung**

28 Der Handel zwischen zwei Ländern oder Regionen stellt einen zentralen Bestandteil für
29 die soziokulturelle und gesamtgesellschaftliche Zusammenarbeit da. Nicht zuletzt das
30 Projekt der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat gezeigt, dass eine
31 Öffnung der Grenzen und das Abschaffen von Handelshemmnissen die Voraussetzung für

- 32 ein friedliches Mit- und Nebeneinander und eine prosperierende Wirtschaft sind.
- 33 Auch für Israel, das Westjordanland und den Gazastreifen sehen wir im Bereich von
34 Handel und Wirtschaft eine Möglichkeit, sich auf kurz oder lang anzunähern. Vor allem
35 wirtschaftliche Kooperation hinsichtlich eines Transfers von Fach- und anderen
36 Arbeitskräften sowie der Austausch von technischem Know-how können Motor für
37 voranschreitende Friedensverhandlungen sein. Dafür ist aber nicht nur die Angleichung
38 beider Volkswirtschaften maßgeblich, sondern vor allem die perspektivische Arbeit mit
39 lokalen Problemen wie dem Wassernotstand und den sozialen Problemen.
- 40 Als Junge Liberale fordern wir deshalb folgende Lösungsansätze, um die Wirtschaft in
41 Israel, im Westjordanland und im Gazastreifen auf einen gemeinsamen Kurs zu bringen
42 und die gesellschaftlichen und interkulturellen Hindernisse zu überwinden:
- 43 *Erstens* muss ein bilaterales Gremium eingeführt werden, was sich als übergeordnete
44 Instanz um eine Verständigung beider Volkswirtschaften kümmert. Dabei kann vor allem
45 die Expertise anderer großer Volkswirtschaften hinzugezogen werden, um ein
46 gemeinsames Konzept für die Region auszuarbeiten. Nur bei einer zwischen- und
47 innerstaatlichen Annäherung kann von einem wirksamen und andauernden Friedensprozess
48 ausgegangen werden. Besonders sollte darauf hingewirkt werden, das Westjordanland und
49 den Gazastreifen von internationaler Finanzhilfe unabhängig zu machen und so stabile
50 und prosperierende Volkswirtschaften zu schaffen.
- 51 *Zweitens* ist in Frage zu stellen, inwieweit das aktuelle Import- und Exportgeschäft
52 den Grundprinzipien einer sozialen und freien Marktwirtschaft folgt. Als Junge
53 Liberale sollten wir vor allem hier für eine gesunde und zukunftsorientierte
54 Marktwirtschaft auf beiden Seiten kämpfen, um den Wohlstand der Bevölkerung und die
55 Stabilität der Gesellschaft und Region auch langfristig zu gewährleisten. Dafür muss
56 zunächst sichergestellt werden, dass es weder beim Import noch beim Export
57 Handelsbeschränkungen der einen für die andere Seite gibt, die nicht der Wahrung der
58 Sicherheitslage dienen. Nur eine liberale Handelspolitik gegenüber dem Rest der Welt
59 ermöglicht eine aufstrebende und stabile Wirtschaftspolitik. Die Liberalisierung
60 bisher eingeschränkter Handelswege und eine Zollautonomie der Palästinensischen
61 Autonomiebehörde bei gleichzeitiger Beibehaltung des zollfreien Handels zwischen
62 Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten (unter der die Sicherheitslage
63 betreffenden zumutbaren Umstände) wäre also der erste Schritt für eine selbstständige
64 palästinensische Wirtschaft.
- 65 *Drittens* gilt es den Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen Israel, dem
66 Westjordanland und dem Gazastreifen zu stärken. Möglich ist dies vor allem durch
67 grenzübergreifende Think Tanks und die dazugehörigen Kooperationen von Start-Ups und
68 Ideenschmieden. Nicht zuletzt die intensive Kooperation zwischen Universitäten auf
69 beiden Seiten kann eine solche Entwicklung fördern und nachhaltig sicherstellen. Denn
70 nur mit ausreichend Innovation und eigenen Ideen für Kultur, Wirtschaft, Bildung und
71 Wissenschaft kann der Konflikt von Innen heraus gelöst werden.
- 72 *Viertens* muss die gesamte Region bzw. jene Staaten, die zu einer Zusammenarbeit mit
73 Israel bereit sind, in diese Strategie mit einbezogen werden. Konkret unterstützen
74 wir den Vorschlag der USA für einen Sicherheitsrat als Gesprächsforum mit Vertretern

75 aller regionalen Beteiligten, etwa Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien, Israel,
76 Bahrain, Sudan und Oman auf Grundlage der Abraham Accords.. Dies erweitert die
77 wirtschaftlichen Perspektiven aller beteiligten Länder und stärkt den Frieden in der
78 gesamten Region nachhaltig.

79 **3. Jugendpolitik**

80 Wir müssen uns an die Jugend in Israel und den palästinensischen Gebieten richten und
81 massiv in Bildung, Kooperation und Austausch investieren. Ziel ist es eine mutige und
82 liberale Generation zu schaffen, die in einigen Jahren in der Lage sein wird, eine
83 für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Dafür muss die Bildungspolitik darauf
84 ausgerichtet werden Brücken zu bauen und Vorurteile abzubauen. Viele Schulbücher in
85 den Palästinensischen Autonomiegebieten dämonisieren Israel und Juden. Angesichts der
86 finanziellen Abhängigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde von Finanzhilfen
87 gilt es hier Druck auszuüben und gleichzeitig Projekte, die Toleranz und
88 Verständigung in den Vordergrund stellen, zu fördern.

89 **4. Maßnahmen gegen Korruption und Terrorfinanzierung in den palästinensischen 90 Autonomiegebieten**

91 Bei den internationalen Finanzhilfen für die palästinensische Autonomiebehörde ist
92 sicherzustellen, dass diese nicht in Kanälen der Korruption versinken oder zur
93 Finanzierung von Terror eingesetzt werden. Insbesondere die sog. Märtyrer-Renten, die
94 im Jahr 2016 laut Angaben der Weltbank eine Höhe von ca. 300 Millionen Euro
95 erreichten, müssen von Seiten der Palästinensischen Autonomiebehörde unverzüglich
96 abgeschafft werden. Andernfalls sollten die EU-Staaten und die Vereinten Nationen
97 ihre Hilfszahlungen entsprechend um den Anteil der Märtyrer-Renten zum jetzigen
98 Zeitpunkt kürzen und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt diesen Teil des
99 Geldes auszuzahlen, sobald die adäquate Verwendung dieser Gelder sichergestellt ist.
100 Ferner sollten Projekte unterstützt werden, die Antikorruption fördern und
101 Transparenz bestärken. Ein erster Schritt wäre dabei, das bisherige Ausmaß der
102 Korruption zu bestimmen und offen zu legen.

103 **5. Siedlungspolitik**

104 Eine einseitige Anerkennung der israelischen Siedlungen im Westjordanland als Teil
105 des israelischen Staatsgebietes halten wir nicht für zielführend. Der Bau von
106 israelischen Siedlungen im Westjordanland ist ein entscheidender Punkt, der in
107 Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern geklärt werden muss.
108 Während der Bau der Siedlungen von israelischer Seite als notwendig für den Schutz
109 der eigenen Grenze begründet wird, sieht die palästinensische Seite diese als
110 Hindernis für die territoriale Integrität eines künftigen eigenen Staates. Ebenso wie
111 der Siedlungsbau muss auch der Grenzverlauf Israels zu einem potentiellen
112 palästinensischen Staates im Rahmen von Friedensverhandlungen geklärt werden. Die
113 Bewohner derjenigen Siedlungen, die sich gemäß dieses Grenzverlaufs auf
114 palästinensischem Gebiet befänden, hätten anschließend die Wahl als gleichberechtigte
115 Bürger in Palästina zu leben, oder nach Israel zurückzukehren. Eine Enteignung
116 palästinensischer Grundbesitzer zugunsten israelischer Siedler durch die israelische
117 Regierung ist dagegen völlig inakzeptabel. Einen ethnisch begründeten

118 Bevölkerungsaustausch lehnen wir entschieden ab, ebenso die Übertragung israelischen
119 Rechts auf Siedler im Westjordanland bei gleichzeitiger Beibehaltung des
120 Militärrechts für Palästinenser.

121 Neben den israelischen Siedlungen gibt es des Weiteren Klärungsbedarf bezüglich der
122 syrischen Golanhöhen. Obwohl die Annexion der Golanhöhen durch Israel im letzten Jahr
123 von der Trump-Administration anerkannt wurden, lehnt die EU sowie internationale
124 Organisationen diese entschieden ab. Da die Golanhöhen jedoch entscheidend für
125 Israels Sicherheit sind und in der Vergangenheit von dort aus Angriffe auf israelische
126 Staatsbürger erfolgt sind, fordern wir dazu auf, dass die EU über die Anerkennung der
127 von Israel annektierten Golanhöhen noch einmal berät.

128 **6. EU-Richtlinie**

129 Wir wollen die EU-Richtlinie zur besonderen Kennzeichnung israelischer Produkte aus
130 palästinensischen Gebieten abschaffen. Nach dieser Richtlinie soll nicht nur
131 gekennzeichnet werden, wo das Produkt hergestellt wurde, sondern auch, ob es von
132 Israelis oder Palästinensern hergestellt wurde. Eine solche besondere Kennzeichnung
133 israelischer Produkte aus palästinensischen Gebieten führt zu einer Stigmatisierung
134 und darüber hinaus auch zu wirtschaftlichen Einbußen - sowohl für Israelis als auch
135 für Palästinenser. Die EU-Richtlinie in ihrer aktuellen Form schadet somit der
136 wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten Region und hemmt die Zusammenarbeit über
137 ethnische Grenzen hinweg.

138 **7. Palästinensische Flüchtlinge**

139 Deutschland und die EU müssen die arabischen Staaten dazu drängen, die Rechtsstellung
140 Palästinensischer Flüchtlinge zu verbessern. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben
141 werden, sich in die Gesellschaften ihrer jeweiligen Staaten zu integrieren und
142 gleichberechtigte Staatsbürger zu werden. Die UNRWA ist dagegen aufzulösen und die
143 Zuständigkeit für palästinensische Geflüchtete auf das UNHCR zu übertragen. Dabei ist
144 schrittweise vorzugehen. In einem ersten Schritt ist dabei der vererbte
145 Flüchtlingsstatus abzuschaffen und ein strenges Monitoring der Projekte und
146 Finanzströme der UNRWA einzuführen, wie dies bereits bei anderen UN-Organen
147 geschieht, um einen Missbrauch der Mittel zu unterbinden. Abschließend soll die
148 Zuständigkeit für die palästinensischen Flüchtlinge schrittweise auf das UNHCR
149 übertragen werden. Deutschland und die Europäische Union sollen hierzu etappenweise
150 für das UNRWA eingeplante Mittel an das UNHCR überführen.

151 Immer wieder stechen Vertreter des UNRWA mit antisemitischen Äußerungen hervor. Diese
152 verurteilen wir aufs Schärfste und fordern die UNRWA auf, antisemitische Personen
153 konsequent auszuschließen sowie die Zusammenarbeit mit derartigen Organisationen
154 einzustellen.

155 **8. Europäische Union und Vereinte Nationen**

156 Die Europäische Union versteht sich selbst als Instrument zur Völkerverständigung.
157 Umso erschreckender ist es, dass Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten immer
158 wieder Opfer von anti-zionistischer Rhetorik vonseiten bestimmter Politiker Europas
159 wird und die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten ihrer Pflicht, sich hiergegen klar

160 auszusprechen, nicht nachkommen. Langfristig soll die Sicherheit Israels ebenfalls
161 Teil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU werden. Daher fordern wir
162 die Bundesregierung auf, in Pressemitteilungen differenzierter über den Nahost-
163 Konflikt zu sprechen und nicht alle außenpolitischen Diskussionen zu Israel direkt
164 mit der Palästinenser-Frage zu verknüpfen, wenn diese nicht unmittelbar damit
165 verbunden sind, etwa bilaterale Abkommen zwischen Israel und anderen Staaten.
166 Deutschland muss sich im Rahmen der Vereinten Nationen und insbesondere in seiner
167 Rolle als Nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats, verstärkt gegen
168 antiisraelische Resolutionen einsetzen. So verurteilte z.B. der UN-Menschenrechtsrat
169 Israel zwischen 2006 und 2016 61 Mal, während auf alle anderen Länder zusammen nur 54
170 Verurteilungen fielen und Länder wie China, Russland oder Saudi Arabien kein einziges
171 Mal verurteilt wurden. Die Rolle der Vereinten Nationen als Vermittlungsinstanz
172 zwischen Israel und Palästinensern sehen wir durch diese einseitige Verurteilung
173 Israels im Menschenrechtsrat sowie weiteren Gremien gefährdet. Gleichzeitig ist zu
174 beachten, dass die Resolutionen von Gremien wie dem Menschenrechtsrat die Positionen
175 der Mitgliedsländer widerspiegeln. Durch die Mitgliedschaft oder gar den Vorsitz
176 solcher Staaten, die wiederholt selbst Menschenrechtsverletzungen begehen, verliert
177 der Menschenrechtsrat seine Glaubwürdigkeit und Neutralität. Deutschland und die
178 Europäischen Union müssen sich deshalb für institutionelle Reformen einsetzen. So
179 soll die Wahl in den UN-Menschenrechtsrat künftig eine qualifizierte Mehrheit von
180 zwei Dritteln der UN-Mitglieder erfordern.

Antrag 701: Legalisierung von Blitzer-Apps

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	LV Hessen (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	70 - Umwelt, Verkehr und Bau

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern die Legalisierung von Anwendungen wie Blitzer.de, die
- 2 zur Vorwarnung von Gefahrenstellen und Radarkontrollen im Straßenverkehr dienen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 801: Eigentum ist kein Grund zu besteuern

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	LV Schleswig-Holstein (Landesverband), LV Hamburg (Landesverband), LV Baden-Württemberg (Landesverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	80 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Herkunft:	Verwiesen vom 59. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die aktuell anstehende Reform der Grundsteuer kann nur eine Übergangslösung sein. Sie
- 2 muss in den Bundesländern unter Nutzung der sogenannten Länderöffnungsklausel auf
- 3 Basis eines wertunabhängigen Flächenmodells erfolgen. Eine "Baulandsteuer" in Form
- 4 der Grundsteuer C lehnen wir dabei ab. Für den Länderfinanzausgleich sind komplexe
- 5 Doppelberechnungen nach dem Bundesmodell oder sonstiger Mehraufwand aufgrund fiktiver

- 6 Berechnungen zu vermeiden. Ansonsten muss der Bund den Ländern die jeweils
- 7 anfallenden Kosten erstatten.

- 8 Langfristig werden sich die Jungen Liberalen im Rahmen der nächsten
- 9 Föderalismusreform für die Abschaffung der Grundsteuer einsetzen. Damit eine
- 10 weitgehend konjunkturunabhängige Grundfinanzierung der Kommunen weiterhin
- 11 gewährleistet ist, sollen stattdessen kommunale Hebesätze auf die Einkommens- oder
- 12 weitere Ertragssteuern die wegfallenden Einnahmen ersetzen. Um die Auswirkungen
- 13 konjunkturabhängiger Schwankungen dieser Einnahmen abzufedern sollte in Verbindung
- 14 hiermit die entsprechende Sockelfinanzierung der Kommunen erhöht werden.

Begründung

Die Grundsteuer ist historisch überholt. Die aktuelle Debatte zur Reform zeigen, dass einzig und alleine die Finanzierung der Kommunen als Argument vorgetragen wird, aber nicht, dass diese Steuer noch sinnvoll ist. Das wertabhängige Modell führt zu einer de facto Vermögensteuer. Das Flächenmodell führt zu einer Belastung, die nichts mit der Leistungsfähigkeit zutun hat. In beiden Fällen werden statt Zahlungsströmen Substanz besteuert.

Mit der Abschaffung der Grundsteuer und einem Umlegen auf andere unbürokratischer zu erhebende Steuern wird unser Steuersystem einfacher und gerechter, ohne dass die Finanzierung der Kommunen gefährdet wird. Gerade in Städten führt dies zudem zu einer erheblichen Senkung der Bruttomieten, von der besonders Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Familien profitieren.

Antrag 802: Wahrlich wettbewerblich: Freiheit der Währungswahl

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	BV Ostwestfalen-Lippe (Bezirksverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	80 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Herkunft:	Verwiesen vom 61. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Währungen in Form von Geld sind aus modernen und freiheitlichen Gesellschaften nicht
- 2 mehr wegzudenken. Über den Nutzen als Zahlungsmittel für das alltägliche Leben durch
- 3 die Vereinfachung von Transaktionen hinaus legen sie mittels ihrer Wertaufbewahrungs-
- 4 und Wertmessfunktion den Grundstein für Wohlstand und Fortschritt und sind ein Garant
- 5 für die Freiheit des Individuums. Wettbewerbsfeindliche monopolistische Strukturen
- 6 gefährden die grundlegenden Funktionen von Währungen und machen sie für politische
- 7 Instrumentalisierungen anfällig.
- 8 Neben einer wettbewerblich organisierten, insbesondere grundsätzlich auf
- 9 Kapitalverkehrsbeschränkungen und die Fixierung von Wechselkursen verzichtenden
- 10 Währungsordnung zwischen den zentralbanklich geschöpften Währungen offener
- 11 Volkswirtschaften sprechen sich die Jungen Liberalen für eine umfassende
- 12 Gleichbehandlung privater Währungen aus, die sowohl untereinander als auch mit
- 13 staatlichen Währungen konkurrieren können. Zu diesem Zweck sollen sämtliche
- 14 Regelungen im nationalen und im Unionsrecht, die das bisher bestehende staatliche
- 15 Währungsmonopol aufrechterhalten - namentlich der Sonderstatus als gesetzliches
- 16 Zahlungsmittel - entfallen.

Antrag 901: Haltungen über Reichweite: Keine Nutzung von TikTok bei den Jungen Liberalen

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	LV Nordrhein-Westfalen (Landesverband), LV Schleswig-Holstein (Landesverband), LV Niedersachsen (Landesverband), Nemir Ali (Niedersachsen), Jens Jungmann (Baden-Württemberg), Hieronymus Eichengrün (Baden-Württemberg), Theresa Leinkauf (Schleswig-Holstein), Calvin Nixon (Hessen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	90 - Internes, FDP und Grundsätzliches
Herkunft:	Verwiesen vom 61. Bundeskongress

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Als Junge Liberale stehen wir für Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit.
- 2 Aus diesem Wertekanon leiten wir nicht nur unsere politischen Forderungen ab, sondern
- 3 ebenfalls unsere Haltungen gegenüber autoritären Regimen weltweit. Hier ist für uns
- 4 klar: Wir unterstützen diejenigen, die sich für Demokratie und Menschenrechte
- 5 einsetzen und zeigen auf der anderen Seite klare Kante gegen all diejenigen, die
- 6 diese Werte missachten oder gar untergraben wollen.
- 7 Die App „TikTok“ vom chinesischen Start-up ByteDance ist die momentan am häufigsten
- 8 heruntergeladene App. Die App steht jedoch diametral zu den Werten und Überzeugungen
- 9 von Liberalen: Es ist aufgearbeitet und nachgewiesen, dass TikTok bis heute aus
- 10 politischen Gründen bestimmte Inhalte zensiert. Jüngst wurde bekannt, dass Hashtags
- 11 zu LGBTQ-Themen in mindestens acht Sprachen von TikTok zensiert wurden. Die
- 12 TikTokerin Feroza Aziz wurde 2019 gesperrt, da sie in einem ihrer TikToks auf die
- 13 Unterdrückung der Uiguren in China aufmerksam machte. Eine derartige Zensur leistet
- 14 nicht nur einen Bärendienst für Demokraten und Menschenrechtler:innen weltweit,
- 15 sondern hat letztlich die Zentralisierung des Internets zur Folge.
- 16 Neben den unübersehbaren Differenzen im Hinblick auf die Werte und Haltungen von uns
- 17 Liberalen birgt die App auch sicherheitspolitisch ein enormes Risiko: Ähnlich wie bei
- 18 der Frage des 5G Ausbaus der Firma Huawei ist auch bei der App „TikTok“ ungeklärt, in
- 19 welchem Umfang der chinesische Staat auf die Daten der TikTok-Nutzer:innen zugreifen
- 20 kann. Klar ist: Nach aktueller Gesetzeslage Chinas kann der Staat ohne größere Mühen
- 21 auf die Daten aller chinesischen Unternehmen zugreifen. Die chinesische Führung hat
- 22 in der Vergangenheit immer wieder klar gemacht, dass sie chinesische Unternehmen als
- 23 ihren verlängerten Arm ansieht, vor allem Technologiekonzerne werden zur Durchsetzung
- 24 der Interessen der KPCh immer wieder vor den Wagen gespannt und sind ein
- 25 instrumentaler Teil des innen- und außenpolitischen Führungsanspruch der KPCh. Es
- 26 muss davon ausgegangen werden, dass der chinesische Staatsapparat wenigsten
- 27 potentiell über einen Zugang zu den Nutzdaten von ByteDance verfügt - alles andere
- 28 wäre naiv.

- 29 Eine potentielle Nutzung der App "TikTok" ist entsprechend der oben angeführten
30 Argumente nicht nur eine pragmatische, sondern vor allem eine politische
31 Entscheidung. Als Junge Liberale stellen wir fest: Eine Nutzung der App würde unseren
32 Inhalten und Überzeugungen konträr gegenüberstehen. Aus diesem Grund sprechen wir
33 sich die Jungen Liberalen dafür aus, dass die App "TikTok" vom Bundesverband der
34 Jungen Liberalen und seinen Landesverbänden nicht genutzt wird.
- 35 Ferner setzen wir uns dafür ein, eine Initiative zur Nichtnutzung der App "TikTok"
36 bei der Bundespartei der Freien Demokraten einzubringen.

Antrag 902: FDP-Zielvorgaben als qualitative Vorgaben transparent umsetzen!

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	Erweiterter Bundesvorstand (eBuVo)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	90 - Internes, FDP und Grundsätzliches
Herkunft:	Verwiesen vom 59. BuKo

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen streben die Gleichberechtigung von Mann und Frau an. Wir
- 2 wünschen und begrüßen ausdrücklich die Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt
- 3 in den Parlamenten und Parteien als Ausdruck einer offenen und pluralistischen
- 4 Gesellschaft. Zudem sprechen wir uns deutlich und klar gegen jede Art der
- 5 Diskriminierung aus. Vielfalt sollte jedoch nicht auf einem gesetzlichen Zwang,
- 6 sondern auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen.

- 7 Aus diesem Grund lehnen wir die Festschreibung von Quotierungen im Wahlrecht bei
- 8 öffentlichen Wahlen nach Herkunft, Geschlecht, Alter oder anderer akzidentieller
- 9 Eigenschaften ab. Wahl-Quotierungen verstoßen gegen ein Grundprinzip der Demokratie,
- 10 nämlich gegen die freie Wahl.

- 11 Weil wir Jungen Liberalen für dieses Grundprinzip auch innerhalb unserer Mutterpartei
- 12 eintreten, sehen wir die jüngst beschlossenen Zielvereinbarungen, die auch
- 13 quantitative Zielvorgaben für Führungsgremien innerhalb der Partei ermöglichen,
- 14 ausgesprochen kritisch. Zwar begrüßen wir das Ziel von mehr Vielfalt auch in der
- 15 Partei und erkennen an, dass die FDP eine Partei sein soll, die möglichst alle
- 16 Bürgerinnen und Bürger anspricht. Allerdings sind wir als Junge Liberale überzeugt,
- 17 dass sowohl bei uns als auch in unserer Mutterpartei noch nicht alle Maßnahmen
- 18 jenseits von Zielvereinbarungen im Sinne quantitativer Vorgaben ergriffen wurden.
- 19 Auch deswegen fordern wir eine transparente Umsetzung der beschlossenen
- 20 Zielvereinbarungen im Sinne qualitativer Vorgaben unter Einbindung der FDP-Mitglieder
- 21 und der Jungen Liberalen vor Ort. Qualitative Vorgaben und Ziele können insbesondere
- 22 sein:

- 23 • eine Evaluation der Außenwirkung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Ansprache
- 24 von Interessierten der Freien Demokraten,

- 25 • die Erstellung jährlicher Berichte über Entwicklungen, Maßnahmen und Vorhaben
- 26 zur Verbesserung des Frauenanteils in der jeweiligen Untergliederung gegenüber
- 27 einem Parteitag oder einem vergleichbaren Parteiorgan,

- 28 • die Ermöglichung eines niedrighwelligen Einstiegs in das Engagement, indem
- 29 Interessierte und Neumitglieder aktiv angesprochen, zum Engagement motiviert,
- 30 Orientierung gegeben und Ansprechpartner aufgezeigt werden,

- 31 • Neumitglieder sollen nach ihrem Eintritt ein (digitales) Willkommenspaket

32 erhalten, in welchem Ansprechpartner auf Kreis- und Landesebene genannt werden
33 und alle wichtigen Infos über das Engagement in der FDP und ihre Struktur
34 enthalten sind,

35 • auf eine einladende und respektvolle Gruppenkultur und -Kommunikation
36 hinzuwirken, indem die Landesverbände bspw. entsprechende Seminare ausrichten;
37 Teambuildingmaßnahmen und andere gemeinschaftsstiftende Veranstaltungen
38 einzuführen bzw. zu vertiefen,

39 • Die Evaluation bestehender Veranstaltungsformate der Freien Demokraten im
40 Hinblick auf ihre Attraktivität für unterrepräsentierte Gruppen,

41 • die Entwicklung neuer Veranstaltungsformate, die Vernetzungsmöglichkeiten für
42 bislang unterrepräsentierte Gruppen bei den Freien Demokraten schaffen,

43 • stärkere Sensibilisierung der Funktionsträger, aber auch aller Mitglieder für
44 Sexismus; Gegenseitige Unterstützung und deutlicher Widerspruch bei sexistischen
45 Aussagen; konsequente Ahndung von Fehlverhalten,

46 • Weibliche Mitglieder und jegliche Vorbilder, die für Vielfalt innerhalb unserer
47 Partei stehen, sowohl in der Partei als auch in der Außendarstellung stärker in
48 den Vordergrund zu rücken.

49 • auch

50 zurückhaltende Menschen proaktiv auf zu besetzende Posten anzusprechen und
51 zu motivieren, sich dieser Herausforderung zu stellen,

52 • transparenteres Aufzeigen von Anforderungen für Ämter,

53 • sexistischen Kommentaren in Wahlkämpfen und Findungsprozessen klarer
54 entgegenzutreten; klare Betonung von Kompetenz und erwartetem Engagement als
55 leitenden Entscheidungskriterien,

56 • Entwicklung von Kreisverbandspaketen, die den Verantwortlichen vor Ort
57 aufzeigen, wie Parteiarbeit modern, vielfältig und partizipativ gestaltet werden
58 kann,

59 • Etablierung von Ombudspersonen in allen FDP-Landesverbänden, die sich auch mit
60 dem Aufgabenschwerpunkt von Fehlverhalten wie z.B. Sexismus beschäftigen,

61 • Ermöglichung von Parteiarbeit auch abseits klassischer Präsenzveranstaltungen
62 und Schaffung digitaler Mitmachangebote, um vielfältige Lebensmodelle mit dem
63 Engagement bei der Fdp vereinbaren zu können,

64 • als zusätzliche Form des Engagements vermehrt Projektarbeit einzuführen,

65 • alle hier genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen regelmäßig hinsichtlich
ihrer Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

66 Am Ende steht für uns Junge Liberale das Ziel, viele Frauen für liberale Themen zu
67 begeistern und sie zu aktiver Mitarbeit zu animieren. Wir sind überzeugt, dass die
68 Freien Demokraten mit einer breiter aufgestellten Programmatik und neuen Formen der
69 politischen Arbeit für alle liberal denkende Menschen eine Atmosphäre schaffen
70 können, in der sie sich gerne einbringen können – und wollen. Mit steigendem Anteil
71 an der Mitgliederzahl sind wir zuversichtlich, mittelfristig mehr Frauen für die

- 72 Mitarbeit begeistern zu können.
- 73 Um dieses Ziel gemeinsam und mit breiter Unterstützung von Mitgliedern und
74 Amtsträgern zu erreichen, fordern wir die FDP auf, die Diskussion rund um die
75 Umsetzung des Parteitagsbeschlusses offen und nicht nur in Führungsgremien zu führen.
76 Das Verhalten des FDP-Bundesvorstandes, welcher den Beschluss über Zielvereinbarungen
77 nicht dem Bundesparteitag unterstellen wollte, missbilligen wir ausdrücklich. Wir
78 sind zuversichtlich, dass die Debatte un parteiinterne Vielfalt zukünftig offen und
79 transparent geführt wird, weil sie alle angeht. Daran wollen und werden wir Jungen
80 Liberalen mitarbeiten.

Antrag 903: Noch mehr innovative Ideen der Jungen Liberalen

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	Bundesvorstand (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	90 - Internes, FDP und Grundsätzliches

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Deutschland braucht mehr frische Ideen, als in ein Bundestagswahlprogramm
- 2 hineinpassen, um nach der Krise durchzustrarten. Deshalb finden sich nachfolgend alle
- 3 innovativen Ideen für die kommende Legislaturperiode, die aus den
- 4 Bundesarbeitskreisen, dem Bundesvorstand, der Mitgliedschaft und den
- 5 Untergliederungen kamen, die es aber nicht in das Wahlprogramm geschafft haben.
- 6 **Europa – In Vielfalt gebildet**
- 7 Jeder junge Mensch sollte die Chancen haben, Auslandserfahrungen zu sammeln. Deshalb
- 8 fordern wir, dass alle Schülerinnen und Schüler mit Erasmus+ unabhängig vom Einkommen
- 9 der Eltern mindestens sechs Monate ihrer Schulzeit im Ausland verbringen können. Die
- 10 Vergleichbarkeit zwischen Bildungsabschlüssen innerhalb der EU wollen wir mit einem
- 11 europäischen Referenzrahmen für schulische und berufliche Bildung verbessern.
- 12 Erasmus+ für Studierende und Auszubildende wollen wir auf alle Mitgliedstaaten des
- 13 Europarats, der EU-Nachbarschaftspolitik, Belarus und den Kosovo ausweiten.
- 14 Schließlich wollen wir ein Erasmus-Austauschprogramm für Lehrkräfte etablieren.
- 15 **Mobbing die Stirn bieten**
- 16 Die Schulsozialarbeit stellt eine wichtige sozialpädagogische Komponente an Schulen
- 17 dar. Deshalb müssen an allen Schulen Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter vorhanden
- 18 sein und verstärkt eingesetzt werden. Auf diese Weise kann in Schulen sowie im Umfeld
- 19 von Schulen gezielt und präventiv gegen Mobbing und Cybermobbing vorgegangen werden.
- 20 So schlagen wir vor, dass an den Schulen vermehrt Anti-Mobbing-Seminare stattfinden.
- 21 Damit wollen wir die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte, für das Thema
- 22 Mobbing und Cybermobbing sensibilisieren.
- 23 **Bildungschancen ein Leben lang**
- 24 Lebenslanges Lernen muss in einer sich rasant wandelnden Welt zur Norm werden. Daher
- 25 wollen wir das Aufstiegs-BAföG, mit dem Fortbildungen gefördert werden, für Personen
- 26 öffnen, die einen Master oder vergleichbaren Abschluss haben. Darlehen im Rahmen des
- 27 Aufstiegs-BAföG sollen zinsfrei sein und mit einkommensabhängiger Tilgungsrate
- 28 bezogen werden. Bildungsurlaub wollen wir bundesweit flexibilisieren, indem aus fünf
- 29 Tagen im Jahr fünfzig Stunden werden. Angestellte sollen gegen ihren Arbeitgeber
- 30 einen Anspruch auf eine jährliche, unabhängige Fortbildungsberatung haben. Auch die
- 31 Hochschulen wollen wir für Fortbildungen öffnen und postgraduale Studiengänge über
- 32 das Aufstiegs-BAföG fördern. Damit der Überblick nicht verloren geht, wollen wir ein

33 digitales Weiterbildungsportal schaffen, in dem Angebote miteinander verglichen
34 werden können.

35 **Meinungsvielfalt im Netz schützen**

36 Meinungsfreiheit und Meinungspluralismus sind für eine freiheitliche Gesellschaft
37 existenziell. Die digitalen Plattformen sind inzwischen „Gatekeeper“ des
38 Meinungskampfes. Dies kann im Einzelfall Diskriminierungsverbote für politische
39 Botschaften auslösen, jedenfalls im Vorfeld von Wahlen. Politische Werbemethoden wie
40 Dark Ads sowie der Einsatz von Bots sind transparent zu machen.

41 **Umgang mit Algorithmen und KI festlegen**

42 Wir stehen für einen innovationsfreudigen Ansatz im Umgang mit Algorithmen. Daher
43 sprechen wir uns für ein abgestuftes Regulierungskonzept aus, welches nach der
44 Tragweite der Entscheidung durch den Algorithmus und dem Anwendungsbereich
45 unterscheidet. Insbesondere erkennen wir an, dass innerbetriebliche Vorgänge in
46 erheblichem Umfang durch Algorithmen vereinfacht und effizienter gestaltet werden
47 können. Dort, wo Algorithmen wettbewerbsrechtlich bedenklich sind, befürworten wir
48 Offenlegungspflichten. Die Marktmacht digitaler Großkonzerne, insbesondere den
49 Netzwerkeffekt, wollen wir durch eine Stärkung des Kartellrechts bändigen. Bei
50 Künstlichen Intelligenzen ist verstärkt darauf zu achten, dass Diskriminierungen
51 entgegengewirkt wird, z.B. indem vorurteilsfreie Lerndaten verwendet oder die
52 Programmierung der Algorithmen angepasst werden. Die Antidiskriminierungsstelle des
53 Bundes ist um ein Fachzentrum für Algorithmen zu ergänzen, um ihren gesetzlichen
54 Aufgaben mit digitaler Kompetenz nachkommen zu können.

55 **Netzneutralität sichern**

56 Netzbetreiber müssen die Netzneutralität wahren, indem sie alle Anbieter, User und
57 Datenarten gleich behandeln.

58 **Aufstiegs- und Bürgerfreundliche Verwaltung**

59 Eine moderne Verwaltung ist für uns bürgerfreundlich und effizient, gleichzeitig
60 unparteiisch und professionell. Die Bedeutung der Anzahl der Dienstjahre für die
61 Besoldungshöhe von Beschäftigten der Verwaltung ist zugunsten leistungsbezogener
62 Elemente abzusenken. Durch eine ausdifferenzierte Besoldungs- und Tarifstruktur sind
63 mehr Aufstiegschancen zu schaffen. Auch projektbezogene Mehr- und Sonderarbeit und
64 Zuschläge für besondere Aufgaben sind verstärkt zu nutzen. Personen mit besonderer
65 Expertise, zum Beispiel in der IT, sollen durch eine flexiblere Vergütung und
66 attraktive Spezialistenlaufbahnen verstärkt für den öffentlichen Dienst gewonnen
67 werden.

68 **Rettungsschirm für den Rechtsstaat**

69 Die zentralen Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind für uns
70 nicht verhandelbar. Mitgliedstaaten, die diese Werte verletzen, dürfen keine Gelder
71 aus dem EU-Haushalt erhalten. Stattdessen soll die Zivilgesellschaft vor Ort direkt
72 unterstützt werden. Die Entscheidung, ob eine Verletzung der Grundwerte der EU
73 vorliegt, obliegt dem Europäischen Gerichtshof. Die Zuständigkeit für das
74 Rechtsstaatsverfahren nach Art. 7 EUV ist ihm ebenfalls zu übertragen.

75 EU-Lieferkettengesetz und Investitionskontrolle

76 Für uns endet unternehmerische Verantwortung nicht an der EU-Außengrenze. Daher
77 fordern wir ein Europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen verpflichtet, die
78 Achtung der Menschenrechte innerhalb ihrer Lieferkette sicherzustellen. Kritische
79 Infrastruktur oder Technologien dürfen nicht unter die Kontrolle autokratischer
80 Regime fallen. Wir fordern daher eine EU-Investitionskontrolle, die Investitionen aus
81 Drittstaaten auch untersagen kann.

82 Anerkennung des Holodomor als Völkermord

83 Wir fordern, dass die EU und Deutschland den Holodomor offiziell als Völkermord
84 anerkennen. Der Holodomor bezeichnet eine schwere Hungersnot in der Ukraine zwischen
85 1932 und 1933, welche von der sowjetischen Führung willentlich und wissentlich
86 verursacht wurde und mehrere Millionen Todesopfer forderte.

87 Schutz der Regional- und Minderheitensprachen in der Volksrepublik China

88 Wir verurteilen die repressive Sprachpolitik der Volksrepublik China. Die EU und
89 Deutschland müssen sich dafür einsetzen, dass Regional- und Minderheitensprachen
90 weiterhin an öffentlichen Schulen gelehrt und in der Öffentlichkeit gesprochen werden
91 dürfen.

92 Skandinavisches Jedermannsrecht (Allemansrätten)

93 Alle Menschen sollen die Natur und ihre Früchte genießen können, unabhängig von den
94 Eigentumsverhältnissen. Wie in Skandinavien soll es daher jedem gestattet sein, auf
95 fremden unkultiviertem Land zu zelten, solange der Eigentümer dadurch nicht gestört
96 und die Natur nicht geschädigt wird und Beeren, Pilze und andere Pflanzen in der
97 Wildnis zwecks Eigenbedarfs zu ernten.

98 Spezialkammern der Landgerichte für Sexualdelikte

99 Die Landgerichte sollen Spezialkammern für Sexualdelikte einrichten.

100 Sex sells

101 Die Gängelung von Sexworkern durch Sexkaufverbote oder rigide Vorschriften lehnen wir
102 ab. Menschenhandel und Zuhälterei wollen wir durch grenzüberschreitende Kooperationen
103 bekämpfen, auch durch eine zentrale Ansprechstelle auf europäischer Ebene. Opfer von
104 Menschenhandel und Zwangsprostitution müssen leichter ein Aufenthaltsrecht erhalten
105 können.

106 Für eine lebhafte Erinnerungskultur

107 Wir stehen für eine lebhafte Erinnerungskultur und die konsequente Aufarbeitung der
108 eigenen Geschichte. Die Kolonialzeit, vor allem der Völkermord an den Herero und
109 Nama, muss in der Erinnerungskultur eine größere Rolle spielen. Vor allem aber muss
110 die Erinnerung an die Shoa als Mahnung an künftige Generationen aufrecht erhalten
111 werden. Ebenso darf der Porajmos (der von den Nazis verübte Völkermord an den Sinti
112 und Roma) nicht vergessen werden. Deshalb fordern wir eine bessere Finanzierung
113 entsprechender Bildungs- und Gedenkstätten.

114 Whistleblower schützen

115 Wir fordern, dass Whistleblower strafrechtlich nicht belangt werden, wenn sie

116 Straftaten oder verfassungswidriges Verhalten offenbaren. Voraussetzung dafür ist,
117 dass sie vorher den Dienstweg ausgeschöpft haben oder dieser unzumutbar war.
118 Whistleblower sollen auch vor der Strafverfolgung durch ausländische Staaten
119 geschützt werden.

120 **Extremismus verhindern und bekämpfen**

121 Jugendarbeit bildet die Grundlage, um extremistisches Gedankengut im Keim zu
122 ersticken. Entsprechende Initiativen und Einrichtungen müssen eine bessere
123 finanzielle Ausstattung erhalten. Extremistische Einstellungen sind unvereinbar mit
124 der politischen Treuepflicht des Beamtentums gegenüber Staat und freiheitlich-
125 demokratischer Verfassung. Deshalb fordern wir mehr Sensibilität bei der Auswahl von
126 Bewerberinnen und Bewerbern sowie der laufenden Untersuchung von Hinweisen auf
127 extremistisches Gedankengut. Verfassungsfeindliche Beamte sind konsequent aus dem
128 Staatsdienst zu entfernen. Gehen extremistische Gefährdungen von Ausländern aus, sind
129 die Möglichkeiten des Aufenthaltsrechts auszuschöpfen, um Gefährder und Straftäter
130 abzuschieben.

131 **Elektrokleinstfahrzeuge für den Straßenverkehr zulassen**

132 Elektrokleinstfahrzeuge – mit und ohne Lenkstange – wollen wir für den Straßenverkehr
133 freigeben und rechtlich grundsätzlich wie E-Scooter behandeln.

134 **Gegen Ignoranz kann man nicht impfen, gegen Krankheiten schon**

135 Wir wollen auf Grundlage der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission des Robert
136 Koch-Instituts eine Impfpflicht für Kinder einführen. Kinder, die aus medizinischen
137 Gründen nicht geimpft werden können, sind hiervon befreit.

138 **Evidenzbasierte Medizin**

139 Die Kosten für nicht-evidenzbasierte Behandlungsmethoden wie Homöopathie dürfen durch
140 die Krankenkassen nicht mehr erstattet werden. Darüber hinaus soll es im
141 Arzneimittelrecht keine Ausnahme mehr für Homöopathie geben. Die staatliche Zulassung
142 des Heilpraktikerberufs sowie die Befreiung von der Umsatzsteuer wird aufgehoben. Für
143 Heilpraktiker soll ein Behandlungsverbot bei lebensbedrohlichen Erkrankungen wie
144 Krebs gelten.

145 **Marktwirtschaftlicher Wettbewerb auch mit Arzneimitteln**

146 Die gesetzliche Gewinnspanne für Arzneimittel wird abgeschafft. Die Apothekenpflicht
147 für nicht verschreibungspflichtige Medikamente ist aufzuheben.

Begründung

Die besondere Herausforderung bei der Erstellung eines Bundestagswahlprogramms liegt in der Priorisierung. Ein Wahlprogramm ist keine Zusammenstellung der Beschlusslage, sondern eine Richtschnur für die programmatischen Prioritäten der kommenden Jahre. Deshalb kann ein Wahlprogramm niemals allumfassend sein und darf nicht zu lang sein. Ein zu langes Wahlprogramm ist auf dem Bundeskongress - zumal einem digitalen - überdies nicht beschlussfähig. Daher waren auch dieses Mal Kürzungen unausweichlich. Dies ist sehr schade, da

durch die starke Einbindung der Bundesarbeitskreise, der Mitgliedschaft und der Untergliederungen viele gute Ideen aufkamen. Wir wollen diese Ideen auf keinen Fall verwerfen. Deshalb haben wir aus ihnen einen eigenen Antrag erstellt, denn Deutschland braucht mehr frische Ideen als in ein Wahlprogramm passen können.